



22. Sitzung

Mittwoch, 14. Dezember 2011

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin	1621	Olaf Scholz, Erster Bürgermeister	1622
		Dietrich Wersich CDU	1626
		Dr. Andreas Dressel SPD	1629
		Jens Kerstan GAL	1634
		Katja Suding FDP	1637
		Dora Heyenn DIE LINKE	1641
		Birgit Stöver CDU	1644
Ausscheiden eines Abgeordneten (Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)		Dr. Monika Schaal SPD	1646
Nachrücken eines Abgeordneten (Tim Golke DIE LINKE)	1621	Anja Hajduk GAL	1649
		Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	1652
		Norbert Hackbusch DIE LINKE	1655
		Dr. Kurt Duwe FDP	1657
Abwicklung, Änderung und Ergänzung der Tagesordnung	1621		
		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Zur Geschäftsordnung	1621	Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung	
		– Drs 20/2335 –	1657
		und	
Dirk Kienscherf SPD	1621		
Thilo Kleibauer CDU	1621		
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1622		
Beschluss	1622	Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
		Wahl eines Mitglieds für die Kommission für Stadtentwicklung	
Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters gemäß § 12 Absatz 1 GO		– Drs 20/2461 –	1657
mit		sowie	
Beratung gemäß § 12 Absatz 2 GO	1622		

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Dr. Sven Tode SPD	1665
		Thilo Kleibauer CDU	1667
		Dr. Eva Gümbel GAL	1668
		Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1669
		Dora Heyenn DIE LINKE	1670
Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission		Dr. Dorothee Stapelfeldt, Zweite Bürgermeisterin	1671
– Drs 20/2463 –	1657		
Ergebnisse	1664	Beschlüsse	1673
Senatsmitteilung:		Große Anfrage der CDU-Fraktion:	
Vereinbarung über eine Partnerschaft zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg		Mittelstandsvereinbarung für Hamburg	
"Sicherheitsvereinbarung ÖPNV – Hamburg" zwischen der Behörde für Inneres und Sport, der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, der Polizei Hamburg, der Bundespolizei, der Hamburger Hochbahn AG, der S-Bahn Hamburg GmbH sowie dem Hamburger Verkehrsverbund GmbH		– Drs 20/1772 –	1673
– Drs 20/2007 –	1658	Karin Prien CDU	1673
Arno Münster SPD	1658	Andrea Rugbarth SPD	1674
Klaus-Peter Hesse CDU	1659	Dr. Anjes Tjarks GAL	1675
Ole Thorben Buschhüter SPD	1660	Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	1676
Antje Möller GAL	1660	Kersten Artus DIE LINKE	1678
Carl-Edgar Jarchow FDP	1661		
Heike Sudmann DIE LINKE	1661	Kenntnisnahme	1679
Michael Neumann, Senator	1662	Antrag der GAL-Fraktion:	
		Mieter entlasten – Maklerwesen regulieren	
		– Drs 20/2073 –	1679
		Beschlüsse	1679
Beschluss	1664	Große Anfrage der FDP-Fraktion:	
		Deregulierung, Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung in der Freien und Hansestadt Hamburg	
		– Drs 20/1723 –	1679
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/1543:		Beschluss	1679
Neuordnung der Landesforschungsförderung Hamburg und Gesetz zur Auflösung der Wissenschaftsstiftung Hamburg – Mit der Vorlage unterrichtet der Senat die Bürgerschaft über seine Pläne, ab 2013 neue Formen der Landesforschungsförderung in Hamburg zu etablieren und welche organisatorischen und strukturellen Voraussetzungen dafür erforderlich sind (Senatsantrag)		Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/1739:	
– Drs 20/2353 (Neufassung) –	1665	Änderung des Gemeinschaftstarifs des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) (Senatsantrag)	
		– Drs 20/2307 –	1680
		Heike Sudmann DIE LINKE	1680
		Martina Koeppen SPD	1681
		Klaus-Peter Hesse CDU	1682
		Dr. Till Steffen GAL	1683
		Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1684

Beschlüsse 1685

Antrag der CDU-Fraktion:

Einheitliches Rauch- und Alkoholverbot auf Hamburger Spielplätzen

– Drs 20/2436 – 1685

Ralf Niedmers CDU 1685

Anja Domres SPD 1686

Heidrun Schmitt GAL 1687

Dr. Wieland Schinnenburg FDP 1687

Kersten Artus DIE LINKE 1688

Beschlüsse 1689

Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien über die Drucksache 20/2344:

Digitalradiostaatsvertrag (Senatsmitteilung)

– Drs 20/2464 – 1689

Kenntnisnahme 1689

Beginn: 15.01 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Heute beginnen wir mit Geburtstagsglückwünschen. Diese gehen an unseren Kollegen Dr. Sven Tode. Lieber Herr Tode, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich zum Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute für das kommende Lebensjahr.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen noch eine Personalie mitzuteilen. Nachdem wir uns in unserer letzten Sitzung von Herrn Dr. Joachim Bischoff verabschieden mussten, darf ich Ihnen heute ein neues Mitglied der Bürgerschaft vorstellen. Nach Mitteilung des Landeswahlleiters ist mit Wirkung vom 1. Dezember 2011 auf der Wahlkreisliste 1 der Fraktion DIE LINKE Herr Tim Golke nachgerückt. Lieber Herr Golke, ich begrüße Sie herzlich in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Freude an Ihrer neuen Aufgabe.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Bevor wir nun gleich mit der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters beginnen, möchte ich Sie vorher noch darauf hinweisen, dass sich die Fraktionen auf eine von der Empfehlung des Ältestenrats abweichende Reihenfolge bei einem der zur Abstimmung gestellten Punkte verständigt haben. So wird der Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien aus Drucksache 20/2464, Tagesordnungspunkt 61, vorgezogen und heute direkt nach der letzten Debatte zur Abstimmung gestellt werden.

Des Weiteren haben die Fraktionen vereinbart, die Tagesordnung um 20 weitere Punkte zu ergänzen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um den gemeinsamen Bericht des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration aus Drucksache 20/2551, den Bericht des Kulturausschusses aus Drucksache 20/2550 sowie 18 Berichte des Europaausschusses aus den Drucksachen 20/2588 bis 20/2605, über die wir morgen abstimmen werden. Die Drucksachen wurden als Tagesordnungspunkte 58 a, 63 a sowie 46 a bis 46 r nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Meine Damen und Herren! Mir ist mitgeteilt worden, dass vor Eintritt in die Tagesordnung aus den Reihen der SPD-Fraktion gemäß Paragraf 44 in Verbindung mit Paragraf 26 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Herr Kienscherf, Sie haben es.

Dirk Kienscherf SPD (zur Geschäftsordnung):* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen, weil wir das Thema Neustrukturierung der Landesforschungsförderung und Auflösung der Wissenschaftsstiftung nachher inhaltlich noch ausgiebig debattieren werden. Mit der Drucksache 20/1543 hat der Senat bei der Bürgerschaft beantragt, eine Gesetzesänderung zur Neustrukturierung dieses Bereichs vorzunehmen. Die Drucksache wurde ausführlich in zwei Ausschüssen, dem Haushalts- und dem Wissenschaftsausschuss, beraten.

(*Dietrich Wersich* CDU: Ist aber nicht besser geworden!)

Beide Ausschüsse haben den Gesetzesänderungen mehrheitlich zugestimmt und aus Sicht der SPD-Fraktion ist das, neben der schon erfolgten, langfristigen Sicherung der Grundfinanzierung der Hochschulen, ein weiterer ganz wichtiger Schritt zur Stärkung des Wissenschaftsstandorts Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Damit dieses Gesetz zu Beginn des nächsten Jahres auch Wirkung entfalten kann, bedarf es einer ersten und zweiten Lesung in dieser Woche. Teile des Hauses haben mitgeteilt, dass sie der zweiten Lesung am heutigen Tag nicht zustimmen werden. Daher wird die SPD-Fraktion beantragen, dass heute unter Tagesordnungspunkt 55 die erste Lesung durchgeführt wird und dass wir morgen die Tagesordnung entsprechend ergänzen und die zweite Lesung durchführen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat der Abgeordnete Kleibauer.

Thilo Kleibauer CDU (zur Geschäftsordnung):* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Senat hat ordentliches Regieren versprochen. Zum ordentlichen Regieren gehört auch, dass Drucksachen rechtzeitig das Parlament erreichen, sodass wir ohne hektische Änderung der Tagesordnung angemessen beraten können.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Jan Quast* SPD: Wer ist denn hektisch?)

Wie wir alle wissen, sieht unsere Verfassung als Regelfall vor, dass zwischen der ersten und der zweiten Lesung ein gewisser Zeitraum liegt und sie nicht unmittelbar aufeinander folgen. Lieber Herr Kienscherf, Ihre Vorgängerin im Amt, Frau Ernst, hat genau das – die Beratung eines Gesetzes in zwei voneinander getrennten Lesungen – einmal als sogenannten Qualitäts-TÜV bezeichnet – ich zitiere –:

"Das ist sozusagen ein eingebauter Qualitäts-TÜV für Gesetzesvorhaben, weil man verhindern will, dass Regierungen Vorhaben, die nicht abgewogen sind, unverhältnismäßig schnell durchpeitschen."

(Thilo Kleibauer)

(Andy Grote SPD: Was haben Sie denn darauf geantwortet? – Dr. Andreas Dressel SPD: Die Ausschüsse haben das beantragt!)

Dieses Gesetzesvorhaben ist aus unserer Sicht nicht abgewogen; es verdient den Titel nicht. Und wenn Sie sagen, es war in zwei Ausschüssen, dann ist das nur die halbe Wahrheit, denn wahr ist auch, dass Ihre Fraktion zum Beispiel eine Expertenanhörung zu diesem wichtigen Thema verweigert hat.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Auch über Ihre Verfahrensweise im Umgang mit dieser Drucksache, mit der Sie Gelder in zweistelliger Millionenhöhe von einer Stiftung, die Sie per Gesetz auflösen wollen, umschichten und zur Dispositionsmasse einer Senatorin machen wollen, sollten wir ausgiebig diskutieren. Und dafür brauchen wir den Qualitäts-TÜV, Herr Kienscherf.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist keine Frage, Senat und SPD wollen bei der Forschungsförderung das Falsche. Aber falsche Vorhaben des Senats und der SPD bekämpft man mit Sachargumenten und nicht mit Geschäftsordnungstricks.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Richtig!)

Es entspricht dem Sinn von Artikel 49 der Hamburger Verfassung, dass nach Zustimmung des Senats der Widerspruch aus der Bürgerschaft maximal zu einer Verzögerung von einem Tag führen kann, und zwar, weil der Senat, aber auch eine Parlamentsminderheit vor überraschenden Entscheidungen geschützt werden sollen. In einem solchen Fall kann es Sinn machen, eine zweite Lesung zu verzögern. Diese Voraussetzungen liegen nach Ansicht der FDP-Fraktion hier nicht vor. Der Senat wird nicht überrascht, es handelt sich um seine eigene Vorlage, es gibt aber auch keine Überrumpelung des Parlaments. Wie schon erwähnt, lag die Vorlage sowohl dem Wissenschaftsausschuss als auch dem Haushaltsausschuss vor, es gibt kein Durchpeitschen.

Die FDP kritisiert die Vorlage sehr scharf – ich werde das nachher ausführen –, sie wird sie auch in beiden Lesungen ablehnen, aber sie wird einer zweiten Lesung nicht widersprechen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer dem SPD-Antrag folgen und zum Tagesordnungspunkt 55 am heutigen Sitzungstag die erste Lesung durchführen und für die morgige Sitzung die zweite Lesung vorsehen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann wird die erste Lesung zu Tagesordnungspunkt 55 heute im Anschluss an die dazu angemeldete Debatte erfolgen und die zweite Lesung am morgigen Sitzungstag fortgeführt.

Wir kommen nun zur **Regierungserklärung** des Ersten Bürgermeisters.

Der Präsident des Senats hat mich gebeten, ihm gemäß Paragraf 12 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung die Gelegenheit zu geben, vor Eintritt in die Tagesordnung eine Regierungserklärung zum Thema "Hamburg schafft die Energiewende" abzugeben. Die Fraktionen haben vereinbart, dass hierzu eine Beratung stattfinden soll. Dabei soll jeder Fraktion und dem Senat eine Redezeit von 40 Minuten zur Verfügung stehen. – Herr Bürgermeister, Sie haben das Wort.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kein Jahr ist es her, dass wir alle gebannt über Tage und Wochen hinweg die Bilder aus Fukushima verfolgt haben, Bilder, die auf erschreckende Weise endgültig allen klargemacht haben, dass die Atomkraft das Versprechen einer sicheren und sauberen Energie definitiv nicht halten kann. Bis zu diesen Tagen haben wir jahrzehntelang auch in der Hamburger Bürgerschaft über die richtige Energieversorgung gesprochen, mit viel Sachverstand und großer Leidenschaft, wie es sich gehört und wie es der Bedeutung, der Ernsthaftigkeit und der Komplexität des Themas auch angemessen ist.

Immer wieder aufs Neue ist hier im Rathaus über die richtige Energie- und damit auch Klimapolitik für Hamburg diskutiert worden. Nach Fukushima haben wir den tiefsten uns trennenden Graben zuschütten können. Das Erschrecken über die Katastrophe in Japan hat uns alle geeint. Es hat vielleicht auch einen gemeinsamen politischen Willen zur Energiewende begründet. Vor allem aber war es eine Situation der Tabula rasa, also die seltene Gelegenheit für alle, alte Positionen zu hinterfragen und neue Begründungen zu akzeptieren. Es ist gut, dass der Grundsatzstreit um die Atomkraft vorbei ist. Es ist gut, dass wir uns mittlerweile im Prinzip alle darin einig sind, dass die Zukunft unserer Energieversorgung in den erneuerbaren Energien liegt, und das nicht nur bei der Stromversorgung.

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

(Beifall bei der SPD)

Aber wir dürfen uns nichts vormachen. Diese Energiewende kann man nicht einfach herbeireden, wir müssen sie sorgfältig vorbereiten und gestalten. Der Hamburger Senat nimmt diese Herausforderung an. Zum Ende des Jahres als Umwelthauptstadt trete ich heute mit einem Vorschlag vor das Parlament, aber auch vor die Hamburgerinnen und Hamburger, wie wir ganz praktisch mit der Energiewende beginnen können, und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt. Wir müssen die Energiewende jetzt schaffen, wir haben dafür nur ein bis zwei Jahrzehnte Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen eine Infrastruktur schaffen, in der sich Hamburg als Metropole, als Stadt mit bald 1,8 Millionen Einwohnern, aber auch als Industriestandort zuverlässig und sicher, aber anders mit Energie versorgt. Dabei müssen wir eine ganze Reihe von sehr praktischen Problemen lösen. Wir müssen den Strom aus Atomkraftwerken ersetzen, dabei stehen die erneuerbaren Energien an erster Stelle. Jeder weiß, dass die fossilen Energien in Hamburg, vor allem Kohle und Erdgas, auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch eine wichtige Rolle spielen werden. Aber wir werden sie möglichst sparsam und effizient einsetzen, um das Klima zu schonen.

(Beifall bei der SPD)

Die erneuerbaren Energien müssen Vorrang haben, das heißt, wenn der Wind weht, wenn die Sonne scheint, dann muss der Strom, den sie liefern, zuerst verbraucht werden. Wir haben es also mit einem Energiesystem zu tun, das viele Schwankungen verkraften muss. Also müssen wir uns ganz anders als bisher in die Lage versetzen, Energie zu speichern und dann verfügbar zu machen, wenn sie gebraucht wird. Und dieses Speicherproblem müssen wir hier in Hamburg lösen. Ich glaube nicht daran, dass wir das in den norwegischen Bergen machen können, einmal ganz abgesehen davon, dass die Norweger da auch ein Wörtchen mitzureden haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Energiespeicher müssen in den Metropolen stehen, die auch die Hauptverbrauchscentren sind und bleiben werden.

Über diese und andere sehr praktische Fragen haben wir mit Vattenfall und E.ON gesprochen und uns auf ein Energiekonzept verständigt, das Hamburg eine saubere, bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung sichert.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne die wesentlichsten Punkte.

Wir wollen mit Vattenfall zusammen ein Innovationskraftwerk bauen, genauer, ein erdgasbefue-

tes, fernwärmeoptimiertes GuD-Kraftwerk mit integrierten Energiespeichern. Das Kraftwerk wird in Wedel oder Stellingen stehen. Es wird das Heizkraftwerk Wedel ersetzen und die Fernwärmetrasse von Moorburg nach Altona überflüssig machen.

(Beifall bei der SPD)

Die Energiespeicher werden nicht nur die Effizienz des GuD-Kraftwerks erhöhen, sondern auch den Windstrom aus Norddeutschland, aus Nord- und Ostsee aufnehmen. Die Speicher werden eine Kapazität haben, um den Durchzug einer zehnstündigen Sturmfront aufnehmen zu können und als Energie zu nutzen. Die Speicher können Energie aufnehmen, wenn sie verfügbar ist, und abgeben, wenn sie gebraucht wird. Das ganze Investitionsvolumen wird 430 bis 500 Millionen Euro betragen. Dieses Kraftwerk wird Hamburg auch unabhängiger von Stromlieferungen machen und die Versorgungssicherheit erhöhen.

Das Innovationskraftwerk wird dazu beitragen, dass die Hamburger Fernwärme klimafreundlicher wird. Denn zu unserem Energiekonzept gehört auch der Ausbau der Fernwärme. Zurzeit werden 438 000 Wohnungen mit Fernwärme beheizt. Wir wollen bis zum Jahr 2020 auf eine halbe Million kommen, perspektivisch auf 525 000.

(Beifall bei der SPD)

Und das ist nur die Fernwärme von Vattenfall. Wir sind froh, dass es auch eine Reihe weiterer Fern- und Nahwärmeanbieter in Hamburg gibt, E.ON Hanse Wärme zum Beispiel. Allein E.ON Hanse Wärme wird seine Nahwärmeversorgung bis 2025 kontinuierlich um insgesamt 20 Prozent auf 74 000 Haushalte ausbauen und dafür rund 42 Millionen Euro investieren. Wir werden alle Wärmeanbieter gleich behandeln, es gibt keine Ausschließlichkeit, auch nicht für Vattenfall. Alle können zu gleichen Konditionen unsere Straßen und Wege nutzen, um ihre Leitungen zu verlegen. Alle zahlen künftig eine Gebühr, die sich nach den CO₂-Kennzahlen und transportierter Wärme berechnet.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir wollen nicht warten, bis das neue Innovationskraftwerk fertig ist, sondern werden den Standort Tiefstack schon jetzt weiterentwickeln. Erstens werden wir dort am bestehenden GuD-Kraftwerk einen Wind-zu-Wärme-Speicher bauen und zweitens werden wir auch die Biomasse-Anlage der Müllverbrennung Borsigstraße an die Fernwärme anbinden.

Mit E.ON haben wir vereinbart, dass sie ihre Kapazität an Blockheizkraftwerken auf 17 Megawatt verdoppeln – wieder ein Stück mehr Versorgungssicherheit, aber auch der Baustein zu einer dezentralen Energieversorgungsstruktur. Auch E.ON wird die Speichermöglichkeiten in seinem Nahwärmenetz ausbauen, um sowohl die Wärme aus

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

Blockheizkraftwerken als auch die Solarwärme zu speichern. E.ON wird in seine Netze und Speicher auch industrielle Abwärme aufnehmen.

Mit E.ON haben wir vereinbart, dass das Unternehmen eine Demonstrationsanlage bauen wird, um regenerativen Strom in Wasserstoff beziehungsweise Methan umzuwandeln. Diese Technik ist neu. Man weiß, dass es funktioniert, aber im industriellen Maßstab hat das noch keiner gemacht. Wenn wir das in Hamburg ausprobieren und erfolgreich zum Laufen bringen, dann demonstrieren wir damit ein weiteres Mal, dass sich Klimaschutz und technologische Innovationen miteinander verbinden lassen.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg bringt die besten Voraussetzungen dafür mit, denn in und um Hamburg, in Nord- und Ostsee, werden die großen Windparks stehen. Wenn überschüssiger Windstrom in Wasserstoff oder sogar Erdgas umgewandelt wird, dann erleichtert das die Speicherung und Nutzung, weil wir dafür die bekannte und vorhandene Erdgastechnologie nutzen können. Es lohnt sich, das auszuprobieren. Beide Versorger haben sich verpflichtet, den CO₂-Ausstoß bei der Fern- und Nahwärme zu senken, Vattenfall um 27 Prozent bis 2020, E.ON Hanse um 15 Prozent bis 2015.

Das Stromnetz wird mit mehr als 160 Millionen Euro im Jahr modernisiert und ausgebaut. Es wird in die Lage versetzt, die stark schwankenden Energiemengen aufzunehmen und zu transportieren. Aber nicht nur das, wir schaffen ein intelligentes Netz, neudeutsch ein "Smart Grid". So ein intelligentes Netz kann verschiedene dezentrale Erzeuger, zum Beispiel Blockheizkraftwerke, bedarfsgerecht mit dezentralen Verbrauchern verbinden. In so einem Netz laufen bestimmte Kühl- und Heizaggregate dann, wenn der Strom verfügbar und günstig ist. Auch dies macht unser Energiesystem sparsamer, effizienter und klimaschonender.

(Beifall bei der SPD)

Vattenfall wird sich am Ausbau der Elektromobilität beteiligen und in den kommenden drei Jahren zusätzlich 9 Millionen Euro investieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Sie sehen, geht das mit den Versorgungsunternehmen vereinbarte Energiekonzept weit über die Netze für Strom, Gas und Fernwärme hinaus. Insgesamt werden Vattenfall und E.ON in den nächsten Jahren 1,6 Milliarden Euro in die Energieversorgungssysteme unserer Stadt investieren. Sicher, beide Unternehmen hätten auch ohne die Vereinbarung mit dem Senat investieren müssen. Aber durch unsere Vereinbarung konnten wir mitreden bei der Höhe der Investitionen und bei der Mitbestimmung und wir konnten im Sinne der Energiewende Einfluss nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb haben wir mit den am Ort tätigen Versorgungsunternehmen lange und durchaus hart verhandelt und wir haben erreicht, dass Hamburg zur Metropole Deutschlands mit den größten Kapazitäten zur Speicherung von Energie und dem modernsten Energiekonzept wird, ohne seine Rolle als Standort energieintensiver Industrieunternehmen infrage zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem alleinigen Besitz der Strom- und Gasnetze hätten wir nur wenig Einfluss auf die Erzeugung, denn die Netze unterliegen der Regulierung durch die Bundesnetzagentur. Es muss durchgeleitet werden, was der Erzeuger erzeugt und was der Verbraucher verbraucht. Einfluss auf die Erzeugung gewinnen wir nur, indem wir uns mit Vattenfall und E.ON einigen und gemeinsam die Energiewende planen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sichert uns die strategische Beteiligung von 25,1 Prozent mehr Einfluss auf das Energiesystem, als es die Übernahme von 100 Prozent könnte. Eine 100-prozentige Netzübernahme würde übrigens, wenn es schlecht läuft, höhere Energiepreise bedeuten. In keinem Fall wird es dadurch für die Verbraucher billiger.

(Beifall bei der SPD)

Die Verbraucherpreise für Strom und Gas bilden sich am Markt, die für Fernwärme im Wettbewerb mit anderen Energieträgern. Dass die Preise für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben, ist uns ein wichtiges Anliegen. Dass die einstigen Gebietsmonopole nicht mehr bestehen und sowohl private Haushalte als auch gewerbliche und industrielle Verbraucher unter vielen Anbietern wählen können, unter denen sich auch ein kommunaler Hamburger Anbieter befindet, dämpft die Preisentwicklung.

Auch die strategische Beteiligung im Umfang von 25,1 Prozent kostet uns viel Geld. 543 Millionen Euro sind sehr viel Geld, das wir nicht haben. Wir werden uns dafür weiter verschulden müssen und man muss sich gut überlegen, ob man das macht oder nicht. Ich kann das nur verantworten, weil wir mit Vattenfall und E.ON eine Garantiedividende vereinbaren konnten, die die Finanzierungskosten übersteigt.

(Beifall bei der SPD)

Eine vollständige Übernahme der Netze hingegen würde uns eine Verschuldung von mindestens 2,2 Milliarden Euro bringen und darüber hinaus auch ein Risiko, das für den Hamburger Haushalt schwer kalkulierbar wäre. Wenn wir die Netze vollständig übernehmen, gibt es niemanden, der uns eine Dividende garantiert. Warum sollten wir solch

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

ein Risiko eingehen, wenn wir mit einem wesentlich geringeren Risiko und weniger Schulden sehr viel mehr erreichen können, nämlich den strategischen Einfluss auf die Erzeugung?

(Beifall bei der SPD)

Der Einfluss der Stadt in den neuen Gesellschaften geht über das gesetzliche Maß der eigenen Beteiligung hinaus. Alle Investitionsentscheidungen zum Beispiel, auch die Entscheidung über die einzusetzenden Brennstoffe, werden gemeinsam getroffen. Und aus der Perspektive der vielen Beschäftigten ist uns wichtig, dass wir auch für sie im Rahmen unserer strategischen Beteiligung vieles haben durchsetzen können: Standortzusagen, Arbeitsplatzsicherheit und paritätische Mitbestimmung für die Arbeitnehmer.

(Beifall bei der SPD)

Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen bestehen fort, die sozialen Standards für die Beschäftigten bleiben unverändert.

Das alles haben wir erreicht, indem wir hart, aber zügig verhandelt haben. Wir treten nicht mit einer abstrakten Idee vor die Bürgerschaft, sondern mit einem sehr konkreten Vorschlag. Viele haben Ideen, gerade im Energiebereich, und man kann lange über das abstrakte Prinzip streiten, wem die Netze gehören sollen. Wir wollen diesen Streit nicht. Und wir wollen auch nicht den ebenso abstrakten Streit darüber, was Vattenfall und E.ON denn wohl mitmachen würden und was nicht. Mit dem heute vorliegenden Energiekonzept haben wir Sicherheit. Deshalb haben wir zu Ende verhandelt und unseren Vorschlag mit notariell beglaubigten Verträgen untermauert. Wir werden Ihnen diese Verträge vollständig zur Prüfung zur Verfügung stellen und auch für die allgemeine Öffentlichkeit größtmögliche Transparenz schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Soweit nicht Geschäftsgeheimnisse der beiden Unternehmen berührt sind, werden wir alles veröffentlichen. Jeder, der sich umfassend informieren will, wird dazu Gelegenheit bekommen.

Ich bin überzeugt, dass wir einen sehr guten Weg für die Energiewende in Hamburg beschreiten. Ich halte die Fakten und unsere Argumente für stichhaltig und überzeugend. Deshalb wäre es uns am liebsten, die Volksinitiative würde genau prüfen und ließe sich dann auf unseren Weg ein. Wir würden der Stadt eine Menge Streit ersparen und könnten stattdessen sofort zusammen die Ärmel aufkrempeln und mit der Energiewende beginnen.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir haben auch immer gesagt, dass ein Volksentscheid nicht ins Leere laufen wird. Deshalb haben wir alle Verträge so aufgesetzt, dass sie im Falle eines erfolgreichen Volksentscheids

wieder rückgängig gemacht werden können. Wir können zurück auf Los gehen und wenn das Volk so entscheidet, dann werden wir das auch machen. Ich bin ein Anhänger der direkten Demokratie. Sie schmälert die Verantwortung von Parlament und Regierung in keiner Weise, sondern räumt dem Volk das Recht ein, den Kurs der Regierung zu korrigieren, wenn das Volk das denn für erforderlich hält. Direkte Demokratie erfordert aber auch Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit auf allen Seiten der gesellschaftlichen Debatte. Wir haben einen Vorschlag auf den Tisch gelegt. Wenn die Initiative sich diesem Vorschlag nicht anschließt, sollte sie zumindest einen Volksentscheid zum frühestmöglichen Zeitpunkt zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat legt sein Konzept heute vor. Die Vorschläge der Initiative werden sich daran auch im Detail messen müssen. Wir müssen die Debatte aus den Wolken philosophischer Betrachtung auf eine Ebene herunterholen, die konkretes Handeln erfordert und ermöglicht. Mir ist nicht bange um die öffentliche Debatte.

(Beifall bei der SPD)

Ob die Energienetze in die Hand des Volkes gehören und was genau das bedeutet, bleibt eine akademische Diskussion, solange der Plan weder Hand noch Fuß hat.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat dagegen setzt auf praktische technische Innovationen, die wir in Kooperation mit den Versorgungsunternehmen hingekommen können. Damit untermauert Hamburg bei der Energieerzeugung und -nutzung seinen Anspruch als Hauptstadt des ingenieurgetriebenen Umweltschutzes. Moderne Umwelt-, Energie- und Klimaschutzpolitik hat viel mit der Fähigkeit zu tun, technische Innovationen zu fördern und durchzusetzen. Und genau damit hat Hamburg in den vergangenen Jahrzehnten immer die besten Erfahrungen gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Die Chancen einer klugen Energiewende für Hamburg bestehen auch darin, dass wir unsere Position nicht nur als Hauptstadt der Windenergie, sondern als Hauptstadt der erneuerbaren Energiewirtschaft, als Vorreiter der Energiewende, festigen können. Nicht nur, weil sich in den großen Städten die Prozesse abspielen, von denen das ganze Land profitiert, sondern auch und erst recht wegen der positiven Effekte für den Wissenschaftsstandort Hamburg und wegen der wirtschaftlichen Chancen. Es entstehen Synergien und Impulse zugunsten von Technologie, Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Hamburg kann sich Hauptstadt der Windenergie in Deutschland nennen, vor allem seit die Siemens AG entschieden hat, ihr neues Headquarter Windenergie bei uns einzurichten. Mit dieser Entschei-

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

dung wird die Chance noch größer, gemeinsam mit den norddeutschen Ländern zu einem der führenden Standorte dieser Branche weltweit zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Energiewende bringt uns auch wirtschaftlich voran, wenn sie zu Ende gedacht ist und ernsthaft betrieben wird. Deshalb setzen wir auf den Aufbau des Clusters Erneuerbare Energien und setzen ihn fort. Wir haben alles Potenzial, die Energiewende zu unserem Nutzen zu gestalten. Und genau darauf werden sich unsere Vorhaben positiv auswirken.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Eine so betriebene Energiewende nützt einer zukunftsfähigen Energieversorgung der Stadt mehr als das Durchsetzen eines theoretischen Prinzips, das uns nicht nur teurer zu stehen käme, sondern zunächst auch nichts weiter brächte als einen jahrelangen Rechtsstreit. Dafür ist keine Zeit. Wir brauchen die Energiewende jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe auch zunehmend den Eindruck, dass bei einigen der bisherigen Unterstützer längst darüber nachgedacht wird, auf den Volksentscheid zu verzichten.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Einer ist ja nicht alle!)

Ich persönlich betrachte ihn als Chance, die Hamburgerinnen und Hamburger von unserer Energiewende zu überzeugen. Trotzdem, am besten wäre es, die Initiative ließe sich davon überzeugen, dass unsere Lösung klimafreundlich ist und die Energiewende praktisch möglich macht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich war als junger Mann gegen den Bau der Atomkraftwerke um Hamburg, habe leidenschaftlich für den Ausstieg aus der Atomenergie gekämpft und mitgeholfen, im Bund den Umschwung zu erneuerbaren Energien und Klimaeffizienz zu gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind heute weiter und sollten nicht wieder zurückfallen. Drei der vier Atomkraftwerke in unserer Region sind vom Netz und es ist sicher, dass sie nie wieder ans Netz gehen. Brokdorf wird abgeschaltet werden.

(Beifall bei der SPD)

Gebaut haben diese Kraftwerke weitgehend die städtischen HEW. Nach dem Verkauf haben die neuen Eigentümer die Atomkraftwerke betrieben, und sie betreiben Brokdorf für die Dauer der festgelegten Restlaufzeit weiter. Dennoch haben wir uns mit ihnen geeinigt – geeinigt auf die Energie-

wende in Hamburg, geeinigt, wie wir Hamburg perspektivisch ohne Atomstrom versorgen und den Umbau zu erneuerbaren Energien schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns geeinigt, weil wir glauben, dass es keinen Sinn macht, aus Gewohnheit Schlachten weiter zu schlagen, die entschieden sind. Irgendwann ist der Punkt erreicht, an dem aus einer sinnvollen Auseinandersetzung ein leeres Ritual zu werden droht. An diesen Punkt wollen wir nicht gelangen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir haben uns aber auch geeinigt, weil die Energiewende eine große Aufgabe ist, die wir nur gemeinsam schaffen können. Wir brauchen dazu alle Kräfte. Wir brauchen HAMBURG ENERGIE und LichtBlick und die vielen anderen Unternehmen, die uns mit Strom, Gas und Wärme versorgen, wir brauchen die Windenergiebranche, wir brauchen die Wirtschaft und die Industrie, wir brauchen die S- und die Hochbahn, wir brauchen die Wohnungsgesellschaften und die Hausbesitzer und wir brauchen E.ON und Vattenfall. Gemeinsam können wir die Energiewende schaffen, früher als jede andere deutsche Großstadt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben nach harten Verhandlungen ein gutes Ergebnis für die Stadt Hamburg, die Unternehmen und ihre Kunden sowie den Klimaschutz erzielt. Hamburg packt die Energiewende an, dieses Signal geht heute von der Hansestadt aus.

(Beifall bei der SPD)

Zuwarten ist keine Alternative, weil es nichts gibt, worauf wir warten müssten. Wir wissen um die Aufgabe, wir haben das technologische Wissen und wir besitzen den nötigen politischen und gesellschaftlichen Willen. Wir können und müssen anfangen. – Schönen Dank, meine Damen und Herren.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Beratung. Das Wort hat Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete! Herr Bürgermeister, wir sind dankbar, dass Sie mit Ihrer Regierungserklärung dem Parlament die Möglichkeit geben, Ihre Pläne zur Teilverstaatlichung der Netze und die Verträge mit den Energieunternehmen zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU)

Es wird Sie nicht wundern, dass in den Augen der CDU die Beurteilung gemischt ausfällt. Damit mei-

(Dietrich Wersich)

ne ich nicht die Art Ihrer Selbstinszenierung, ich meine damit auch nicht Ihren Hang zur maßlosen Überhöhung von Ergebnissen, die schon an Heiligenverehrung denken lassen,

(Beifall bei der CDU und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

ich meine auch nicht, dass mitunter der Eindruck entsteht, dass Sie Ihre Fachsenatoren in den Schatten stellen und auf eine Helferrolle reduzieren. Ich bin sogar sicher, dass die Hamburgerinnen und Hamburger ein feines Gespür für den Unterschied zwischen gutem Regieren und Politik-PR haben. Das werden die Hamburger entscheiden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Unsere Beurteilung fällt wegen der Fakten gemischt aus, und sie steht unter dem Vorbehalt, dass wir viele Details nicht kennen, die noch zu bewerten sind. Aber ich will mit den wichtigsten positiven Punkten anfangen. Da ist zunächst der Kurswechsel der SPD in Sachen Moorburg zu nennen. Sie haben heute implizit, aber sehr deutlich schon im Juni auf dem Industrietag gesagt:

"Ich bin froh über die sichere Energieversorgung durch das bald in Betrieb gehende Kraftwerk Moorburg."

Das sah bei der SPD 2007 und 2008 noch ganz anders aus. Wir hatten mehrere Anträge gegen Moorburg vorliegen. Ich möchte einige nicht ganz unwichtige Personen der SPD von damals noch einmal zu Wort kommen lassen, zum Beispiel Ingo Egloff 2007, wirtschaftspolitischer Sprecher und Landesvorsitzender, heute bekanntlich im Bundestag. Er sagte damals:

"Der Erste Bürgermeister..."

– damit war natürlich noch Ole gemeint –

(*Andy Grote SPD*: Das waren noch Zeiten, was, Herr Wersich?)

"...posiert als oberster Klimaschützer, zugleich entsteht mit staatlichem Umweltsegen eine der größten Kohlendioxid-Schleudern Europas."

Peter Tschentscher, heute Finanzsenator, sagte in der Aktuellen Stunde am 16. April 2008:

"Die CDU-Entscheidung für ein Kohlekraftwerk in Moorburg, ein Kraftwerk mit erheblicher zusätzlicher Belastung durch Feinstaubstickoxide und anderer gesundheitsgefährdender Immissionen an dieser Stelle – Hauptwindrichtung Wilhelmsburg –, war und ist verantwortungslos gegenüber dem Standortfaktor Umwelt und Gesundheit."

(Beifall bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

"Das haben wir vor der Wahl gesagt, und wir sagen es auch jetzt."

Jetzt sagen Sie es zum Glück nicht mehr, drei Jahre später.

(Beifall bei der CDU)

Und als Drittes ist da noch die einzige sich treu gebliebene Umweltsprecherin der SPD, Frau Schaal. Frau Schaal, ich kann nicht an Ihnen vorbei. Sie haben zur Erteilung der Baugenehmigung für das Kraftwerk in Moorburg für die SPD erklärt:

"Mit dieser Entscheidung haben Sie Ihrer eigenen Klimapolitik den Todesstoß versetzt, Herr von Beust."

Heute sind diese Maßnahmen der Höhepunkt des Umweltjahres aus Sicht der SPD – so wandeln sich die Zeiten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – *Dr. Monika Schaal SPD*: Herr Wersich, Sie haben überhaupt nichts begriffen!)

– Jetzt nähren Sie in mir den Verdacht, dass Sie noch nicht begriffen haben, was mittlerweile auf der Senatsbank passiert ist, Frau Schaal.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Angesichts dieser Fakten ist etwas mehr Bescheidenheit wichtig, Herr Bürgermeister. Es waren Bürgermeister Ole von Beust und die CDU, die mit ihrer Entscheidung für Moorburg überhaupt erst die Abkehr von der Atomkraft in Hamburg und damit auch die Energiewende möglich gemacht haben.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Atomkraft ja, es wird immer besser!)

Sonst ginge das heute nicht.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Komisch nur, dass da eine Laufzeitverlängerung dazwischen war!)

Ich will es an dieser Stelle einmal sagen: Das Kraftwerk Moorburg ist in der Lage, 80 bis 90 Prozent des Hamburger Stroms zu produzieren. Allein mit ein paar Speichern würden Sie Hamburgs Energieversorgung nicht sichern können.

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

– Wenn Sie das nicht begriffen haben, dann erweitere ich meine Bemerkung, die ich gegenüber Frau Schaal gemacht habe, gern auch auf Sie, Herr Kienscherf, und Ihre ganze Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Zurück zu den Fakten und zum zweiten positiven Punkt, Ihrer konstruktiven Haltung gegenüber den Energieversorgern in Hamburg, die durch den Vertrag zum Ausdruck kommt. Das ist wichtig, weil die Sicherung unserer Energieversorgung in Wahrheit Milliardeninvestitionen kostet. Alleine das Kraft-

(Dietrich Wersich)

werk Moorburg kostet ein Vielfaches der Elbphilharmonie.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wissen Sie das schon so genau?)

– Liebe Kollegen von der SPD, ein bisschen mehr Ernsthaftigkeit von Ihrer Seite würde uns allen gut tun.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Da hat der Kollege Wersich recht, hören Sie ihm bitte zu.

Dietrich Wersich CDU (fortfahrend): Frau Präsidentin, mein herzlicher Dank.

Wir sind an einem ernsthaften Punkt. Es geht um Milliardeninvestitionen für Jahrzehnte, um die Energieversorgung zu sichern, die unsere Stadt gar nicht selbst aufbringen kann. Das erfordert für all die, die diese Investitionen vornehmen, gerade im Politikfeld Energie Verlässlichkeit. Deswegen appelliere ich an das Haus, dass wir in Hamburg zu einem politischen Energiekonsens in den wichtigen Fragen kommen und unterstütze das ausdrücklich. Sonst wird in Hamburg nicht das investiert, was die Versorgung in den kommenden Jahrzehnten absichert.

(Beifall bei der CDU)

Der dritte positive Punkt ist, dass sinnvolle Projekte der Energieversorger jetzt umgesetzt werden. Sie haben einige genannt, das Gaskraftwerk und die Speicherung; die Kollegin Stöver wird in der Debatte sicher noch mehr dazu sagen. Und doch habe ich heute hier und in den Verlautbarungen eines sehr vermisst, nämlich Worte von Ihnen, Herr Bürgermeister, zur jetzigen Versorgungssicherheit in der Stadt. Sie und der Senat sind bereits im Sommer von Experten und Energieunternehmen darauf hingewiesen worden, dass, wenn das letzte noch verbliebene Kraftwerk – nämlich Brokdorf, solange Moorburg nicht am Netz ist – im Winter vom Netz geht, möglicherweise nicht nur für Sekunden oder Minuten das Licht flackern wird, sondern dass wir es unter Umständen mit einem Stromausfall über mehrere Tage zu tun haben werden, weil die Energieversorgung Hamburgs mit eigenen Kapazitäten und den Netzen nicht ausreicht, um das Hamburger Netz ohne ein Großkraftwerk überhaupt wieder hochzufahren.

– Sie schütteln jetzt den Kopf, Herr Bürgermeister. Das sagen Experten und Energieunternehmen.

(Matthias Albrecht SPD: Von der CDU, oder wie?)

Deswegen muss ich Sie fragen, wie Sie diese Situation einschätzen und was das für die Stadt bedeuten würde. Aber was tut der Senat zur Vorbe-

ereitung und Abwendung einer solchen Situation? Wird beispielsweise dafür gesorgt, dass es bundesweite Absprachen gibt, dass andere große Stromverbraucher vom Netz gehen oder dass Regionen heruntergeschaltet werden, damit genügend Spannung für das Wiederanfahren des Hamburger Energienetzes aufgebaut wird? Das sind Fragen an den Senat und existenzielle Fragen für Hamburg. Vielleicht, so hoffe und erwarte ich jedenfalls, werden wir heute zumindest von Energie senatorin Jutta Blankau eine Antwort bekommen.

Die Bewertung fällt gemischt aus, deshalb gibt es auch negative Dinge. Der erste zentrale Punkt ist: All diese Vereinbarungen im Vertrag, die gut sind, sind auch ohne eine Teilverstaatlichung der Netze möglich, nämlich mit einer ordentlichen Zusammenarbeit zwischen Stadt und Energieunternehmen.

(Dirk Kienscherf SPD: Stimmt doch nicht! – Andy Grote SPD: Das haben Sie deswegen auch schon vorbereitet?)

Ein kritisches Wort gegenüber der GAL kann ich mir deswegen nicht ganz verkneifen. Ich verstehe Ihren Feldzug gegen Vattenfall nicht, ich verstehe nicht, warum Sie die Verstaatlichung eines Staatsunternehmens fordern – es ist vielleicht der falsche Staat, nämlich Schweden –, denn es ist ein staatliches Unternehmen. Ich glaube, da sollte die GAL in sich gehen und gegenüber Vattenfall einen konstruktiveren Kurs einnehmen.

(Beifall bei der CDU – Jens Kerstan GAL: Komisch, vor einem Jahr hat Sie das noch nicht gestört!)

Das zweite Problem ist, dass die Verstaatlichung der Netze nichts bringt. Die Netze sind nur ein neutrales Verbindungsstück. Sie können mit der Inhaberschaft an den Netzen nichts für die Preise tun und nicht soziale Tarife gestalten, denn diese hängen davon ab, wer den Strom produziert und ihn verkauft.

Der dritte negative Punkt ist, dass mit dem Konstrukt, das Sie für den Rückkauf gewählt haben, Hamburg eigentlich nie ein realer Eigentümer eines Viertels der Netze der Stadt wird, denn diese 25,1 Prozent gehören den Banken. Sie finanzieren das aus neuen Schulden und Sie können aus der Dividende gerade die Zinsen bedienen. Hamburg wird nie wirklich der Inhaber dieser Netze werden, sondern diese Netze werden den Banken gehören.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist bei jedem Hausbau so!)

– Ja, das wäre so, als ob einer ein Haus kauft, aber nur Zinsen bezahlt und das Haus nie abbezahlt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hätten Sie zugehört, dann hätten Sie gehört, dass die Dividende mehr ist!)

(Dietrich Wersich)

Das ist das Konzept des Senats. Auf diese Weise wird Hamburg nie Inhaber der Netze werden, sondern es wird nur neue Verschuldung geben.

(Beifall bei der CDU)

Darauf wird sicherlich in der Debatte noch einzugehen sein. Es stellt sich die Frage, ob 4 Prozent Garantiedividende ausreichen, um bei steigenden Zinsen langfristig eine solche Summe zu refinanzieren.

Was ebenfalls wichtig ist: Angesichts unserer derzeitigen Haushaltslage kann die Verstaatlichung der Netze keine politische Priorität haben. Herr Tschentscher und die SPD haben sich dafür gerühmt, Nebenhaushalte abzuschaffen. Sie tun Geld in diese sogenannten Nebenhaushalte, um dort Löcher zu stopfen. Aber mit dieser Maßnahme schaffen Sie doch unbestreitbar einen neuen Nebenhaushalt mit einer Verschuldung von 500 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU)

Und das für etwas, was es schon gibt. Sie steigen mit dem Vertrag sogar in den Neubau eines Kraftwerks ein. Da wird in Wedel oder Stellingen für 500 Millionen Euro ein neues Kraftwerk gebaut, und Hamburg ist mit 25 Prozent daran beteiligt, mit über 125 Millionen Euro, finanziert aus Schulden. Der Staat nimmt angesichts dieser Haushaltslage Kredite und Schulden auf, um eine Aufgabe wahrzunehmen, die sonst Aufgabe der Energieunternehmen ist. Was ist daran bitte sinnvoll?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Das gibt mir Gelegenheit, auf den Rechnungshofbericht von Montag hinzuweisen. Dieser Sonderbericht hat mit den SPD-Legenden aufgeräumt und aufgedeckt, dass die SPD zwar vom Sparen redet, aber noch überhaupt nicht damit angefangen hat. Und heute präsentieren Sie uns 500 Millionen Euro neue Schulden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Deshalb an die SPD: Nehmen Sie den Rechnungshof und seinen Bericht ernst. Dieser Bericht kann eine wertvolle Basis für gemeinsame Gespräche und einen echten Schuldenstopp sein. Ich möchte das Angebot der CDU erneuern, mit Ihnen über einen Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt und zu einer Verankerung des Schuldenstopps in der Hamburger Verfassung auf der Basis dieses Rechnungshofberichts zu sprechen. Nehmen Sie diesen Weg an, das ist wichtig für die Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! 500 Millionen Euro für die bereits bestehenden Energienetze zu bezahlen ist Unsinn. Für die CDU ist klar, dass ein Straßen-

bahnnetz Hamburg mehr Vorteile brächte als die Verstaatlichung der Energienetze.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Alles in allem begrüßen wir den Richtungswechsel der SPD in Sachen Moorburg und die bessere Koordination mit Hamburgs Energieversorgern sehr. Wir lehnen aber die Teilverstaatlichung der Energienetze und den Einstieg in den staatlichen Kraftwerksbau mit neuen Staatsschulden ab, weil er energiepolitisch sinnfrei und finanziell unsinnig ist. Hamburg braucht, insbesondere in den nächsten beiden Jahren, bevor Moorburg ans Netz geht, zur Sicherung der Energieversorgung mehr Engagement des amtierenden Senats. Und der Senat ist aufgefordert, endlich mit der Haushaltskonsolidierung anzufangen, statt immer neue teure Versprechungen umzusetzen. Deshalb kann und wird die CDU trotz vieler guter Teile in diesem Vertrag der Teilverstaatlichung der Netze nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Wersich, ich könnte zu Vielem etwas sagen, aber am interessantesten an Ihrer Rede fand ich, dass Sie sagen, Moorburg war der Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie. Ich glaube, bei dieser persönlichen Energiewende, die Sie den Leuten verkaufen wollen, kommen viele Hamburgerinnen und Hamburger nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Noch vor einem Jahr wollten Sie die Laufzeitverlängerung. Dann hieß es, Kommando zurück. Wir haben, wie wir an anderer Stelle bereits festgestellt haben, viel Zeit verloren, und auch Geld ist dabei über den Jordan gegangen, dass Sie erst nach vielen Monaten plötzlich auf den Pfad der Tugend in der Energiepolitik zurückgekehrt sind.

(Beifall bei der SPD)

Aber zu den Netzen und der derzeitigen Lage. Wir haben im März, unter dem Eindruck von Fukushima, über die Energiepolitik diskutiert und als Bürgerschaft den Senat mehrheitlich mit einem Anforderungsprofil beauftragt, in welche Verhandlungen er mit den Energieversorgern gehen soll. Sie können das alles in den Drucksachen nachlesen. Für die SPD-Fraktion können wir heute festhalten, dass die Anforderungen, die wir formuliert haben, zu nahezu 100 Prozent erfüllt worden sind. Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn die Versorger, das wissen wir, verhandeln mit harten Bandagen.

(Dr. Andreas Dressel)

Umso mehr ist es ein Erfolg für die Stadt, und die Vereinbarungen können sich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Das Ziel für uns war, rechtzeitig vor Ende der bürgerschaftlichen Beratungen – das ist genau in dieser Woche, denn morgen läuft die Frist ab – als Bürgerschaft einen machbaren und bezahlbaren Weg für die Hamburger Energiewende aufzuzeigen, einen Weg, der nicht auf Konfrontationen, sondern auf Konsens setzt, der nicht von jahrelangen Gerichtsprozessen bis in die letzte Instanz abhängig ist, sondern den wir ab morgen beschreiten können und der sich nicht in abstrakten Papieren erschöpft. Deshalb ist der Senatsvorschlag die richtige Grundlage für die Energiewende in Hamburg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb will ich das aufnehmen, was Herr Wersich eben zum Thema Konsens gesagt hat. In der Tat liefert dieser Senatsvorschlag eine gute Basis für einen Konsens,

(Dietrich Wersich CDU: Ohne Teilverstaatlichung wär' das gut!)

weil auf dieser Seite des Hauses CDU und FDP sitzen, die sagen, da halten wir uns völlig raus, das macht alles der Markt – Fragezeichen –,

(Finn-Ole Ritter FDP: Sagen Sie mal, wie Sie das finanzieren wollen, 143 Millionen Euro!)

und auf dieser Seite des Hauses diejenigen sitzen, die sagen, 100 Prozent müssen es sein.

Deshalb ist dieser Weg, den wir vorschlagen, eine wunderbare Basis für einen Energiekonsens in diesem Hause. Wenn Sie das ernst nehmen, was Sie gesagt haben, sollten Sie unserem Vorschlag zustimmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Konkret noch einmal an Sie beide. Auch Ihnen wird nicht entgangen sein, dass es im Sommer ein Volksbegehren gegeben hat. Es hat nicht ganz so viele Unterschriften gehabt wie das Schulreform-Volksbegehren, da waren es 184 000, jetzt waren es 116 000; aber das ist eine Größenordnung, an der dieses Haus nicht vorbeigehen kann und sollte. Deswegen nehmen wir auch viele Gesichtspunkte, die das Volksbegehren formuliert hat, auf. Einzig CDU und FDP verweigern sich auch hier. Dass es eine Kernfrage von Daseinsversorgung in der Stadt gibt, dass wir Einfluss auf die Energieversorgung gewinnen, das ist die Erwartung, und dieser Erwartung wollen wir entsprechen.

(Beifall bei der SPD)

Die Worte zu Moorburg in schwarz-grüner Nachbetrachtung noch einmal zu erörtern, wäre schon in-

teressant. Aber dazu wird Herr Kerstan sicher noch etwas sagen.

(Dietrich Wersich CDU: Wie stehen Sie denn zu Moorburg heute?)

In Richtung GAL und LINKE ist unsere Erwartung, dass Sie sich sehr sauber mit den Argumenten des Senatsvorschlags und den Fakten auseinandersetzen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Worauf Sie sich verlassen können!)

Das gilt für Sie, das gilt aber auch für die Initiative. Das haben wir nicht immer feststellen können. Wir sind jetzt in der Weihnachtszeit und viele Märchen machen die Runde. Da ist dieses Märchen, in dem man zwischen Gut und Böse klar unterscheiden kann, eine sehr schöne, gute und emotionale Geschichte, die manchmal noch ein bisschen spannender ist, als wenn man sich das rein faktenbasierend anschaut. Gerade um das Thema Rekommunalisierung der Netze ranken sich viele Märchen. Auf der einen Seite steht die Initiative, die das Gute im Blick hat, und auf der anderen Seite die bösen Stromkonzerne, die geheim mit dem Senat paktieren. Das hält dem Faktencheck, den wir vorgelegt haben, nicht stand, dieses Märchen ist vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben gesehen, wie letzte Woche in der Anhörung der Ausschüsse Ihre Gesichter lang und länger wurden, als die Finanzbehörde die Finanzierungs konstruktion des 100-Prozent-Rückkaufs haarklein auseinandergenommen hat und die Finanzierung des eigenen Vorschlags nachvollziehbar darlegen konnte. Insofern ist es richtig, dass wir jetzt über Fakten miteinander sprechen.

Fangen wir mit dem Thema Energiewende als Stichwort an. "Für die Hamburger Energiewende", das konnten die Hamburgerinnen und Hamburger in diesem Sommer auf den Plakaten lesen. Diese wollen wir alle, da besteht Konsens im Haus. Aber wo sind denn die Vorschläge der Initiative für eine Hamburger Energiewende? Da ist der Netzzrückkauf, aber bezüglich der Investitionsentscheidungen für die Energiewende, die das konkret abbilden sollen, herrscht Fehlanzeige.

(Jens Kerstan GAL: Das ist doch echt ein Märchen!)

Um es klar zu sagen, mit einem vollständigen Netzeigentum der Stadt ist noch nicht eine Tonne CO₂ in der Luft gespart, noch nicht eine Kilowattstunde mehr Strom aus erneuerbaren Energien beim Endverbraucher. Das ist die Wahrheit, und auch das muss man den Hamburgerinnen und Hamburgern erzählen.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Andreas Dressel)

Das Netzeigentum allein bewirkt für die Energiewende nichts. Es schadet nichts, aber es nützt auch nichts. Der Bürgermeister hat schon darauf hingewiesen, wie eng die Regulierung im Bereich der Netze ist und welche Möglichkeiten man hat.

(Dietrich Wersich CDU: Da kann man doch auch drauf verzichten!)

Wirklich durchgreifende Schritte für die Energiewende erreicht man dann, wenn man sich mit den Versorgern auf richtungsweisende Investitionsentscheidungen einigt. Wir wollen, dass das Geld in die Energiewende investiert wird und nicht in jahrelange Prozesse mit Vattenfall.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommt das nächste Märchen, das Herr Wersich eben erzählt hat, und von Herrn Kerstan wird es wahrscheinlich gleich noch einmal kommen, dass die Versorger doch sowieso investieren wollten und dass alles schon geplant war.

(Katja Suding FDP: Richtig!)

Auch da hilft es, noch einmal in die Drucksache zu schauen und die Erörterungen zu rekapitulieren, die wir letzte Woche im Ausschuss besprochen haben. Über ein Drittel der vertraglich fixierten Investitionen, insbesondere die zu den Speichertechnologien und dem GuD-Kraftwerk, sind zusätzlich zu den geplanten Zukunftsinvestitionen der Unternehmen zu sehen. In den anderen Bereichen ist es gelungen, dass allgemeine Willensbekundungen vertraglich fixiert worden sind. Das ist der Fortschritt, und deswegen kann sich auch das sehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es weitere Märchen, dieses kommt wahrscheinlich eher von Herrn Kerstan und von der LINKEN, dass man mit 25,1 Prozent doch gar nichts machen könne, da sitze man am Katzentisch, könne etwas sagen, aber nicht mitentscheiden.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Das ist Ihre Bundestagsfraktion!)

Auch hierfür schauen Sie bitte in die Drucksache. Sie werden Gelegenheit haben, die Verträge genau einzusehen. Was wir an Mitsprache vereinbart haben, geht weit über das hinaus, was normalerweise in 25,1 Prozent enthalten ist. Das ist nicht der Katzentisch, das ist Augenhöhe für die Stadt, und das ist richtig so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Und dann muss man ergänzend festhalten, worauf sich die Mitsprache bezieht. Sie bezieht sich natürlich zentral darauf, was im Bereich Erzeugung passiert. Wenn Ihnen aber die Netze zu 100 Prozent gehören, dann sind Sie im Rahmen der engen Netzregulierung Herr im Haus, aber Sie haben auf

den Bereich der Erzeugung keinen Einfluss und deswegen auch nicht wirklich auf die Energiewende. Auch deshalb ist es richtig, dass wir auf ein Gesamtpaket setzen, bei dem wir die Versorger mit ins Boot holen; nur dann können wir die Energiewende für diese Stadt schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Dann sind wir schon bei dem Kernthema, nämlich bei der Finanzierung. Die ist bei der Volksinitiative wirklich märchenhaft, ein finanzpolitisches Perpetuum Mobile. Wir haben so viele Bezeichnungen gehört für Geschäfte für die Stadt, die angeblich super sicher seien. Eines wurde hier schon angesprochen, mir fallen aber noch andere eine wie die HSH Nordbank beispielsweise. Es gibt viele Beispiele, bei denen wir später gemeinsam beklagen, dass man doch bestehende Risiken nicht so richtig eingeschätzt hätte.

(Katja Suding FDP: Genau!)

Und deswegen müssen wir jetzt darauf achten, dass wir keine falschen Entscheidungen treffen, was die Risiken betrifft.

(Dietrich Wersich CDU: Das gilt für 25 Prozent aber genauso!)

Wenn die Volksinitiative – ich komme gleich dazu, Herr Wersich –

(Dietrich Wersich CDU: Da bin ich aber gespannt!)

von fast zweistelligen Renditen spricht, die man erziele, quasi wie eine Gelddruckmaschine, wenn man die Netze zurückkaufe – man könne locker Zinsen und Tilgungen bestreiten, man könne auch investieren und zudem noch die Rechte der Beschäftigten sichern –, dann ist nur seltsam, dass die Betriebsräte sich eindeutig für unser Modell ausgesprochen haben.

(Finn-Ole Ritter FDP: Das ist dasselbe mit 25,1 Prozent!)

Das sollte Ihnen auch noch einmal zu denken geben.

(Beifall bei der SPD)

Aber die Wahrheit ist doch, das hat die Finanzbehörde sehr deutlich dargelegt, dass diese angeblich riesigen Renditen dahinschmelzen, und sie landen nachher bei einer Größenordnung, die nicht weit weg ist von dem, was wir mit der Garantiedividende erreicht haben. Die basieren bei Ihnen auf der Annahme, dass der Regelungsrahmen sich für diese Renditen nicht verändert. Aber wenn Sie sich damit richtig befassen würden, dann würden Sie feststellen, dass der auch immer wieder angepasst wird in der Frage, wo man hier Erlöse erzielen kann. Da gibt es diese 9 Prozent für die Neuanlagen, 7 Prozent für die Altanlagen – das sind übrigens Vor-Steuer-Werte –, das muss man also

(Dr. Andreas Dressel)

auch noch abrechnen, die Anreizregulierung und den Zeitverzug. All das führt dazu, dass die Rendite, die Ihrem Modell zugrunde liegt, irgendwann in einem Bereich landet, der nicht weit weg ist von der Garantiedividende. Das hat die Finanzbehörde sehr überzeugend im Haushaltsausschuss dargelegt. Das sollte Ihnen eigentlich zu denken geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb setzen wir auf das Modell der Garantiedividende, denn sie ist unabhängig vom unternehmerischen Risiko.

(Thilo Kleibauer CDU: Sechs Jahre ist die fest!)

Sie ist eine feste Dividende, die eben klar sagt, dass das unternehmerische Risiko im Kern bei den Mehrheitsgesellschaftern bleibt. Das ist der entscheidende Punkt. Ich benenne konkret, welche Risiken natürlich bestehen können, die man bei dem Modell mit in der Tasche hat. Wer weiß denn eigentlich genau, ob in einem Vierteljahrhundert – das ist auch die Kreditlaufzeit, die Ihrem Modell zugrunde liegt – der Wärmebedarf immer noch die Erträge abwirft, die Sie in der Kalkulation zugrunde gelegt haben. Oder wollen wir wirklich für das Abwracken des Heizkraftwerks Wedel später verantwortlich sein mit allen möglichen Kosten, die vielleicht noch mit dazugehören? Nein, hier sind aus unserer Sicht zu viele Fragezeichen, und deswegen bin ich heilfroh, dass es auf diese Weise gelingen kann, dass das unternehmerische Risiko bei den anderen verbleibt und die Stadt kein unternehmerisches Risiko trägt.

(Katja Suding FDP: Ist aber nicht so!)

Das ist sicher auch im Sinne der Steuerzahler dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Es ermöglicht uns auch die Finanzierung. Ich denke, das ist dann die Antwort auf Ihren Einwand. Wenn Sie sich einmal die Werte der Garantiedividende anschauen – der Bürgermeister führte es eben aus –, dann liegt die Garantiedividende bei dem, was wir über den Werten haben, die wir entsprechend bei der Finanzierung durch die HGV einplanen können. Das heißt, dort bleibt ein Delta, sodass sich dieses Modell rechnet. Dieses Modell ist etwas, bei dem wir die Risiken minimiert haben, bei dem wir den Ertrag für die Stadt gesichert haben und vor allem für die Energiewende in Hamburg. Deshalb ist es gerade aus Finanzierungssicht das bessere Modell für die Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Es kommt noch ein weiteres Weihnachtsmärchen hinzu. Es handelt sich hier um den Bereich der Fernwärme. Herr Kollege Kerstan sagte hierzu schon vor dem ersten Advent, dass dies ein super

vorgezogenes Weihnachtsgeschenk für Vattenfall sei. Das war Ihr Einwand. Das ist Unsinn. Der Bürgermeister hat zur Frage, wie es mit der Fernwärme funktionieren sollte, die notwendigen Dinge hierzu gesagt. Es gibt keine Ausschließlichkeit für Vattenfall, alle werden zu gleichen Bedingungen Wärmeleitungen legen können, und alle müssen dafür Gebühren bezahlen, und zwar nach CO₂-Kennzahlen. Das ist neu und das haben Sie in Ihrer Regierungszeit nicht geschafft.

(Beifall bei der SPD)

Wir führen diese Gebühren für die Fernwärme jetzt ein, Sie haben immer nur darüber geredet. 1,7 Millionen Euro werden mindestens in den Hamburger Haushalt fließen. Insofern ist es richtig, dass es ein Weihnachtsgeschenk ist, aber keines für Vattenfall, sondern für den Hamburger Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Und auch da hilft es, wenn wir die Fakten einmal genau anschauen. Es gibt kein Fernwärmemonopol in Hamburg. Jeder Hauseigentümer kann in Hamburg frei über die Wärmeerzeugung entscheiden, es gibt keinen Anschluss- und Benutzungszwang.

Es wurde auch der Mieterschutz bemüht. Die Mieter liegen uns als SPD in der Tat am Herzen, das ist keine Frage. Aber Sie müssen einmal die Realitäten so sehen, wie sie sind. In jedem Mietshaus entscheidet der Vermieter über die Heizungsanlage, nicht der Versorger. Es kann nicht durch einzelne Mieter zwischen den Heizungsarten gewechselt werden. Wenn im Keller eine Gasanlage steht, dann kann der Mieter im Dachgeschoss nicht sagen, er möchte gern eine Wärmepumpe haben. Das ist die Realität. Dies nun aber Vattenfall anzulasten und daraus abzuleiten, dass es ein Vattenfall-Monopol gäbe, ist nicht nur falsch, sondern es ist auch unzulässige Stimmungsmache.

(Beifall bei der SPD)

Geradezu bizarr ist aber, wenn die Initiative – das hat sie heute Mittag in der Pressekonferenz noch einmal getan – ihrerseits meint, die Finanzierung des Senatsmodells in Zweifel ziehen zu können. Der Bürgermeister hat gesagt, dass die halbe Milliarde Euro kein Schnäppchen sei; es ist in der Tat viel Geld. Aber ich nannte die Argumente, nämlich die Energiewende, die Frage der Investitionen, die wir damit auslösen, und die Mitspracherechte. Das alles zusammen ist ein gutes Paket aus unserer Sicht. Wenn man aber bei einem Volumen, das in jedem Fall deutlich über 2 Milliarden Euro liegt, kein durchgerechnetes Finanzierungskonzept hat und man sogar – das kann Herr Kerstan vielleicht noch einmal ausführen – die Wassergebührenzahler indirekt mit zur Kasse bitten will, wenn man die Rücklagen bei HAMBURG WASSER auch mit verfrühen will für einen 100 Prozent-Deal, und wenn man für die Energiewende und die Investitio-

(Dr. Andreas Dressel)

nen nichts Richtiges herausholt, dann muss man sich schon fragen lassen – es sind immerhin auf der einen Seite 2,2 Milliarden Euro und auf der anderen 500 Millionen Euro mit dem ganzen Paket –, wie man in einer solchen Diskussion in Zeiten von Schuldenbremse und Finanzkrise vernünftig und sauber argumentieren kann. Wir sagen, so kann man nicht diskutieren in der Stadt, wenn man eine Schuldenbremse 2020 verantworten muss.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn wir heute nicht in allen Fragen übereinstimmen, muss es uns doch darum gehen, an den Fakten entlang zu diskutieren, eine realistische Planung zugrunde zu legen und mit wirklich voller Transparenz zu arbeiten. Deshalb will ich dem Senator auch noch einmal danken, dass es gelungen ist, die Drucksache sehr früh allen Abgeordneten zur Verfügung zu stellen. Es war uns als SPD-Fraktion wichtig, die Zusage zu haben, dass es eine zweite Drucksache gibt, in der wir voll in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden. Das muss der Senat nicht machen, es ist ein Angebot, dass sich alle 121 Abgeordneten in einem Datenraum die Verträge und vertragsrelevanten Grundlagen anschauen können. Das ist vorbildliche Transparenz, und das sollten wir auch für diese Entscheidung zugrunde legen.

(Beifall bei der SPD)

Auch mit der Volksinitiative wird fair umgegangen, das war so und bleibt so. Deshalb ist es aus unserer Sicht gut, dass man sich, auch wenn man inhaltlich nicht wirklich zusammengekommen ist, trotzdem heute mit der Initiative getroffen hat, einfach um zu schauen, wie die Argumente sind, und um sich darüber auszutauschen. Der Bürgermeister hat eben noch einmal bekräftigt, dass wir das Versprechen halten, dass der Volksentscheid nicht leerlaufen kann und wird. Die volle Rückabwicklungsmöglichkeit ist in den Verträgen mit angelegt. Deswegen ist es auch eine gute Entscheidung im Sinne der direkten Demokratie dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich die Bitte bekräftigen, die der Bürgermeister auch in Richtung der Initiative heute formuliert hat. Es ist klar, dass wahrscheinlich die Erwartung, dass sie freudestrahlend dem Modell des Senats zustimmen, nicht unmittelbar erfüllt wird, aber man kann es noch ein bisschen auf sich wirken lassen, wenn man die Verträge hat und die zweite Drucksache hier vorliegt. Aber in der Frage, wann wir die Hamburgerinnen und Hamburger zu den Urnen rufen, sollten taktische Erwägungen zurückstehen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Die haben Sie ja überhaupt nicht! – Anja Hajduk GAL: Ist ja peinlich!)

Die Stadt, die Beschäftigten, aber auch die Ansprüche dieser Stadt an die Energiewende und an den Klimaschutz zwingen dazu, schnell zu entscheiden, damit Klarheit für alle Beteiligten besteht. Das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben alle im Fernsehen gesehen, wie Herr Röttgen sich Nacht um Nacht in Durban um die Ohren geschlagen hat. Es ist wieder einmal etwas herausgekommen, von dem alle sagen, es sei ein super Fortschritt. Aus deutscher Sicht waren aber unsere Erwartungen an den internationalen Klimaschutz ganz andere. Es ist doch unser aller Wunsch, dass es dort vorgeht, verbindliche Absprachen getroffen werden und man sich nicht von Klimakonferenz zu Klimakonferenz immer weiter vertagt. Das ist doch ein Wunsch, der uns alle hier eint, wahrscheinlich in allen deutschen Parlamenten. Das können wir aber von hier aus nicht beeinflussen. Wir können aber beeinflussen, dass dort, wo wir Entscheidungsmöglichkeiten haben in dieser Stadt, nicht vertagt wird und in zwei Jahren abschließend entschieden wird. Hier haben wir es nämlich mit in der Hand – weil Sie natürlich auch Mitträger der Initiative sind –, auch mit der Initiative noch einmal zu reden und den Hamburgerinnen und Hamburgern schnell eine Entscheidung zu ermöglichen, wohin es mit der Energiewende gehen soll. Auch deswegen ist es notwendig, schon im Frühjahr schnell zu entscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend die direkte Bitte auch an die Vertrauensleute: Die Frist für die Bürgerschaft läuft morgen um 24 Uhr ab. Ab Freitag 24 Uhr – dann ist im Landeswahlamt wahrscheinlich keiner mehr, aber zumindest morgens ab acht Uhr Dienstbeginn – haben die Vertrauensleute der Volksinitiative die Chance, einen Antrag auf Durchführung des Volksentscheids für das kommende Frühjahr zu stellen. Die Volksinitiative hat ihren Vorschlag, unser Modell mit unseren Argumenten und unseren Fakten liegt auf dem Tisch. Lassen Sie die Hamburgerinnen und Hamburger schnell darüber entscheiden, ob sie unseren Weg einer direkten Energiewende ohne Umwege weitergehen wollen, oder ob sie sich mit dem anderen Modell doch lieber wesentlich mehr verschulden wollen, sich jahrelang mit den Versorgern vor Gericht streiten wollen, ohne zu wissen, wann konkret welche Schritte in der Energiewende getroffen werden. Lassen Sie die Hamburgerinnen und Hamburger darüber entscheiden, nicht spät, sondern früh, nämlich im nächsten Frühjahr. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Jahr 2011 war das Jahr, in dem Hamburg Umwelthauptstadt Europas war. Leider war es unter der Führung des SPD-Senats kein gutes Jahr für die Umwelt in Hamburg.

(Dirk Kienscherf SPD: War doch Ihr Konzept!)

Im Umweltbereich wurde in allen Bereichen der Rückwärtsgang eingelegt. Eine Senatorin ist für die Umweltpolitik zuständig, die sich dafür nicht interessiert und eigene Vorschläge der SPD sind bis jetzt Fehlanzeige. Es hagelt Kritik von allen Seiten, von Verbänden, aber auch von der EU. Da stellt der Bürgermeister kurz vor Toresschluss, in den letzten Minuten der Zeit als Umwelthauptstadt Europas, fest, dass dies ein Fehler gewesen wäre. Jetzt müsse Entlastung her und man brauche ein Konzept. Und das soll nun der Deal mit den Energiekonzerten sein, das soll der Befreiungsschlag sein. Das ist eine erstaunliche Wendung, denn eigentlich war das doch so eine Art Notfallplan. 100 Prozent hätte die SPD gern gehabt. Die Verhandlungen wurden geführt unter der Prämisse, dass man sich 100 Prozent nicht leisten könne und man lieber 25 Prozent kaufen wolle. Über Nacht ist daraus nun der große Durchbruch für die Energiewende geworden.

(Dirk Kienscherf SPD: Lesen Sie mal unser Wahlprogramm!)

Das ist schon ein recht erstaunlicher Vorgang, dem wir heute lauschen konnten.

(Beifall bei der GAL)

Wenn man in diesen Vertrag mit den Konzernen schaut, dann staunt man wieder. Man findet dort nämlich sehr wenig in Bezug auf die Energiewende, aber sehr viele teure Geschenke an die großen Energiekonzerne. Dennoch behauptet der Bürgermeister, er hätte sehr viel für die Stadt herausgeholt. Das ist schon eine sehr fragwürdige Behauptung, denn er ist doch schon mit einer völlig falschen Annahmestrategie in die Verhandlungen gegangen. Er hat sehr früh festgelegt, was am Ende herauskommen muss, wenn es ein Erfolg sein soll.

Es wird mit nur zwei Partnern verhandelt. Damit wurde ausgeschlossen, dass Konkurrenten von Vattenfall und E.ON bessere Angebote ablegen konnten, die für die Stadt besser gewesen wären. Mit 25,1 Prozent, mehr durfte es für die Stadt nicht sein, war klar, dass das einzige Druckmittel, vor dem die Konzerne Angst hatten, nicht mehr im Spiel war, nämlich dass ihnen die Mehrheit genommen worden wäre. Dazu kommt als krönender Abschluss, dass die Verhandlungen noch bis Ende des Jahres abgeschlossen sein müssen.

All das sind Bedingungen, die dazu geführt haben, dass dieser Senat mit der denkbar schlechtesten

Verhandlungsposition, die man sich vorstellen kann, in die Verhandlungen mit den Konzernen gegangen ist. Jedes Handbuch über die Verhandlungsführung sagt, dass man so nicht vorgehen kann. Genauso ist nämlich auch das Ergebnis, das der Bürgermeister vorlegt, ein schlechtes Geschäft für die Stadt zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Beifall bei der GAL)

Aber fangen wir erst einmal – Herr Dressel, wir schauen sehr genau darauf – mit den positiven Aspekten dieses Vertrags an, und die gibt es, das wollen wir überhaupt nicht leugnen. Der Stadt bleibt ein großer Konflikt über die Fernwärmetrasse erspart. In Zukunft wird die Fernwärme nicht mehr mit dem Klimakiller Kohle produziert, sondern mit einem Gaskraftwerk. Das ist ein positiver Fortschritt und den begrüßen wir auch sehr. Ob das jetzt der Verhandlungserfolg des Bürgermeisters ist, ist allerdings die Frage, denn das war gar nicht das Ziel, mit dem er in die Verhandlungen gegangen ist. In seiner Regierungserklärung, in seiner unnachahmlichen kurzen und knappen Art hat der Bürgermeister gesagt, dass die Fernwärmetrasse in Altona das Kohlekraftwerk Moorburg effizienter mache, und darum sei es notwendig. Wenn nun in dieser Vereinbarung steht, es solle nicht mehr kommen, dann wird das wohl andere Beweggründe haben, unter anderem, dass Vattenfall die Kosten davongelaufen sind und aus wirtschaftlichen Gründen überhaupt kein Interesse mehr an dieser Fernwärmeleitung hat. Aber dennoch begrüßen wir es, dass der Bürgermeister sich in diesem Punkt korrigieren musste.

(Beifall bei der GAL)

Es zeigt aber auch eines: Sie neigen dazu, Herr Bürgermeister, Ihre eigenen Meinungen bei Ihren Zielen als unumstößliche Wahrheiten zu verkünden, und das mit überbordendem Selbstbewusstsein. Dieser Fall zeigt sehr deutlich, dass nicht alles, was Sie mit stolzgeschwellter Brust verkündet haben, letztendlich dem Realitätscheck standhält.

(Beifall bei der GAL)

Nachdem wir in Ihre Vereinbarungen mit den Konzernen geschaut haben, würden wir es allerdings begrüßen, wenn Sie auch in anderen Punkten Ihre Meinung korrigieren würden, Herr Bürgermeister. Diese Vereinbarung hat nämlich deutlich mehr Schattenseiten als positive Aspekte, und es gäbe dort viele Punkte, bei denen Sie zum Wohle Hamburgs und der Verbraucherinnen und Verbraucher in Hamburg Ihre Meinung ändern sollten.

(Beifall bei der GAL und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Kernfehler Ihrer Vereinbarung ist eine dramatische Kehrtwendung, das ist ein großer Fehler. Sie geben freiwillig und ohne jede Gegenleistung das

(Jens Kerstan)

Recht der Stadt aus dem Konzessionsvertrag auf, das Fernwärmenetz jemals wieder zurückzukaufen und in öffentliche Hand zu bekommen, und zwar ein Fernwärmenetz, das ein unreguliertes Monopol ist, bei dem Kunden, die einmal dort abgeschlossen haben, in keiner Weise vor überhöhten Preisen geschützt sind. Es ist praktisch eine Gelddruckmaschine für die privaten Konzerne. Gerade dieses unregulierte Monopol fällt jetzt an Vattenfall ohne jede Möglichkeit für andere Mehrheiten in diesem Hause bei anderen Wahlen, dies jemals wieder rückgängig zu machen. Dies ist anders als bei Strom und Gas, wo die Stadt alle 20 Jahre erneut entscheiden könnte. Das ist ein dramatisch schlechter Handel zulasten der Stadt, und die Verbraucherinnen und Verbraucher werden dafür einen teuren Preis bezahlen müssen, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Zahlen müssen dies insbesondere die Bürgerinnen und Bürger in Stadtteilen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, denn solche Fernwärmenetze liegen nicht in Blankenese oder Nienstedten, sondern in Osdorf, Lurup oder Steilshoop. Und gerade diese Verbraucherinnen und Verbraucher werden in Zukunft hilflos einem privaten Konzern zur Ausbeutung preisgegeben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist eine Frechheit!)

Herr Bürgermeister, ist es das, was Sie neulich im "Hamburger Abendblatt"-Interview gemeint haben, als Sie sagten, die SPD sei die solidarischste Partei in Hamburg?

(Beifall bei der GAL – *Christiane Schneider DIE LINKE*: Da hab' ich auch gelacht!)

Sie begründen das Ganze damit, dass Sie sagen, dafür würden die Konzerne sehr viel in die Energiewende investieren und deshalb würden Sie es jetzt machen.

Herr Dressel, wir haben uns die Vereinbarung sehr genau angeschaut. Wir haben uns angesehen, was diese Ankündigung eigentlich wert ist, was davon neu ist und was davon durchgesetzt werden kann. Und die erste erstaunliche Erkenntnis war, dass diese Investitionssumme, die der Bürgermeister mit stolzeschwellter Brust verkündet hat, deutlich weniger ist als die, die die Konzerne in Hamburg investieren würden, wenn es überhaupt keine Vereinbarung gäbe. Vattenfall hat am 20. Oktober 2011, einen Monat vor Ihrem Vertragsabschluss, verkündet, dass es in diesem Jahr 200 Millionen Euro in seine Netze investiert habe und dass es auch die nächsten zehn Jahre jährlich 200 Millionen Euro investieren wolle. Aber dann kamen Sie, Herr Bürgermeister, und haben, wie Sie sagen, erfolgreich verhandelt, ganz hart.

(Heiterkeit bei der GAL und der LINKEN)

Und was ist bei Ihrer Vereinbarung herausgekommen? Vattenfall verpflichtet sich, pro Jahr 160 Millionen Euro zu investieren, und das nicht mehr für zehn Jahre, sondern nur noch für sechs Jahre. Herr Bürgermeister, Sie haben dort gerade eine dramatische Absenkung von Investitionen in die Energienetze abgesegnet. Das ist kein Erfolg, das ist ein dramatischer Rückschritt.

(Beifall bei der GAL und bei *Jörg Hamann, Robert Heinemann, Karin Prien, alle CDU* und *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Herr Bürgermeister, Sie haben doch sehr viel darüber geredet, dass Sie es nicht nur versprochen bekommen haben, sondern dass Sie es durchsetzen könnten. Jetzt reden Sie immer von Ihrem Anteil von 25,1 Prozent, bei dem Sie viel mehr Rechte eingehandelt hätten, als man normalerweise mit 25,1 Prozent bekommen könnte. Herr Dressel hat das auch noch einmal stark unterstützt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Richtig!)

Ihr zentrales Argument ist, dass Sie sagen, Sie hätten bei Investitionsentscheidungen vereinbart, dass sie nur einstimmig erfolgen könnten. In der Tat ist das mehr, als man normalerweise mit einer Sperrminorität von 25 Prozent bekommt. Mit einer Sperrminorität hat man nur ein Vetorecht, aber diese Einstimmigkeit ist in keiner Weise Gestaltungsmacht, sondern ist einfach nur ein erweitertes Vetorecht. Gegen Hamburg können keine Entscheidungen getroffen werden, das ist richtig. Aber es gilt auch anders herum. Wenn Vattenfall auf einmal diese Investitionen, von denen Sie reden, nicht mehr tätigen will, dann ist die Entscheidung auch nicht mehr einstimmig. Und welche Möglichkeit haben Sie dann, dies durchzusetzen mit Ihren 25,1 Prozent? Gar keine, Herr Bürgermeister. Daran zeigt sich Ihr Ansatz, nur 25,1 Prozent kaufen zu wollen, das ist das Grundübel und der große Fehler, den Sie bei diesem Deal gemacht haben. Er macht das Ganze unsinnig, was Sie dort vereinbart haben.

(Beifall bei der GAL – *Andy Grote SPD*: Wie wollen Sie denn Investitionsrechte durchsetzen?)

Sie werden diese Durchsetzungsrechte brauchen, denn Sie ketten die Stadt für die nächsten 20 Jahre an Konzerne, die wirtschaftlich schwach sind. Das Geschäftsmodell der Atomkonzerne ist gerade verlorengegangen. Die Atomkraftwerke werden abgeschaltet, die großen Kohlekraftwerke müssen die CO₂-Zertifikate kaufen, und damit haben sie große Probleme. Die Konsequenz ist, dass E.ON und Vattenfall im Moment Riesensparprogramme fahren. Sie verkaufen ganze Geschäftsbereiche, weil sie im Moment nicht mehr wissen, woher sie Geld für Investitionen hernehmen sollen, und sie bauen Arbeitsplätze ab. E.ON in Deutschland

(Jens Kerstan)

6000, Vattenfall ebenfalls, auch in Hamburg. Da muss man eines sagen: Das Geld für die Investitionen haben sie nicht. Da kommen nun diese 500 Millionen Euro, die Sie ihnen einfach für gar nichts in die Hand drücken, den Atomkonzernen sehr zupass. Sie kaufen nämlich 25 Prozent Anteile, und mit 500 Millionen Euro von 1,6 Milliarden Euro erhalten die Konzerne schon mal ein Drittel ihrer Investitionskosten, zu denen sie sich verpflichten. Das ist ein gutes Geschäft für sie. Sie sollten sich davor hüten, diesen Deal als den großen Vorteil für die Energiewende zu verkünden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was sind denn Ihre Vorschläge?)

Sie sollten in Wahrheit das benennen, was dieser Vertrag wirklich ist, nämlich ein bürgerfinanzierter Rettungsschirm für notleidende Atomkonzerne.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Doppelt schlimm an dieser Vereinbarung ist, dass Sie sich an die Atomkonzerne ketten, die gegen die Energiewende sind und die sie nicht wollen. Sie haben sie in den letzten Jahrzehnten verhindert und blockiert und klagen jetzt gegen die Energiewende – Vattenfall in Washington und E.ON vor dem Verfassungsgericht.

(Andy Grote SPD: Wie wollen Sie das machen? – Dr. Andreas Dressel SPD: Was ist denn Klagegegenstand? Die klagen nicht für Ausstieg, sondern Schadenersatz!)

Und mit diesen beiden Konzernen wird Ihr Deal dafür sorgen, dass das Monopol der Energiekonzerne, die gegen die Energiewende sind, für die nächsten Jahrzehnte in dieser Stadt zementiert wird. Das ist das Gegenteil von dem, was diese Stadt braucht, um die Energiewende voranzubringen.

(Beifall bei der GAL und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Insofern ist das ein typischer Deal, wie Olaf Scholz ihn in seiner Regierungszeit immer macht. Er scheut den großen Konflikt, den er eigentlich eingehen müsste, um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen. Für ihn ist Fortschritt ein kleiner Trippelschritt,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die GAL ist immer gestolpert beim großen Schritt!)

aber er versucht, ihn als den großen Wurf zu verkaufen, bezahlt dafür aber immer wahnsinnig viel Geld.

Dies ist ein schwieriges Geschäft für die Stadt. Wenn man sich die Vereinbarung genau anschaut, dann ist es höchst fragwürdig, ob man dafür Unterstützung bekommt. Vor diesem Hintergrund verstehe ich auch sehr genau diese Appelle, man müsse jetzt den Volksentscheid vorziehen.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Ganz offenkundig haben Sie nämlich Angst, bei einer Bundestagswahl, bei der die Beteiligung hoch ist, für dieses Konzept eine Mehrheit zu bekommen. Es gibt nämlich überhaupt keinen Grund, diese Vereinbarung vorzuziehen. Ihre Verträge mit E.ON und Vattenfall sind vorläufig. Sie können erst dann dauerhaft wirken, wenn das Konzessionsverfahren, das die EU vorschreibt, abgeschlossen ist.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Völlig unabhängig von der Konzession!)

Und das wird im Jahr 2014 sein. Deshalb haben Sie in Ihren Vertrag eine Rückabwicklungsklausel geschrieben, falls die Konzession an jemand anderen gehen würde. Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund, vor 2014 den Volksentscheid vorzuziehen, denn bis dahin ist doch alles vorläufig.

(Beifall bei der GAL)

Dass Sie dies so vehement fordern, zeigt doch nur eines: Sie selbst wissen, dass es kein gutes Geschäft für Hamburg ist, sondern ein schlechtes Geschäft zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher. Es ist höchst fragwürdig, ob Sie bei einer Bundestagswahl mit einer gleichzeitigen Volksabstimmung gewinnen können. So viel dazu, dass Sie die direkte Demokratie respektieren, Herr Bürgermeister. Sie fangen jetzt schon zwei Jahre vorher an, in die Trickkiste zu greifen. Der Volksentscheid soll vorgezogen werden. Dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass nicht genügend Leute abstimmen. Selbst wenn die Mehrheit dagegen stimmen sollte, scheitert der Volksentscheid am Quorum.

(Andy Grote SPD: Ich denke, Sie sind so sicher, dass die Leute das bewegt!)

Es gibt überhaupt keinen Grund, so etwas zu fordern, wenn Sie nicht große Angst hätten, bei einem Volksentscheid bei den Wahlen zu scheitern. Sie wissen nämlich selbst, dass Sie ein schlechtes Geschäft für die Stadt vorschlagen.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN – Andy Grote SPD: Sie haben Angst, das Quorum zu erreichen!)

Wir reden heute über die Regierungserklärung des Bürgermeisters, aber ich kann es der CDU-Fraktion leider nicht ersparen, auch noch ein paar Worte zu ihr zu sprechen.

Herr Wersich hat mich und die GAL darauf angesprochen, dass er es überhaupt nicht verstehe, warum wir jetzt so einen komischen Plan zum Rückkauf der Netze verfolgen. Das ist eine merkwürdige Bemerkung in unsere Richtung, denn unter Bürgermeister Ole von Beust und Wirtschaftsminister Gedaschko waren wir uns einig, die Netze zurückzukaufen, und zwar nicht nur einen Teil,

(Jens Kerstan)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das haben Sie nie gesagt! Jetzt kommt das raus!)

sondern die Mehrheit.

(Andy Grote SPD: Das hätten Sie mal Herrn Wersich sagen müssen!)

Und auch Herr Ahlhaus hat kurz vor seiner Wahl zum Bürgermeister vor laufenden Kameras beim grünen Mitgliederentscheid gesagt, dass die Grünen sich keine Sorgen zu machen bräuchten, auch er stünde zu dem Plan, die Netze in öffentliche Hand zurückzuholen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Ahlhaus hat das gesagt!)

Insofern weiß ich nicht, warum die CDU in der Oppositionsrolle jetzt glaubt, den Kurs ändern zu können. Ich kann Ihnen nur einen Rat geben:

(Zuruf von Andy Grote SPD)

Wendehälsen glaubt man nicht.

Ansonsten muss man doch hinsichtlich dieser Debatte und einzelner Punkte der Vereinbarung eines feststellen: Dieser Deal mit E.ON und Vattenfall ist nicht der Einstieg in die Energiewende für Hamburg.

(Andy Grote SPD: Was denn sonst?)

Dieser Vertrag ist mit heißer Nadel gestrickt und schlecht verhandelt. Er zementiert das Monopol der Konzerne, die gegen die Energiewende sind, er kommt die Stadt teuer zu stehen, und zahlen müssen die Verbraucherinnen und Verbraucher. Deshalb, meine Damen und Herren,

(Andy Grote SPD: Ist es besser, das Vierfache auszugeben!)

sollte die Bürgerschaft den Kurs des Senats nicht unterstützen. Und wenn sie es dennoch tut, dann liegt die einzige Hoffnung darin, dass die Bürgerinnen und Bürger mit dem Volksentscheid die SPD bei diesem fatalen Plan stoppen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Die Abgeordnete Suding hat das Wort.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Bürgermeister, Sie haben heute versucht, ein ganz großes Rad zu drehen, aber leider sind Sie im Klein-Klein von Unternehmensbeteiligungen und Energierohrleitungen steckengeblieben. "Hamburg schafft die Energiewende" ist der markige Titel, den Sie für diese 25,1-Prozent-Beteiligung gewählt haben. Hamburg laviert sich durch die Energiewende wäre ehrlicher gewesen, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der FDP)

In Vorbereitung auf die heutige Debatte erreichte uns eine Pressemitteilung der Senatskanzlei zur "ZEIT"-Konferenz: "Umwelt ist Zukunft". Herr Bürgermeister Scholz, Sie haben recht mit dieser Aussage – ich zitiere –:

"Wir müssen im Umweltschutz noch mehr als bisher auf technische Innovationen setzen."

Allerdings frage ich mich nach Ihrer Erklärung heute, wie Sie diesen Anspruch mit dem 25,1-Prozent-Kauf der Netze erfüllen wollen. Ich sage es Ihnen: Sie täuschen erneut mit Sonntagsreden über einen politischen Blindflug hinweg.

(Beifall bei der FDP)

Zum Stichwort Energiewende lassen Sie mich zunächst festhalten, dass der Anteil des Hamburger Senats an der in Berlin von der schwarz-gelben Bundesregierung erfolgreich auf den Weg gebrachten Energiewende bisher kaum wahrnehmbar ist. Die Energiewende ist ein Erfolg der schwarz-gelben Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit bei der SPD)

Herr Dressel, offen und ohne ideologische Scheuklappen hat diese Koalition die Energiepolitik in Deutschland grundlegend neu ausgerichtet.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Und sie hat damit einen entschlossenen, mutigen und zukunftsweisenden Weg eingeschlagen.

(Zurufe von der SPD)

Die Umsetzung der Energiewende allerdings ist eine Aufgabe für ganz Deutschland, an der alle mitarbeiten müssen.

(Andy Grote SPD: Die FDP war Vorreiter der Energiewende!)

– Genau, Herr Grote.

Wir alle müssen daran mitarbeiten, die Wirtschaft, gesellschaftliche Kräfte und natürlich die Länder und Kommunen. Jeder einzelne Akteur spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Wirtschaft ist unternehmerisch tätig, das ist ihre ureigene Aufgabe in der sozialen Marktwirtschaft. Länder und Kommunen dagegen sollten die Energiewende bei der Genehmigung von Trassen für den Netzausbau unterstützen. Sie geben alle gemeinsam dem Land einen Wachstums- und Innovationsschub durch die Energiewende. Bei der Umsetzung der Energiewende spielt Hamburg also eine wichtige Rolle, allerdings sollte Hamburg diese Rolle auch ganz genau kennen, und hier habe ich nach der Erklärung des Bürgermeisters erhebliche Zweifel.

(Beifall bei der FDP)

(Katja Suding)

Die Ziele einer guten Energiepolitik sind erstens, die Umweltverträglichkeit der Energieproduktion zu optimieren, zweitens, die Bezahlbarkeit der Energie sicherzustellen und drittens, die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und der Wirtschaft zu gewährleisten. Ich bin froh, dass es der Bundesregierung, getragen von FDP und CDU, gelungen ist, im Energiekonzept für Deutschland für einen vernünftigen Ausgleich dieser drei berechtigten Aspekte zu sorgen.

(Beifall bei der FDP)

Anders als den Kollegen von SPD und Grünen war der FDP auch immer klar, dass ein rein ideologisch motivierter Ausstieg, der die Frage der Versorgungssicherheit außer Acht lässt, schlicht und einfach unverantwortlich ist. Gerade weil die Berliner Koalition nun deutlich schneller, als es sich Grüne und SPD jemals erträumt hätten, aus der Atomkraft aussteigt,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Erst wollten Sie wieder einsteigen!)

kommt der Frage der Versorgungssicherheit eine enorme Bedeutung zu. Hier ist Hamburg als Bundesland gefragt.

Meine Damen und Herren! Energiewende muss also für Hamburg als Bundesland vorrangig heißen, möglichst schnell zu einem Ausbau der Netze und zum Neubau von effizienten und leistungsfähigen Kraftwerken zu kommen. Nun gibt es aber Parteien, die gegen Kernkraft sind, was ich durchaus verstehen kann,

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Nein!)

und gleichzeitig auch gegen den Bau von Pumpspeicherkraftwerken – das ist derzeit die einzige Speichermöglichkeit von Wind- und Sonnenenergie –, sie sind gegen den Ausbau der Netze, über die der Strom aus den Windkraftträdern im Norden transportiert werden muss, und sie sind gegen den Neubau von Kohlekraftwerken. Da frage ich mich, wie denn nun? Wie soll Deutschland denn seinen Energiebedarf decken, ohne in die Steinzeit zurückzufallen?

(Beifall bei der FDP)

Der medial inszenierte Fahrraddynamo von Herrn Kerstan wird es auf jeden Fall nicht richten. Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass ein Ausbau der erneuerbaren Energien im Wesentlichen durch den mangelhaften und doch eher zögerlichen Ausbau der Energienetze gebremst ist. Die Grünen, und da unterscheiden sie sich leider wenig von den Kollegen der SPD, bleiben ein tragfähiges Konzept zur dauerhaften Versorgung schuldig.

(Beifall bei der FDP)

Wer es also ernst mit der geforderten Energiewende meint, sollte seine engstirnige Ideologie able-

gen. Er sollte den Widerstand gegen den Netzausbau aufgeben und die erfolgreiche Energiewende der Bundesregierung unterstützen. Ich meine, wer Nein sagt zur Kernenergie, muss Ja sagen zum Netzausbau und zum Bau neuer Kraftwerke.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Hamburg schafft die Energiewende. Mit dieser doch wenig bescheidenen Formulierung will uns der Erste Bürgermeister weismachen, seht her, ich war es ganz allein. Olaf Scholz stemmt ganz allein die Energiewende für Hamburg.

(*Andy Grote SPD*: Ja, da können Sie mal sehen!)

Und so ganz nebenbei werden die Energienetze auch noch vor der hundertprozentigen Verstaatlichung bewahrt. Gleichzeitig will der Bürgermeister die Hamburgerinnen und Hamburger glauben machen, dass der Prozess der Energiewende mit dem heutigen Tag abgeschlossen sei.

(*Andy Grote SPD*: Das hat kein Mensch gesagt! Mit der FDP hätte es noch nicht mal angefangen!)

Damit, Herr Scholz, überschätzen Sie sich maßlos. Ich kann nur hoffen, dass Ihnen der Erfolg der absoluten Mehrheit nicht ein wenig zu Kopf gestiegen ist.

(Beifall bei der FDP)

Eines noch am Rande, sehr geehrte Frau Senatorin Blankau. Wenn ich mir Ihre Rolle bei dieser Scholz-Show anschau, dann bekomme ich doch etwas Angst um Sie. Ich hätte mir gewünscht, dass auch Sie als zuständige und verantwortliche Senatorin einmal erläutern, wie die Energiewende konkret, und zwar ohne die vollmundigen Phrasen und die blumigen Ankündigungen des Bürgermeisters, geschafft werden soll.

Schauen wir uns den Deal doch einmal in Ruhe an. 543 Millionen Euro investiert der Senat in eine Beteiligung von 25,1 Prozent am Versorgungsnetz der Freien und Hansestadt Hamburg, davon 138 Millionen Euro für 25,1 Prozent des Vattenfall Stromnetzes, für 80 Millionen Euro bekommt die Stadt etwas mehr als ein Viertel der E.ON Gasnetze. Den größten Teil aber, nämlich 325 Millionen Euro, will die Stadt für 25,1 Prozent des Vattenfall Fernwärmegeschäfts ausgeben, also nicht nur für die Leitungen, wie das bei Strom und Gas der Fall ist, sondern bei der Fernwärme für das gesamte Geschäft, also auch für die Erzeugungsanlagen und die Kundenbeziehungen. Richtig, meint der Senat, richtig findet es die Mehrheitsfraktion, und die Beteiligung sei viel zu gering sagen auch einige hier im Haus. Bevor wir aber über eine 25-prozentige oder auch eine vollständige Übernahme der Netze sprechen, müssen wir doch zuerst einmal eine grundsätzliche Frage klären. Ist es nötig,

(Katja Suding)

dass die Stadt überhaupt eine Beteiligung an den Versorgungsnetzen und am Fernwärmegeschäft hält? Dazu haben Sie, Herr Scholz, gar nichts gesagt, und das habe ich wirklich vermisst.

(Beifall bei der FDP)

Es wird Sie nicht überraschen, die FDP-Fraktion hat diese Frage bisher mit Nein beantwortet und sie tut dies auch nach der heutigen Regierungserklärung, Herr Bürgermeister. Die FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft lehnt die Beteiligung ab. Wir halten sie für ordnungspolitisch falsch, finanziell enorm risikobehaftet und ökologisch nicht überzeugend.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

In dieser Frage scheint der Senat die eigene Landeshaushaltsordnung zu verdrängen. Kein Problem, wir Liberale helfen da gern einmal weiter. In Paragraf 7, Absatz 1 der LHO heißt es – ich zitiere –:

"Bei Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten. Diese Grundsätze verpflichten zur Prüfung, inwieweit staatliche Aufgaben oder öffentlichen Zwecken dienende wirtschaftliche Tätigkeiten durch Ausgliederung und Entstaatlichung oder Privatisierung erfüllt werden können."

Und in Absatz 3 heißt es weiter:

"In geeigneten Fällen ist privaten Anbietern die Möglichkeit zu geben darzulegen, ob und inwieweit sie staatliche Aufgaben oder öffentlichen Zwecken dienende wirtschaftliche Tätigkeiten nicht ebenso gut oder besser erbringen können."

Was aber macht der Senat? Er geht einen völlig entgegengesetzten Weg. Hier werden Unternehmen teilverstaatlicht und das ganz ohne Not.

(Beifall bei der FDP)

Schon die Ablehnung unseres Prüfauftrags an den Senat, die Veräußerung der städtischen Beteiligung an HAMBURG ENERGIE zu prüfen, übrigens eine Prüfung, die sich aus unserer Sicht aus der LHO zwingend ableitet, hat gezeigt, auf welchem ordnungspolitischen Irrweg sich die SPD und auch andere Fraktionen in diesem Haus befinden.

(Beifall bei der FDP)

Viel zu wenig wurde in der bisher geführten Debatte – sei es hier im Plenum oder in den langen und intensiven Ausschusssitzungen – auf die enormen Risiken der Beteiligung für die Freie und Hansestadt Hamburg hingewiesen. Hamburg will bei einer Verschuldung von 28 Milliarden Euro nun weitere 543 Millionen Euro ausgeben, 218 Millionen

für eine Minderheitsbeteiligung an den Strom- und Gasnetzen dieser Stadt, eine Beteiligung an einem Markt, der in hohem Maße durch die Bundesgesetzgebung reguliert und in dem die Stadt durch eine Beteiligung nichts, aber auch gar nichts für die Umsetzung der Energiewende erreichen kann. Weder lassen sich die klimapolitischen Ziele mit einer Netzbeteiligung erreichen, noch kann ein nennenswerter Einfluss auf die Energiepreise ausgeübt werden. Mit anderen Worten, diese Beteiligung ist vollkommen sinnlos.

(Beifall bei der FDP)

Sie investieren diese 218 Millionen Euro in eine Unternehmung, die erstens tadellos ohne staatliche Beteiligung funktioniert und die zweitens auch nach dem Kauf mehrheitlich vom Konzern gesteuert. Dass der Bürgermeister die Besetzung der Hälfte der Aufsichtsratsmandate als Erfolg verkündet, ist reine Schönfärberei. Die wesentlichen Entscheidungen des Aufsichtsrats werden künftig einstimmig getroffen werden, es ist also ganz egal, wie viele Senatsvertreter entsandt werden. Ein Erfolg ist dieses Verhandlungsergebnis nur für die Damen und Herren Staatsräte und Senatoren, die diese Mandate künftig besetzen werden. Und drittens ist sie mit einem Kaufpreis von vielen, vielen Millionen Euro alles andere als risikolos, wie Sie, Herr Bürgermeister, und auch Sie, Herr Tschent-scher, es uns immer wieder weismachen wollen.

Noch viel mehr Geld, nämlich 325 Millionen Euro, soll in die Beteiligung am Fernwärmegeschäft von Vattenfall gesteckt werden. Hier haben wir eine ganz andere Situation als bei Strom und Gas. Der Markt ist nicht durch die Bundesnetzagentur reguliert. Hier ist die Stadt vielmehr echter Unternehmer und das natürlich auch mit vollem unternehmerischem Risiko.

Auch auf der Pressekonferenz vor wenigen Tagen sprach der Erste Bürgermeister von einem völlig risikofreien Geschäft und streute den Hamburgerinnen und Hamburgern damit bewusst Sand in die Augen. Was das mit gutem Regieren, mit Vernunft, Klarheit und Verantwortung zu tun haben soll, kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP)

Ich wiederhole es noch einmal: 543 Millionen Euro will die Stadt für eine völlig unsinnige – im Fall der Strom- und Gasnetze – beziehungsweise für eine hochrisikoreiche Unternehmensbeteiligung – im Falle des Fernwärmegeschäfts – ausgeben, 543 Millionen Euro wohlgemerkt, die die Stadt nicht hat und die etwa ein Zwanzigstel des jährlichen Gesamthaushalts der Freien und Hansestadt ausmachen. Daneben sehen die Wahlgeschenke, die die SPD-Mehrheit vor zwei Wochen hier in der Bürgerschaft beschlossen hat, wie billiger Ramsch vom Wühltisch aus.

(Beifall bei der FDP)

(Katja Suding)

Es sind 543 Millionen Euro, die der Senat sich am Kapitalmarkt besorgen muss. In der aktuellen Situation mit zu erwartenden Achterbahnfahrten des Zinsniveaus wird heute niemand valide sagen können, wie teuer dieses Geschäft für die Hamburgerinnen und Hamburger wirklich werden wird. Olaf Scholz sollte das doch am besten wissen. Ich denke da an den SPD-Bundesparteitag vor wenigen Wochen. Die SPD hat sich noch einmal deutlich für die Einführung von Eurobonds ausgesprochen. Ein Widerspruch des stellvertretenden Parteivorsitzenden Olaf Scholz war leider nicht zu vernehmen. Nun gehe ich nicht davon aus, dass die SPD im Bund in naher Zukunft etwas zu sagen haben wird,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber die FDP!)

auch nicht nach 2013.

(Beifall bei der FDP)

Was die Eurobonds für Hamburg aber bedeuten können, hat uns der Senat auf meine Anfrage hin bereits vorgerechnet. Die Mehrbelastungen würden Milliardenhöhe erreichen, die Stadt wäre handlungsunfähig, an die Schuldenbremse bräuchten wir gar nicht mehr zu denken. Selbst Befürworter der Eurobonds sind sich darüber im Klaren, dass das Zinsniveau massiv steigen würde. Aber auch ganz ohne Eurobonds müssen sich die öffentlichen Haushalte auf stark steigende Finanzierungskosten einstellen. Die bedrohlichen Ankündigungen der Ratingagenturen muss man sehr ernst nehmen. Wir müssen also in jedem Fall mit steigenden Zinsen rechnen. Und Herr Bürgermeister, das gilt auch für die Zinsen auf die 543 Millionen Euro, die Sie am Kapitalmarkt für die Finanzierung der geplanten 25,1 Prozent Beteiligung aufnehmen müssten.

(Beifall bei der FDP)

Sie sagen, Herr Scholz, die Garantiedividende übertrage die Finanzierungskosten. Das können Sie für die Zukunft aber überhaupt nicht sagen, ich frage mich, wo Sie diese Aussage hernehmen. Angesichts dieser Fakten muss man tatsächlich von einem Harakirikurs des Ersten Bürgermeisters sprechen. Er bringt sich ohne Not in die Situation, sehr viel Geld auf dem Kapitalmarkt besorgen zu müssen und gleichzeitig kämpft er dafür, dass durch Eurobonds das Zinsniveau deutlich steigt. Da kann ich wirklich nur noch mit dem Kopf schütteln.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren! Unter Risikofreiheit versteht die FDP etwas anderes. Ich sage ganz deutlich, dieses Geschäft schafft ein weiteres unkalkulierbares Risiko für die ohnehin arg gebeutelte Stadt. Die jährliche Garantiedividende mag den Senat beruhigen, vorerst, denn klar ist, dass in sechs oder zehn Jahren – so genau weiß man das nicht – neu verhandelt werden muss. Vor diesem

Hintergrund muss man auch die Aussage des Bürgermeisters neu interpretieren. Das Geschäft für die Stadt ist sehr risikoreich – für Sie, Herr Scholz, allerdings ist es risikofrei, denn die Verhandlungen über eine nachfolgende Garantiedividende werden von einem anderen Senat zu führen sein.

(Beifall bei der FDP)

Der Senat verkennt die Realität oder, noch schlimmer, er versucht bewusst, die Bürger zu täuschen, er versucht glaubhaft zu machen, es bestünde kein finanzielles Risiko. Natürlich merken die Bürger das und deshalb legt der Bürgermeister sehr viel Wert darauf, uns zu erzählen, für das Risiko, dass er der Stadt aufbürdet, bekäme er eine ganze Menge von den ehemaligen Feinden E.ON Hanse und Vattenfall zurück. Wir haben heute bereits mehrfach gehört, die Beteiligung sichere zahlreiche Arbeitsplätze und garantiere Investitionen in der Höhe von 1,6 Milliarden Euro in den Ausbau der Netze. Soweit, so beeindruckend.

Weniger beeindruckt war ich allerdings, als ich diese Zahlen hinterfragt habe und die Senatsvertreter im Haushaltsausschuss gebeten habe, diese Zahl doch einmal zu untermauern. Ich wollte wissen, welche der in den Kooperationsvereinbarungen mit E.ON und Vattenfall aufgeführten Investitionen denn tatsächlich das Ergebnis der sicher knallhart geführten Verhandlungen zwischen Stadt und Energieversorgern sind. Das ist eigentlich eine einfache Frage, die die Stadt als Verhandlungspartner beantworten können müsste, sollte man jedenfalls meinen. Während der gemeinsamen Sitzung des Haushalts- und Umweltausschusses in der vorigen Woche sah sich jedoch kein Vertreter der anwesenden Behörden, auch nicht Umweltsenatorin Blankau oder Finanzsenator Tschentscher, in der Lage zu erklären, welche zusätzlichen Investitionen vom Senat denn ausverhandelt wurden. Herr Dressel, wenn Sie uns jetzt sagen, dass ein Drittel der Investitionen zusätzliche sind, dann erschreckt mich das mehr, als dass es mich beruhigt, und das sollte Ihnen wohl auch klar sein.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Aha!)

Schon zu Beginn des Jahres war nämlich die Rede von jährlich 200 Millionen Euro, die die Netzbetreiber in ihre Netze investieren wollten, und nun hören wir, der Senat habe dem Konzern 1,6 Milliarden Euro abgetrotzt, gestreckt auf zehn Jahre allerdings. Das sind dann also jährlich 40 Millionen Euro weniger als angekündigt. Ich muss schon sagen, nach einem tollen Verhandlungsergebnis klingt das nicht.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Investitionen in die Netze sind unausweichlich, mit oder ohne Beteiligung der Stadt. Es darf und muss bezweifelt werden, dass die Investitionen der Energieunternehmen in

(Katja Suding)

ihre Netze deutlich geringer oder deutlich höher ausfallen, würde die Stadt nicht mit 25,1 Prozent einsteigen. Gerade um die Energieeffizienz und damit auch die Gewinnmargen langfristig zu sichern, liegt es doch im direkten Interesse der Netzbetreiber, zukunftsfähige Strukturen vorzuhalten. Das wissen die Hamburger Energieversorger und sie haben sich in den vergangenen Jahren entsprechend verhalten und werden es weiter tun, mit oder ohne die Stadt im Boot. Hier versucht der Senat, ohnehin geplante Investitionen als Verhandlungserfolg zu verkaufen und so das immense Risiko, das Herr Scholz der Stadt für viele Jahrzehnte auferlegen will, zu rechtfertigen. Nein, Herr Scholz, so einfach machen wir es Ihnen nicht.

(Beifall bei der FDP)

Leider war der Senat nicht in der Lage, im Vorfeld dieser Debatte eine vollständige Übersicht der bereits geplanten und der neuverhandelten Investitionen zur Verfügung zu stellen. Wir werden den Senat aber nicht aus der Verantwortung lassen und auf die Vorlage dieser Investitionsübersicht drängen, denn nur auf dieser Grundlage können sich die Bürger der Stadt ein Bild davon machen, welchen Gegenwert sie für das hohe Risiko der Netzbeteiligung bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Ich fasse zusammen. Der Deal, den Sie uns heute als Energiewende verkaufen wollen, ist ordnungspolitischer Murks. Das weiß der Bürgermeister auch, er hat schließlich gute Berater. Deshalb musste der Deal dem Steuerzahler durch ein angeblich tolles Verhandlungsergebnis schmackhaft gemacht werden. Nun sieht es aber so aus, als wenn sich der Senat bei den Verhandlungen über den Tisch hat ziehen lassen.

(Beifall bei der FDP und bei *Roland Heintze CDU*)

E.ON und Vattenfall klatschen in die Hände. Scholz hat für sie die Bedrohung einer 100-Prozent-Beteiligung, wie sie die Initiative "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" will, weitgehend abgemildert. Außerdem haben die beiden Energieversorger nun die Stadt als Partner mit im Boot, wenn es um die reibungslose Genehmigung der Infrastrukturprojekte geht. Wirklichen Einfluss auf die Geschäftspolitik mussten sie dafür auch nicht abgeben. Fazit: Aus Sicht von E.ON Hanse und Vattenfall ist es ein guter Deal, aus Sicht der Freien und Hansestadt ist es ein denkbar schlechter Deal. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dressel, ich möchte nicht wissen, was für Märchen Ihnen als Kind vorgelesen worden sind.

(Beifall bei der LINKEN, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Hier eine ganze Erzählform so zu diskreditieren, finde ich wirklich nicht in Ordnung. Was Sie hier geleistet haben, war eher Demagogie, da ist mir so manches Märchen wirklich lieber.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Fangen wir einmal mit Gut und Böse an. Wer war es denn, der die ganze Zeit in der Stadt verbreitet hat, 25,1-Prozent-Übernahme der Netze heiße Senkung der Energiepreise, 100-Prozent-Übernahme bedeute Steigerung. Wenn das nicht Gut und Böse ist und Demagogie, dann weiß ich nicht mehr, wovon ich rede.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens haben Sie davon gesprochen, dass DIE LINKE und GAL die Energiekonzerne immer verdammen und dass die gar nicht so böse seien. Ich möchte Sie daran erinnern, was der Bundesvorstand der SPD beschlossen hat; Herr Scholz ist immerhin stellvertretender Bundesvorsitzender. Da ist in einem Papier zu lesen, die Energiewende könne nur von unten her funktionieren, und die Monopole der vier großen Energieversorgungsunternehmen müssten gebrochen werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Es wird noch viel heftiger. Die SPD sagt, die Monopole hätten nur zu überhöhten Preisen, zu Wettbewerbsverhinderung und zu einer Blockade der Energiewende geführt. Da stimmen wir voll zu, Sie haben das offenkundig vergessen. Weiter steht in dem Beschluss, eine neue dezentrale Energieversorgung bringe Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Städte und Regionen. Das sollten Sie sich noch einmal durchlesen und noch einmal mit Ihrem Bundesvorstand reden, dann kommen wir vielleicht tatsächlich zu einem Konsens, was die Einschätzung der Energieversorgungsunternehmen anbetrifft.

Jetzt zu Ihrer Aussage, dass Sie so hart und toll verhandelt haben, dass Sie so ein tolles Mitspracherecht bei Vattenfall haben. Ich will Ihnen einmal die Schlussbestimmungen der Anlage 1 vorlesen, Überschrift: Zusammenarbeit.

"Die Vertragspartner werden diese Vereinbarung loyal erfüllen und sind sich darüber einig, dass alle Meinungsverschiedenheiten und Einigungsnotwendigkeiten, die sich aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ergeben sollten, in freundschaftlichem und gegenseitigem Einverständnis zu

(Dora Heyenn)

regeln sind. Falls sich im Laufe der Zeit verschiedene Projekte grundsätzlich oder teilweise nicht realisieren lassen, hat jeder Vertragspartner das Recht, hierzu Gespräche zu verlangen."

Damit wollen Sie Vattenfall in die Knie kriegen, das glaubt Ihnen niemand.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich würde das wieder Demagogie nennen, der Begriff Märchen klingt dafür einfach zu gut.

Herr Bürgermeister, Sie haben selbst gesagt, das vorgelegte Energiekonzept gehe weit über die Netze für Strom, Gas und Fernwärme hinaus. Das ist richtig, das sehen wir auch so. Bei diesem Vertragswerk mit den Energiekonzernen Vattenfall und E.ON geht es um weit mehr. Und wenn man es sich genau ansieht, dann geht es um die Ausdehnung der Geschäftsfelder der Energiekonzerne in Hamburg. So soll laut Kooperationsvereinbarung Vattenfall alle stadt eigenen und städtischen Gebäude, die sich in wirtschaftlicher Nähe des Fernwärmenetzes befinden, an die Fernwärme anschließen können. Das ist bei der Stromversorgung schon geglückt. Mit einer trickreichen Ausschreibung ist es geschehen, das HAMBURG ENERGIE im Grunde durch einen Ausschlusspassus daran gehindert wurde, die öffentlichen Gebäude mit Strom zu versorgen. Dieser Passus war in einem europaweiten Ausschreiben formuliert und besagte, dass nur Unternehmen, die für drei Jahre eine erfolgreiche Bilanz vorlegen können, berücksichtigt werden. Alle wussten, dass HAMBURG ENERGIE zum Zeitpunkt der Ausschreibung erst zwei Jahre bestand. Trotzdem wurde HAMBURG ENERGIE ins Feld geschickt, das war ganz klar nur pro forma. Das war auch schon eine Ausdehnung des Geschäftsfeldes für Vattenfall, und das finden wir voll daneben.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht weiter. Im Zuge der Umweltpartnerschaften, die im Vertragswerk Energiepartnerschaften genannt werden, können die Energiekonzerne mit Rückendeckung der Hansestadt Hamburg rechnen, weiter Kundenpflege betreiben und den Ausbau ihres Kundenstammes voranbringen – auch wieder zulasten von anderen, wie zum Beispiel von Greenpeace Energy, von LichtBlick oder von HAMBURG ENERGIE. E.ON Hanse wird ausdrücklich mit dem Ausbau dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung beauftragt. Und um den Ausbau der Elektromobilität in Hamburg voranzubringen, will die Stadt – so im Vertragswerk zu sehen – mit einer gemeinsamen Bewerbung für das "Schaufenster E-Mobilität" von Vattenfall geeignete Rahmenbedingungen schaffen. Und E.ON wird sich beim Ausbau der dezentralen Wärmeversorgung von rund 62 000 Haushalten auf rund 74 000 in 2025 von der Freien und Hansestadt Hamburg in – wie es heißt – ge-

eigneter Weise unterstützen lassen. Das bezeichnet Bürgermeister Scholz als harte Verhandlungen. Wir haben den Eindruck, Herr Bürgermeister, Sie liefern die Stadt an die Energiekonzerne aus.

(Beifall bei der LINKEN und bei Antje Möller GAL)

Insbesondere ohne Vattenfall wird in Zukunft kaum noch etwas geschehen. Unsere Frage ist natürlich: Wo bleibt HAMBURG ENERGIE? Welche Aufgaben soll dieses Unternehmen in Zukunft übernehmen, wird es vom Hamburger Senat überflüssig gemacht, wird auf diese Art und Weise ein weiterer Konkurrent von Vattenfall ausgeschaltet? Bezeichnenderweise haben Sie in Ihrer Regierungserklärung den Begriff HAMBURG ENERGIE nur einmal in einem Nebensatz erwähnt. Es geht in diesem Vertragswerk eindeutig auch um den Weiterbestand von HAMBURG ENERGIE. Vattenfall hält sich jede Hintertür offen, und die Stadt, vertreten durch den SPD-Senat, serviert den Energiekonzernen alles auf dem silbernen Tablett. So hat der Senat die Feststellungsklage im Zusammenhang mit der Endschaftsregelung, die wichtig wäre, den tatsächlichen Wert der Netze festzustellen, zurückgezogen. Der Grund war laut Staatsrat Lange im Ausschuss, dass das eine Bedingung war, die Vattenfall in die Verhandlungen eingebracht hat. Wäre diese Feststellungsklage nicht von der Freien und Hansestadt Hamburg zurückgezogen worden, wäre es überhaupt nicht zu Verhandlungen gekommen – das sind harte Verhandlungen.

Wie wäre es denn, wenn die Stadt auch einmal Bedingungen stellen würde, zum Beispiel die, dass E.ON seine Klagen gegen den Atomausstieg zurückzieht

(Beifall bei der LINKEN)

und auch Vattenfall seine Drohung, im fernen New York den Klageweg zu beschreiten, nicht wahrmacht. Das wäre doch mal eine Bedingung gewesen, dass das vom Tisch kommt.

In der Drucksache 8178 aus der 19. Legislaturperiode fordert die SPD-Fraktion – ich zitiere –:

„Die Hamburgische Bürgerschaft unterstützt das Anliegen einer vorrangig dem Gemeinwohl verpflichteten Energieversorgung. Der Betrieb der Verteilnetze für Strom, Gas und Fernwärme muss daher Teil der Daseinsvorsorge sein und darf sich nicht ausschließlich an Gewinnmaximierungsinteressen und steigenden Börsenkursen orientieren.“

So die SPD in der letzten Legislaturperiode. Jetzt konnten wir vor Kurzem in der Zeitung lesen, dass E.ON seine Klage ganz anders begründet. E.ON sagt nämlich:

"Allein aus aktienrechtlichen Gründen müssen wir im Interesse aller Aktionäre gegeb-

(Dora Heyenn)

nenfalls auch auf dem Rechtsweg den gebotenen Ausgleich geltend machen."

Das ist ein starker Widerspruch zu Ihrem politischen Anspruch. Ich finde, die Bundespartei hat recht: Man muss die Energiekonzerne zerschlagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die SPD-Abgeordnete Frau Dr. Schaal erklärte in der Bürgerschaftsdebatte am 22. Juni 2011 – ich zitiere –:

"Für mich kommt kein Partner für eine Hamburger Netzgesellschaft infrage, der eine durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens getragene Energiewende nicht akzeptiert und den Atomausstieg samt Abschaltung der Altmeiler wie Brunsbüttel und dem Pannereaktor Krümmel vor deutschen Gerichten oder etwa vor dem internationalen Schiedsgericht der Weltbank aushebelt und zu Fall bringt."

Laut Protokoll gab es dafür nicht nur Beifall bei der LINKEN und der GAL, sondern auch bei der SPD. Mich würde interessieren, Frau Dr. Schaal, was Sie von dem Vorgehen des Bürgermeisters halten, jetzt genau mit den Energiekonzernen, die gegen die Energiewende klagen, Verträge zu machen. Was die SPD vorlegt, ist genau das Gegenteil von glaubwürdiger Politik und auch von gutem Regieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Und nun zum Thema Energiewende. In der Kooperationsvereinbarung mit Vattenfall und E.ON steht:

"Ausgehend von den Beschlüssen des Bundes und dem dahinter stehenden gesamtgesellschaftlichen Willen zur Beendigung der Nutzung der Kernenergie stellt die dadurch beschleunigte Energiewende die zentrale Herausforderung [...] dar."

Sie haben in Ihrer Rede gesagt, Herr Bürgermeister, dass der Grundsatzstreit mit der Atomkraft vorbei sei, die vier Atomkraftwerke in unserer Region vom Netz seien und auch nie wieder ans Netz gehen würden. Da sind Sie leider nicht richtig informiert. Fakt ist, dass die acht Atommeiler, die stillgelegt werden sollen, immer noch auf Reserve gehalten werden. Sie sind lediglich abgeschaltet; sie können jederzeit wieder angeschaltet werden. Laut Atomgesetz, Paragraph 7, müssen die Betreiber bei den zuständigen Landesregierungen einen Antrag auf Stilllegung stellen, der sehr detailliert sein muss. Unsere Bundestagsfraktion von der LINKEN hat nachgefragt, und es liegt bislang kein einziger Antrag auf Stilllegung vor, auch nicht von Vattenfall – weder für Krümmel noch für Brunsbüttel. Das ist ein politischer Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist eine Unterlaufung des politischen Willens des Bundestags und das Gegenteil von dem, was die Menschen in diesem Land und in dieser Stadt mehrheitlich wollen. Und mit solchen Unternehmen schließen Sie Verträge, Herr Bürgermeister. Einfluss auf die Energiewende werden Sie mit diesen Verträgen nicht nehmen können. Die Energiekonzerne blockieren die Energiewende, wo immer sie können, und sei es durch Nichttätigkeit. Unabhängig davon fordern wir Sie auf, von Vattenfall unverzüglich Schritte einzufordern, die die Energiewende im Sinne von Ausstieg aus der Atomenergie garantieren und nicht weiter die Energiewende gefährden.

In der Diskussion um die Vereinbarungen mit E.ON und Vattenfall versicherte der Senat im Haushaltsausschuss, dass es, wenn der Volksentscheid erfolgreich ausgehe, für die Stadt außer Anwalts- und Notarkosten keine weiteren Kosten gebe; es sei quasi kostenneutral. Trotzdem gibt es von unserer Seite berechtigte Zweifel an dieser Aussage, weil bisher nur zwei von neun Verträgen öffentlich sind. Auf die Frage, ob es Nebenabsprachen mit E.ON Hanse gebe in der Form, dass die Freie und Hansestadt Hamburg auf ihr Sonderkündigungsrecht des Gas-Konzessionsvertrags bis Ende 2014 verzichtet, wurde wie folgt vom Senat geantwortet – ich zitiere –:

"Wir haben aktuell ein Sonderkündigungsrecht vereinbart, was mit Wirkung per 31.12.2014 ausgeübt werden kann."

Wenn im September 2013 eine Volksabstimmung stattfinden würde und wir dieses Kündigungsrecht ausüben würden, dann hätte ein hamburgisches Gasunternehmen praktisch keine Chance, sich noch auf eine Ausschreibung vorzubereiten. Deshalb ist es sinnvoll, ein Sonderkündigungsrecht für 2016 zu vereinbaren, um diesen Unternehmen für den Fall, dass die Volksinitiative erfolgreich ist, auch eine reelle Chance zur Teilhabe an einer Ausschreibung des Gasnetzes zu ermöglichen. Und das ist beabsichtigt, dass dieses Sonderkündigungsrecht zwischengeschoben wird.

Ich habe nachgefragt, ob das beabsichtigt ist oder ob dann ein Sonderkündigungsrecht vereinbart ist. Der Senatsvertreter hat geantwortet:

"Wir haben den Auftrag vom Senat, dieses zu vereinbaren."

Weicher und ungenauer geht es nicht. Dieser Dialog im Haushaltsausschuss macht deutlich, dass die Verträge und die Vereinbarungen offengelegt werden müssen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christa Goetsch* GAL)

Dafür gibt es weitere gewichtige Argumente, zum Beispiel, dass in Anlage 2 der beigefügten Verein-

(Dora Heyenn)

barung mit E.ON in den Schlussbestimmungen eine Rücktrittsklausel auftaucht – ich zitiere –:

"Die Vertragspartner sind sich einig, dass die Kooperationsvereinbarung endet, wenn und sobald der Volksentscheid der Initiative 'Unser Hamburg - Unser Netz' angenommen wird."

Eine solche Rücktrittserklärung fehlt aber in den Schlussbestimmungen der Anlage 1 in der Vereinbarung mit Vattenfall. Ich glaube nicht an Zufälle. Dort steht lediglich:

"Die Kooperationsvereinbarung gilt für den Zeitraum, in dem die HGV an der zur errichtenden Fernwärme-gesellschaft Hamburg beteiligt ist, längstens aber bis zum 31.12.2027."

Kein Wort von Rücktrittsregelung. Das ist fatal und untermauert unsere Skepsis, dass der SPD-Senat Fakten schaffen will, um einen Volksentscheid zu unterlaufen.

Im Übrigen möchten wir darauf hinweisen, dass die Initiative ganz allein entscheidet, ob und wann ein Volksentscheid durchgeführt wird. Es ist nicht hinnehmbar, dass im Interesse eines Deals mit den Energiekonzernen Druck aus der Politik auf die Volksinitiative ausgeübt wird. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Denken Sie doch auch mal an die Beschäftigten!)

Wir haben die Zusage, dass die Bürgerschafts-abgeordneten die Verträge zur vertraulichen Einsicht bekommen. Heute sagte der Bürgermeister – ich lese es noch einmal vor –:

"Wir werden Ihnen diese Verträge vollständig [...] zur Verfügung stellen."

Er hat allerdings auch darauf hingewiesen, dass es durchaus eine Begrenzung geben kann. Ich will für meine Fraktion deutlich machen, dass wir Probleme mit dieser Form von Transparenz – oder besser gesagt Intransparenz – haben, denn bisher ist unser Stand, dass der Initiative – laut Senatorin Blankau im Ausschuss – die Verträge nicht zur Verfügung stehen. Die Initiative kann nicht in die Verträge hineinschauen. Ich habe Sie, Herr Bürgermeister, heute nicht anders verstanden, sollte das aber doch der Fall sein, bitte ich, das noch einmal zu sagen; es würde uns freuen. Wenn nur den Abgeordneten vertraulich und begrenzt Einsicht gewährt wird, dann hat das mehr mit Intransparenz als mit Transparenz zu tun.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Wie kommen Sie denn da drauf? Da können wir ja alle nach Hause gehen, wenn wir nichts mehr zu entscheiden haben!)

Wir sind der Auffassung, dass das Thema Netze, Energieversorgung und Energiewende ein ganz wichtiges und vitales Thema für die Hamburgerinnen und Hamburger ist. Die Initiative für ein Transparenzgesetz ist mit dem Slogan "Transparenz schafft Vertrauen" angetreten. Das heißt im Umkehrschluss: Intransparenz schafft Misstrauen. Das sehen wir ganz genauso, und wir möchten, dass das aufhört.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir glauben, dass es nicht sinnvoll ist, bei einer solch vitalen Angelegenheit lediglich die Abgeordneten in die Verträge hineinschauen zu lassen. Heute hat der Bürgermeister gesagt, dass auch für die allgemeine Öffentlichkeit größtmögliche Transparenz geschaffen werden soll. Wir hätten gerne gewusst, wie das aussehen soll; das ist leider nicht deutlich gemacht worden. Nur mit ein paar Auszügen ist es nicht getan, wir sind für die Veröffentlichung. Was aber überhaupt nicht geht, ist, dass die Initiative "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" keinen Einblick in alle neun Verträge bekommt. Die Initiative muss entscheiden, ob sie einen Volksentscheid startet oder nicht. Der Bürgermeister hat heute mit seinem Energiekonzept eine Alternative vorgelegt. Nur durch Einsicht in die Verträge kann die Initiative auch die Entscheidung treffen, auf einen Volksentscheid zu verzichten. Ohne diese Kenntnis ist das unmöglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Übrigen gebietet es der demokratische Mindestanstand, dass die Initiative "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ" die Verträge einsehen kann. Wir fordern das hier noch einmal ausdrücklich ein.

Für DIE LINKE hat das sogenannte Energiekonzept von Olaf Scholz mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben. Unsere Skepsis ist auch nach der Debatte heute gewachsen. Wir unterstützen weiterhin, dass die Netze zu 100 Prozent rekommunalisiert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Stöver, Sie haben das Wort.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor zwei Wochen ist der Vertrag vollmundig und mit großem Medienspektakel enthusiastisch und engagiert vorgestellt worden. In der heutigen Debatte vermisse ich ein wenig dieses Engagement und die Spannung. Der Bürgermeister hat nicht gerade sehr überzeugend vorgebracht. Die eigentliche Regierungserklärung hat eher Herr Dr. Dressel gehalten; da sind eindringliche Worte und Appelle an die Initiative gekommen. Das möchte ich vielleicht einmal als Vorbemerkung loswerden. Auch die Senatorin hat nichts hinzu-

(Birgit Stöver)

fügen; Sie war wieder einmal nicht von Anfang an anwesend

(*Arno Münster SPD*: Nun kommen Sie doch mal zum Thema!)

und hat sich in die letzte Reihe verkrümelt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Es liegt wieder ein Vertrag vor, den der Bürgermeister geschlossen hat, und wir sind hin und her gerissen. Der Vertrag besteht aus drei Teilen, den beiden Kooperationsvereinbarungen mit den Energieversorgungsunternehmen und der Beteiligung der Stadt Hamburg. Zu den Kooperationsvereinbarungen komme ich gleich noch einmal, da sehen wir deutlich positive Ansätze. Bei der Beteiligung stellt sich allerdings nicht nur die FDP die Frage, warum eine solche erforderlich ist. Die CDU hat sich nach jahrelanger Diskussion jetzt für die Position entschieden, dass eine Beteiligung nicht erforderlich ist; Herr Kerstan, Sie haben es angesprochen. Das ist vielleicht ein Sinneswandel, nur: Im schwarz-grünen Kooperationsvertrag stand, dass das ein Prüfauftrag ist.

(*Jens Kerstan GAL*: Und wir waren sehr weit!)

Wir haben gründlich geprüft und meine Fraktion ist zu dem Schluss gekommen, dass eine Beteiligung nicht notwendig ist.

(Beifall bei der CDU)

Zu den Inhalten der Kooperationsvereinbarungen: Diese sind mitnichten substantiell gute und neue Ideen des Senats, sondern vor allen Dingen Innovationen, die in den Schubladen der beiden bewährten Energieversorgungsunternehmen liegen und in den kommenden Jahren ohnehin realisiert worden wären. Dazu möchte ich einige Aspekte ausführen.

Die Netzausbaukosten – Herr Kerstan hat es schon angesprochen – sind nicht höher als von den beiden Partnern ohnehin schon angekündigt, statt 200 Millionen Euro jährlich jetzt nur noch 160 Millionen Euro.

Ein weiterer Aspekt ist das GuD-Kraftwerk, das jetzt gebaut werden soll. Vattenfall und die Stadt werden sich die Kosten teilen und nennen es vollmundig Innovationskraftwerk. Was an einem banalen GuD-Kraftwerk die Innovation sein soll, erschließt sich mir nicht.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GAL*)

Die Definition sagt aus, dass dies ein Kraftwerk ist, in dem die Prinzipien eines Gaskraftwerks und eines Dampfturbinenkraftwerks kombiniert werden. Bis 2009 war dieser Begriff ein geschützter Begriff und damit tatsächlich eine richtige Innovation, und zwar der Firma Siemens. 2009 wurde der Begriffs-

schutz aufgehoben und seitdem ist es ein GuD-Kraftwerk, wie man es in jeder Stadt bauen kann und stellt keine Innovation mehr dar. Die eigentliche Innovation soll wohl eher die anzugliedernde Speichertechnologie sein, auch das eine Innovation von Vattenfall, allerdings noch mit einigen Fragezeichen versehen. Tatsächlich ist diese Technologie noch in der Erprobungsphase und mitnichten marktreif.

(*Andy Grote SPD*: Aber eine Innovation, oder?)

Das Wort Innovation kommt hier ein bisschen häufig vor, das gebe ich zu, aber ein innovativer Senat, Herr Grote, sieht definitiv anders aus.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Als nächsten Aspekt möchte ich die Fernwärmeauskopplung aus Moorburg nennen. Dass darauf verzichtet wird, ist ein Frevel. Die Abwärme nicht zu nutzen heißt, sie buchstäblich verpuffen zu lassen beziehungsweise sie in die Elbe zu leiten. Es war immer erklärtes Ziel, dass wir das zum Wohle des Klimas nicht tun wollen, und es ist obendrein auch noch Unsinn.

(Beifall bei der CDU)

Die Abwärme des Kraftwerks nicht zu nutzen, ist eine Absage gegen eine optimale Ressourcenausnutzung und an einen optimalen Wirkungsgrad des Kraftwerks Moorburg. Das ist nicht nur umweltpolitisch, sondern auch wirtschaftlich Unsinn.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Kurt Duwe FDP*)

Positiv anzumerken sind die Prüfungen, die Abwärme in den Süderelberaum abzuführen. Das ist ganz eindeutig sinnvoll und hätte ebenfalls für Wilhelmsburg entschieden werden können,

(*Matthias Albrecht SPD*: Haben wir doch!)

aber es kommt bei Weitem nicht an die Dimensionen an anzuschließenden Wohneinheiten heran, die die Kraft-Wärme-Kopplung als Fernwärme nach Altona bereits vorgefunden hätte.

Ein weiterer positiver Aspekt, den ich nennen möchte, sind die Vereinbarungen mit Vattenfall und E.ON zu den CO₂-Reduzierungen. Diese sind deutlich zu begrüßen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber – und da komme ich wieder auf Moorburg zurück – die Rechnung, dass zwei Kraftwerke weniger CO₂ ausstoßen als ein Kraftwerk, werden Sie den Bürgern nicht erklären können. Ich bin mir sicher: Das werden Sie niemandem erklären können.

(Beifall bei der CDU)

(Birgit Stöver)

In Moorburg wird eine Menge Kohle zur Stromerzeugung verbrannt, egal, ob zusätzlich Wärme gewonnen wird oder nicht, und in dem neuzubauenden GuD-Kraftwerk wird eine Menge Gas zur Wärmegewinnung verbrannt.

(Robert Heinemann CDU: Im Kohleverbrennen sind die grandios!)

In der Addition wird mehr CO₂ ausgestoßen, selbst wenn Gas einen besseren CO₂-Äquivalenzwert hat als Kohle. Alles andere ist eine Milchmädchenrechnung.

(Beifall bei der CDU)

Die vereinbarten Ziele mit E.ON und Vattenfall sind Leistungen der beiden Energieversorgungsunternehmen. Was aber tut der Senat, was tun die Behörden selbst? Es gibt Anträge mit Aufträgen zur Konzepterstellung, aber keine Antworten, nur Fristen, die abgelaufen sind oder so weit in die Zukunft reichen, dass man sich fragen muss, was das alles soll.

Dabei könnte der Senat in einem wichtigen Segment durchaus etwas für den Klimaschutz tun,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das tun wir doch hier!)

und das ist der Sektor der Gebäudesanierung. 40 Prozent der Energie, das wissen wir alle, geht in den Gebäudesektor. Hier gibt es das prozentual größte Einsparpotenzial. Es ist deutlich an der Zeit, dass der Senat seine negative Haltung gegenüber den Vorschlägen der Bundesregierung aufgibt. Bringen Sie die Gebäudesanierung auf den Weg und blockieren Sie nicht länger den Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Kurt Duwe FDP*)

Sie argumentieren mit Steuermindereinnahmen, aber die werden durch landesspezifische Einnahmen aufgewogen. Hamburg braucht die Hilfe des Bundes nicht.

Als nächsten Aspekt möchte ich noch einmal die Speichertechnologien hervorheben. Deutschlandweit die größten Kapazitäten zur Speicherung von Energie aus erneuerbaren Energien schaffen zu wollen, das halte ich für ein wenig überzogen, ein wenig maßlos und vermessen. Hamburg als kleiner Stadtstaat wird diese Kapazitäten schwerlich in Gang bringen. Vielleicht sehen die Planungen im Moment sehr gut aus, aber andere Bundesländer werden nachziehen.

Die Speichertechnologien voranzutreiben ist grundsätzlich ein guter Ansatz und ebenfalls zu begrüßen. Man merkt beim Bürgermeister und der Senatorin allerdings, dass sie sachlich noch an den richtigen Formulierungen arbeiten müssen und die Materie nicht ganz verstanden haben. Auch hier stammen die innovativen Ideen von Vattenfall und E.ON und auch hier ist Tatsache, dass die

Technologie des "Power-to-Gas" und die Wind-zu-Wärme-Speicherung sich in der Erprobungsphase befinden und bis zu ihrem Einsatz noch ein wenig Zeit ins Land gehen muss.

(Beifall bei der CDU)

Als weiteren Aspekt möchte ich die Vorbehalte nennen; wir haben das auch schon im Ausschuss diskutiert. Die gesamte Kooperation der Stadt mit E.ON und Vattenfall steht unter diversen Vorbehalten, und zwar nicht nur unter dem Gesamtvorbehalt eines erfolgreichen Volksentscheids, sondern diverse Projekte und Teilvereinbarungen stehen auch unter einem Prüf- oder Wirtschaftlichkeitsvorbehalt. Davon ist beispielsweise auch das GuD-Kraftwerk betroffen. Sollte sich eine Maßnahme nicht rechnen, müssen die Energieversorgungsunternehmen sie nicht realisieren. Außerdem werden Investitionen bis zu einem möglichen Volksentscheid hinausgezögert. Hamburg erlebt eine Hängepartie. Das haben wir aber schon deutlich gehört, Herr Dressel.

Abschließend stellt sich mir immer noch die Frage nach der Sinnhaftigkeit der strategischen Beteiligung. Die Vereinbarungen hätten auch ohne Beteiligung erzielt werden können. Herr Scholz hat ausgesagt, Energiewende und CO₂-Reduktion kämen auch ohne Netzzrückkäufe – eine weise und richtige Aussage, Herr Bürgermeister, bravo. Die SPD hat das endlich begriffen und zugegeben, dass die Energietransporte durch die Netze keinen Einfluss auf die CO₂-Reduzierung und die Energiewende haben. Allein die Erzeugung und das Einsparpotenzial sind gegebenenfalls auch finanziell zu unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Dr. Schaal, Sie haben das Wort.

Dr. Monika Schaal SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn erst einmal mit ein paar Legenden aufräumen, die hier verbreitet wurden.

Herr Wersich hat uns das Märchen erzählt, dass Ole von Beust der Vater des Atomausstiegs sei. Ich erinnere mich an zahlreiche Debatten, in denen wir die Abschaltung von Brunsbüttel und Krümmel gefordert haben, ohne dass sich die CDU dazu eingelassen hat. Im Grunde genommen haben die CDU und auch Ole von Beust der GAL das Leben schwergemacht. Ole von Beusts Standpunkt war: Wir haben keine Atomkraftwerke in Hamburg, also brauchen wir auch keine abzuschalten. Herr Wersich hat offensichtlich die Großdemonstrationen in Hamburg und Berlin vergessen und auch, dass 160 000 Menschen zwischen Brunsbüttel und Krümmel eine Menschenkette gebildet haben. Ich habe Ole von Beust dabei leider nicht gesehen.

(Dr. Monika Schaal)

(Beifall bei der SPD)

Herr Kerstan, auch Sie haben Legenden verbreitet, indem Sie behaupteten, Herr Gedaschko hätte die Netze gekauft.

(Jens Kerstan GAL: Das habe ich nicht gesagt!)

Er hätte uns dann vielleicht einmal vorrechnen können, was die Netze gekostet hätten und wie das hätte finanziert werden können. Aber Sie hatten das Pech, dass erst Gedaschko ging, dann Ole, dann Frigge

(Roland Heintze CDU: Und die Schaal ist immer noch da!)

und dann haben Sie sozusagen in den Sack gehauen und wollten auch nicht mehr. Leider haben Sie dabei vergessen, die Netze zu kaufen oder einen entsprechenden Vertrag abzuschließen.

(Beifall bei der SPD – Dietrich Wersich CDU: Was halten Sie denn jetzt von Moorburg? Sagen Sie doch mal was zu Moorburg!)

Die dritte Legende ist die Halbwahrheit, die Frau Suding verbreitet hat, dass nämlich die Bundesregierung die Energiewende schaffe. Man muss nur einmal in die Geschichte schauen, jeder weiß es. Die Bundesregierung hat die Laufzeiten der Atomkraftwerke erst einmal verlängert.

(Zuruf aus dem Plenum: Was halten Sie denn nun von Moorburg?)

– Lassen Sie mich doch mal ausreden; ich kann doch nicht alles auf einmal ausspucken. Ich komme schon noch auf Sie zurück.

(Beifall bei der SPD)

Erst angesichts der Massendemonstrationen und letztlich durch den Schock von Fukushima hat die Kanzlerin begriffen, dass das Risiko anders zu bewerten ist. Es ist ihr hoch anzurechnen, dass Sie dann vor einem halben Jahr die Energiewende eingetütet hat, sodass Bundestag und Bundesrat sie beschließen konnten. Aber wie sieht es jetzt aus? Jetzt rennt Ihr Umweltminister in Berlin herum und zerbricht sich den Kopf über einen Masterplan, um die Energiewende gestalten zu können; da sieht man doch, wie hilflos die sind.

(Dietrich Wersich CDU: Das ist doch aber unstrittig!)

Im Grunde genommen wird in der Bundesregierung viel geredet, aber passiert ist bislang nichts.

(Beifall bei der SPD)

Das ist in Hamburg anders. Jetzt geht es los. Wenn umgesetzt wird, was in den Kooperationsverträgen vereinbart ist, könnte Hamburg sogar die Vorreiterrolle bei der Energiewende übernehmen und eine klimafreundliche und effiziente Energieversorgung schaffen. Die Energieversorger E.ON

und Vattenfall haben sich in den vorgelegten Verträgen dazu verpflichtet, Frau Heyenn, die Energiewende in Hamburg gemeinsam mit der Stadt umzusetzen und den Klimaschutz voranzubringen. Ich erachte es dabei durchaus als eine Verbesserung der Klimabilanz, wenn auch die Unternehmen ihre CO₂-Emissionen einsparen.

(Dietrich Wersich CDU: Kommt jetzt Moorburg?)

Der Bürgermeister hat mit den Verträgen weitgehend, wenn auch nicht in allen Punkten, gegenüber den Energieversorgern durchgesetzt, was die SPD-Fraktion im März als Auftrag an den Senat erteilt hat. Das Kernstück der Verträge ist die Neukonzeption der Wärmeversorgung und der Aus- und Umbau der Energienetze. Der große Fernwärmering in Hamburg wird künftig eben nicht mehr mit Kohle, sondern mit Gas unter Einbindung der erneuerbaren Energien und Speichertechnologien befeuert. Ich sehe das durchaus als einen Quantensprung, Herr Wersich.

Es geht nicht um Moorburg. Es ist auch nicht so, dass Moorburg nun schlechter ausgenutzt würde. Moorburg ist ein stromgeführtes Kraftwerk. Wenn man zusätzlich Fernwärme gewollt hätte, dann hätte man es auch zusätzlich befeuern müssen. Das brauchen wir jetzt nicht mehr. Es ist sinnvoll, mit dem weniger CO₂-reichen Gas zu arbeiten.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Frau Dr. Schaal, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wersich zu?

Dr. Monika Schaal SPD (fortfahrend): Nein.

Ich freue mich, dass am Standort Wedel oder Stellingen ein GuD-Kraftwerk die Fernwärmebefehuerung aus Wedel heraus ersetzt. Damit ist – das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt – die hoch umstrittene 250 Millionen Euro teure Moorburgtrasse überflüssig.

Die SPD-Fraktion hat sich mit einem Antrag bereits im letzten Jahr erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Energiewende durch einen Um- und Ausbau der Netze möglich wird. Die Dezentralisierung in den Energienetzen durch viele Einspeisepunkte aus erneuerbaren Energien kleiner Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und virtueller Kraftwerke wird von den Vertragspartnern anerkannt, nachdem jahrelang dagegen Widerstand geleistet wurde. Die Integration dezentraler Anlagen in das Stromnetz wird jetzt vorangebracht und mit der Netzeinspeisung auf dem Strommarkt abgestimmt. Um da voranzukommen, wird man auch Anreizsysteme brauchen, und auch die werden zugesagt.

Es geht dabei auch um Energie- und Lastmanagement bei Industrieabnehmern. Auch das ist ein

(Dr. Monika Schaal)

Fortschritt. Das war bisher nur schwer zu diskutieren; Sie hatten das ja schon einmal angefangen, Herr Kerstan. Das wird sicher ein spannender Prozess, weil Energie- und Datensicherheit Hand in Hand gehen müssen. Es ist eine Kooperation notwendig, um Netzstabilität und Versorgungssicherheit bei dezentraler Einspeisung aufrechtzuerhalten. Darum ist es auch wichtig, dass Verfahren der Nachfragesteuerung und Abstimmung im Privatkundenbereich zunächst in einem relativ geschlossenen Bereich wie der HafenCity erprobt werden. Eine Ausweitung ist allerdings europarechtlich vorgesehen, und da muss es auch weitergehen.

Auch die Elektromobilität wird weiterentwickelt. Interessant ist, dass Vattenfall in Aussicht stellt, zur energetischen Optimierung des Schiffsbetriebs im Hamburger Hafen beizutragen. Das finden wir natürlich ganz besonders spannend.

(Beifall bei der SPD)

Auch im Vertrag mit E.ON werden energiewirtschaftliche Innovationen wie Systemkoppelung von Strom und Gas zu "Power-to-Gas", Umwandlung von Strom in Methan oder Wasserstoff in Aussicht gestellt. E.ON will wie Vattenfall Speicherkapazitäten und die dezentrale, stromgeführte Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen und ebenfalls in virtuelle Kraftwerke investieren und die Abwärme nutzen. Das ganze System ist letztlich erforderlich, um schnell und umfassend auch die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien abzustützen. Darüber hinaus wird E.ON die Entwicklung, Erprobung und Markteinführung innovativer Energien und Umwelttechnologien in Kooperation mit Wissenschaft und Forschung unterstützen, und da begegnen uns alte Bekannte wieder wie zum Beispiel das Algenprojekt oder die Brennstoffzellenheizgeräte.

(Birgit Stöver CDU: Genau, altbekannte Projekte!)

– Auf Betreiben Ihrer Fraktion ist das vor zwei oder drei Jahren hier auch gefördert worden; das wissen Sie, Frau Stöver.

Gut ist, dass E.ON sich wiederum als Partner von Wissenschaftsbehörden und Handwerk erweist und sich vor allen Dingen weiterhin im Bereich Bildung und Ausbildung auch lernschwächerer Jugendlicher engagiert.

(Antje Möller GAL: Jetzt geht es haarscharf am Thema vorbei!)

E.ON ist stark engagiert beim HAZ, das sollte man nicht vernachlässigen. Sehr sympathisch ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Aktion Restcent Sozialprojekte in dieser Stadt unterstützen – vielen Dank dafür.

(Beifall bei der SPD)

Beide Unternehmen arbeiten im Cluster erneuerbare Energien und in der Umweltpartnerschaft mit und verpflichten sich, die Energiewende in der Stadt umzusetzen und auch die Klimapolitik zu unterstützen. Wir wollen übrigens die vorliegende Drucksache und auch die kommenden Drucksachen federführend an den Haushaltsausschuss und an den Umweltausschuss überweisen. Darüber hinaus, es ist gesagt worden, sollen auch die Vertragsunterlagen allen Abgeordneten im Datenraum zugänglich sein. Wenn Frau Heyenn – leider ist sie nicht mehr da – hier beklagt, das sei nicht richtig und da sei keine Transparenz, dann möchte ich nur daran erinnern, dass diese Bürgerschaft sich ein Datenschutzgesetz gegeben hat. In diesem Datenschutzgesetz ist geregelt, dass die Rechte Dritter, auch von Unternehmen und Einzelpersonen, geschützt werden, und wenn Frau Heyenn das nicht passt, dann muss sie sich auf den Weg machen, das Datenschutzgesetz der Bürgerschaft zu ändern, dann kann man vielleicht mehr oder eine andere Art von Transparenz herstellen.

(Jens Kerstan GAL: Transparenzinitiative!)

So wie es jetzt ist, geht es leider nicht, dass die Verträge auf dem Markt sind. Wenn Sie sagen, das sei Quatsch, dann können Sie uns erklären, wie man es sonst machen müsste.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe jedenfalls davon aus, dass die Drucksachen ausführlich beraten werden, denn es sind mitnichten alle Fragen geklärt.

(Dietrich Wersich CDU: Sind Sie denn jetzt für Moorburg? Die Frage ist auch noch nicht geklärt!)

– Moorburg ist überhaupt noch nicht fertig, es sind noch nicht einmal Kessel da, Herr Wersich. Wie soll man jetzt Moorburg ans Netz legen?

(Hans-Detlef Roock CDU: Dafür oder dagegen? – Gegenruf von Dr. Andreas Dressel SPD: Moorburg ist jetzt Fakt!)

Ohne die Atomkraftwerke und auch ohne Moorburg haben wir hier keinen Blackout, bis heute nicht und auch morgen nicht. Abgesehen von der aktuellen Erörterung der Vorlagen werden wir vierteljährlich einen Sachstandsbericht vom Senat erbitten, um die Vertragsumsetzung jeweils zu verfolgen und zu hören, was es Neues gegeben hat und welche Auswirkungen das, was dort umgesetzt wird, auf die Bemühungen um Klimaschutz in dieser Stadt hat. In diesem Zusammenhang können wir dann vielleicht auch überlegen, wann und in welcher Weise neben den beteiligten Unternehmen auch externe konzernunabhängige Experten zur Beratung über den Fortschrittsbericht bei der Energiewende hinzugezogen werden können. Sie sollen dann die Energiewende und den jeweiligen

(Dr. Monika Schaal)

Fortschritt unter ökonomischer, ökologischer und sozial orientierter Sicht bewerten.

Meine Damen und Herren! Wir halten es für wichtig, dass die Verträge und ihre Erfüllung transparent und öffentlich nachvollziehbar sind. Es ist aus meiner Sicht aber auch notwendig zu beobachten, ob und wie die verschiedenen Schritte der Energiewende aufeinander abgestimmt werden. Und da die Stadt an allen drei Gesellschaften beteiligt ist, kommt ihr auch eine gewisse Koordinierungs- und Steuerungsfunktion bei der Energiewende zu. Die Zusammenarbeit aller Akteure im Netz und am Energiemarkt muss abgestimmt sein, damit die Energiewende auch klappt. Darüber hinaus kommen beim Lastmanagement Aufgaben auf uns zu, denn es geht hier auch um Verbraucherschutzinteressen und Datenschutz, und da sind wir als Bürgerschaft weiter gefragt.

Ohne das Engagement der Zivilgesellschaft in Sachen Atomausstieg und Energiewende wäre wohl noch alles beim Alten. Auch in Hamburg haben viele Tausend Menschen deutlich gemacht, dass sie die Energiewende wollen, nicht zuletzt durch die Unterzeichnung des Volksbegehrens "UNSER HAMBURG – UNSER NETZ". Die erfolgreiche Initiative, ob sie es nun will oder nicht, hat im Grunde genommen auch zum Verhandlungserfolg des Bürgermeisters beigetragen.

(Beifall bei der SPD)

Die Zielsetzung der Initiative und ihrer Unterstützer entspricht weitgehend den Zielen der SPD. Wir wollen wieder Einfluss auf die Energiepolitik in dieser Stadt nehmen. Das ist kein Selbstzweck, denn Energieversorgung gehört zur Daseinsvorsorge, Frau Suding, und Daseinsvorsorge schließt eine sichere Energieversorgung und den Klimaschutz mit ein, weil beides unsere Lebensbedingungen bestimmt und die Voraussetzungen und die Sicherheit für Wohlstand und Wachstum schafft. Der Bürgermeister hat durch einen Kooperationsvertrag mit den Energieversorgern erreicht, die Energiewende in Hamburg mit einer Minderheitsbeteiligung und einem umfassenden Vertragswerk vergleichsweise risikolos und zu geringen Kosten einzuleiten.

(Dietrich Wersich CDU: 500 Millionen Euro Schulden! Das sind für die SPD wohl Peanuts! – Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Wo fängt bei Ihnen denn das Risiko an?)

Auch Sie sind uns leider bisher, obwohl die Gutachten alle vorgelegen haben, Herr Kerstan, schuldig geblieben, ein Modell vorzuschlagen, wie man 100 Prozent finanzieren könnte und wie das dann auch am Laufen gehalten wird. Die Initiative sollte daher aus unserer Sicht erwägen, ob sie bereits im Frühjahr nächsten Jahres in den Volksentscheid gehen könnte, um schneller Klarheit zu schaffen, was auf die Stadt zukommt. Ich bin auch sehr opti-

mistisch, denn ich habe beim Bürgermeister etwas herausgehört. Er hat gesagt, dass man die Energiewende zusammen gestalten sollte, und das wäre wirklich ein großer Fortschritt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Die Abgeordnete Hajduk hat das Wort.

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss leider am Anfang feststellen, dass die Senatspräsenz, was wir schon bei der Anhörung bemängelt haben, im Verlauf dieser Debatte zu wünschen übrig lässt. Wenn wir hier über eine Regierungserklärung reden und in weiten Teilen der Debatte der Bürgermeister nicht da ist und, bevor Herr Scheele Platz genommen hat, auch die erste Reihe der Senatsbank leer war, dann finde ich das nicht ganz glücklich.

(Beifall bei der GAL, der LINKEN und der FDP – Zurufe von der SPD)

– Sie müssen nicht so aufgeregt darauf reagieren, wenn wir auf Stilfragen zu sprechen kommen. Es reicht uns, wenn Sie einfach ein bisschen daran arbeiten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Ich möchte auf vier Punkte bei dieser Debatte eingehen und der erste Punkt ist die 25-Prozent-Beteiligung. Der Bürgermeister hat hier von einem Verhandlungsergebnis gesprochen, das er dem Parlament und auch der Hamburger Öffentlichkeit vorlegt. Da muss man als Erstes feststellen, dass diese Beteiligung von 25,1 Prozent kein Verhandlungsergebnis ist, und damit benenne ich auch schon ein Problem. Es ist nämlich eine Vorabbedingung gewesen, die Herr Scholz definiert hat und die die Verhandlungsposition der Stadt unnötig geschwächt hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dafür haben wir ein klares Wählervotum bekommen! – Gegenruf von Dora Heyenn DIE LINKE: Aber nur ein einziges Mal!)

Herr Dressel, gerade Sie als Vorsitzender der SPD-Fraktion, einer Partei, die sich mit diesem Thema lange befasst hat – darauf komme ich später noch –, müssen sich auch einmal fragen lassen, warum kein einziger Gutachter in Deutschland bekannt ist, der bei der Rekommunalisierungsdebatte dafür plädiert, einen 25,1-Prozent-Anteil zu kaufen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Das kostet eine Menge Geld und Sie haben auch nichts vom Ertragswert heruntergehandelt. Der festgestellte Ertragswert von ungefähr knapp

(Anja Hajduk)

2,2 Milliarden Euro wird mit 25 Prozent voll als zu zahlender Preis festgesetzt und wenn kein Gutachter – Frau Schaal, Sie waren bei der Anhörung vor einem Jahr dabei – überhaupt auf diese verrückte Idee kam, 25,1 Prozent als das erstrebenswerte Modell zu beschreiben, dann hätte ich hier schon gerne gehört, warum es qualitativ das beste Modell sein soll.

(Beifall bei der GAL und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Was ist denn der Unterschied zwischen einer mehrheitlichen Steuerung und einer 25-Prozent-Steuerung? Das ist der Verzicht auf den bestimmenden Einfluss hinsichtlich der Politik des Unternehmens. Wir können also feststellen, dass die SPD einen maßgeblichen und bestimmenden Einfluss gar nicht will. Sie hat sich in ihren Verhandlungen nicht darum bemüht und deswegen ist natürlich schon die Kritik berechtigt, dass die 25 Prozent, die wir dann bezahlen, letztendlich nur eine Subvention notwendiger Investitionen eines mehrheitlich privat geführten Energieversorgers sind, und diese Subvention den Steuerzahler viel Geld kostet.

(Beifall bei der GAL und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Insofern stelle ich fest, dass die Zukunftsperspektive des SPD-Senats im Energiebereich – Herr Dr. Dressel, Sie sprechen von der Energiewende und Sie laden dieses Thema selbst auch bewusst groß auf – darin besteht, dass man ein Vetorecht bei Investitionen wahrnehmen kann. Da möchte ich ganz deutlich sagen, dass eine Alternative mit einem Vetorecht von 25,1 Prozent keine abstrakte Frage ist, sondern der Verzicht auf den maßgeblichen Einfluss, die Energiepolitik in dieser Stadt zu bestimmen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Dann haben Sie es nicht richtig gelesen!)

Das ist keine abstrakte Frage, sondern eine Frage der grundlegenden Daseinsversorgung in Hamburg.

(Beifall bei der GAL)

Ich möchte noch etwas ergänzen. Es wird hier häufig von der Finanzierbarkeit gesprochen und da muss ich noch einmal die SPD in ihrem Grundverständnis ansprechen. Bei den Alternativen 0 Prozent, 100 Prozent, 25 Prozent oder 50 Prozent, die wir heute diskutieren, geht es um einen wichtigen Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge in Hamburg, die Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft der Stadt. Und warum ein SPD-Bürgermeister und eine SPD-Fraktion die Haltung vertreten, dass in einem Bereich der Daseinsvorsorge die notwendigen Investitionen nicht durch ein mehrheitlich öffentliches Unternehmen finanziert werden können, das müssen Sie

sich selbst einmal in Ruhe überlegen. Das gilt bei Ihnen nicht für den ÖPNV, nicht für Wasser und noch nicht einmal für Wohnen und SAGA. Da würden Sie immer behaupten, im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge könne selbstverständlich auch ein öffentliches Unternehmen genügend Investitionskraft bereitstellen. Und wenn das im Energiebereich nicht möglich sein soll, dann müssen Sie sich überlegen, wie nah Sie eigentlich noch am Kern sozialdemokratischer Politik sind.

(Beifall bei der GAL – *Dirk Kienscherf SPD*: Oh!)

Ich möchte noch etwas ergänzen. Wenn hier gesagt wird, dass Hamburg sich mit diesem Konzept in der Energiewende ganz vorne bewegt und damit auch eine bestimmte Rolle als Großstadt in Deutschland wahrnimmt, dann möchte ich nur feststellen, dass Hamburg sich mit diesem Konzept unter SPD-Führung von der Idee der Rekommunalisierung verabschiedet, und das ist schon ein sehr ungewöhnlicher Vorgang.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch auf den Preis zu sprechen kommen.

"Aufgrund der niedrigen kommunalen Zinsen lässt sich ein Netzkauf [...] in einem überschaubaren Zeitraum refinanzieren. Eine Belastung des Haushalts durch den Kauf der Netze ist somit weitgehend ausgeschlossen."

Dies ist ein Zitat aus einem Antrag der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag im letzten Oktober, für den der Bürgermeister Olaf Scholz noch die Hand gehoben hat.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Wenn man sich das einmal in Ruhe überlegt, dann kann man doch das ganze Gerede, was Sie immer anbringen, dass das alles nicht finanzierbar sei, nicht ernst nehmen. Niemand von uns hat gesagt, dass die Energienetze nichts wert und billig zu erwerben seien. Aber es ist doch richtig, was letztlich in Ihrer eigenen Drucksache steht, dass der Finanzierungsaufwand für den Anteilserwerb – ich zitiere –

"[...] aus den vereinbarten jährlichen festen Ausgleichszahlungen [...] gemäß § 304 Aktiengesetz abgedeckt werden [kann]."

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Genau!)

Diesem Absatz geben Sie dann die Überschrift:

"Haushaltsneutrale Finanzierung des Anteilserwerbs"

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Richtig!)

Was soll denn jetzt die Botschaft sein? Gerade hat der Bürgermeister – ich weiß nicht, ob aus eigener Verunsicherung – gesagt, das sei viel Geld. Das ist

(Anja Hajduk)

eine Feststellung, aber dass man dafür Schulden aufnehmen muss und das gleichzeitig als haushaltsneutrale Finanzierung beschreibt, ist dann doch schon ein Widerspruch, den man einmal auflösen muss.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nö!)

Letztlich ist dies doch das Modell – was die Initiative und die GAL vorgeschlagen haben –, dass die garantierten Dividenden, die es gibt, eingesetzt werden können zu der Langfristperspektive.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wenn Ihnen das alles gehört, haben Sie keine Rendite!)

Es handelt sich bei den gesicherten Renditen,

(Dr. Andreas Dressel SPD: So sicher sind die gar nicht!)

wenn Sie einmal den Strom- und Gasbereich als regulierte Bereiche nehmen, um gesicherte Renditen in einer Gesellschaft, die auch auf Dauer nicht mit null Energie auskommen wird. Und diese Frage haben Sie doch in Ihrer Drucksache selbst so beantwortet, dass Sie dieses Finanzierungsmodell als haushaltsneutral beschreiben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und wer zahlt die Investitionen?)

Das ist doch die auch von Ihnen selbst gebilligte Drucksache.

Meine Damen und Herren! Daran sieht man, dass die SPD mit der Argumentation um die zu hohen Preise Nebelkerzen wirft und Verunsicherung schaffen will, weil sie sich nämlich nicht durchringen wollte, zumindest für eine Mehrheitsbeteiligung bei den Energienetzen zu streiten.

Ich komme zu einem dritten Punkt, der für die Hamburger Verbraucherinnen und Verbraucher, insbesondere für diejenigen, die in Mietwohnungen wohnen, sehr wichtig ist, und das ist die Frage der Fernwärme. Mit der dargestellten Energiewende legt der SPD-Scholz-Senat vor, die Fernwärme dauerhaft zu privatisieren. Alle, die Fernwärme beziehen – und das sind in Hamburg nicht wenige, das ist auch in Berlin ähnlich strukturiert –, werden damit auf Dauer einem Fernwärmemonopolisten ausgeliefert sein. Man kann dazu eine klare ordnungspolitische Haltung haben, wie die FDP sie hat. Diese ist erkennbar und klar, ich teile sie nicht, aber das ist eine klare Position.

(Finn-Ole Ritter FDP: Damit kann man umgehen!)

Die SPD nimmt hier eine völlig widersprüchliche Haltung ein, denn – das muss man sich einmal vorstellen – die Abgeordneten der SPD und die Vertreter des SPD-Senats haben in der Anhörung infrage gestellt, ob die Fernwärme in Hamburg überhaupt ein Monopol ist. Bezogen auf den gesamten Wärmemarkt stimmt es, dass es nur

22 Prozent sind, aber von diesen 22 Prozent, die Fernwärme beziehen, sind 80 Prozent bei Vattenfall. Und Sie haben sich da aufgespielt und behauptet, das sei keine Monopolstellung im Fernwärmebereich in Hamburg. Daran sieht man, wie wenig Sie sich mit den Folgen für die Verbraucherinnen und Verbraucher im Fernwärmebereich beschäftigt haben, und das ist schändlich.

(Beifall bei der GAL)

Ich möchte aber auch noch etwas zu dem Preis sagen, den wir bei der Fernwärme zahlen. Es gibt keinen Abschlag von der Ertragswertschätzung. Wir zahlen da die vollen 25 Prozent von der geschätzten Ertragswertkalkulation, die das Fernwärmenetz hat. Es ist in der Anhörung ein Geheimnis geblieben, warum Vattenfall nie eine Konzession gezahlt hat, obgleich das Unternehmen sehr hohe Erträge mit dem Fernwärmenetz macht, aber da haben wir noch Zeit, weiter nachzufragen.

Ich komme auf den Punkt Ertragswert aus folgendem Grund: Das Bundeskartellamt wird sich mit den Preisen für Fernwärme beschäftigen müssen; die Verbraucherzentrale hat dort eine Klage eingereicht. Zu der Frage, ob die Fernwärmepreise für die Bürgerinnen und Bürger überhöht sind – Klammer auf, die Fernwärmepreise haben mit dem Ertragswert zu tun, Klammer zu –, darüber wird vielleicht demnächst ein Urteil fallen, welches feststellt, dass die Fernwärmepreise gesenkt werden müssen. Vor diesem Hintergrund ist es mehr als fraglich, dass es eine kluge Strategie für die Stadt war, diese Vereinbarung mit Vattenfall in dieser Eile, um nicht zu sagen Hetze, betrieben zu haben. Es wäre viel besser gewesen, die Erkenntnisse über die Zulässigkeit des Fernwärmepreises zu kennen, um dann auch einen möglicherweise viel besseren Preis zu erzielen. Auf die entsprechende Frage von mir in der Anhörung hat die Senatsseite bestätigen müssen, dass selbst im Falle eines deutlichen Absenkens des Fernwärmepreises der Senat keine Möglichkeit hat, innerhalb der nächsten sechs Jahre diese Preise nachzuverhandeln. Das auch einmal dazu, wenn Sie sich einbilden, Sie hätten so unglaublich gut verhandelt; Sie haben im Wesentlichen kaum verhandelt.

(Beifall bei der GAL)

Ich komme zu meinem letzten Thema, der direkten Demokratie.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sehr gut!)

Olaf Scholz hat hier davon gesprochen, er sei ein Freund der direkten Demokratie. Ich fand seine Äußerungen gegenüber der Öffentlichkeit am letzten Wochenende, die Initiative sei wohl hasenfüßig, ausgesprochen wenig freundschaftlich. Ich fand es respektlos gegenüber der Initiative und es war arrogant.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

(Anja Hajduk)

Ein Bürgermeister, der nicht hart um die Mehrheit bei den Energienetzen verhandelt und dann eine Initiative hasenfüßig nennt, der sollte einmal in den Spiegel schauen. Wir haben keine Lust in Hamburg, uns an diese dumme Arroganz zu gewöhnen.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN – *Dirk Kienscherf SPD*: Dafür ist mehr die GAL zuständig, für diese Arroganz!)

Deswegen bin ich natürlich auch sehr befremdet, dass die SPD-Fraktion, die bei der entsprechenden Verfassungsänderung zur direkten Demokratie selbst mitverhandelt hat, Herr Dr. Dressel, dass es eine Trichterwirkung, so nennt man das wohl, geben soll und solche Volksentscheide möglichst an öffentlichen und großen Wahltagen abgehalten werden sollen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Gucken Sie mal ins Gesetz!)

heute einen Antrag beschließt, der das Gegenteil bezwecken soll. Sie wollen an dieser Stelle auf unzulässige Weise die Initiative in die Defensive bringen. Das wird Ihnen aber nicht gelingen.

(Beifall bei der GAL)

Es gibt dafür nämlich auch noch mehr als einen sachlichen Grund.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Und welche unsachlichen Gründe gibt es?)

Herr Kerstan hat einen ausgeführt, wie lange es noch dauert mit den Ausschreibungen für die Konzessionsverträge, die zwingend sind. Sie haben uns noch nicht einmal die Zustimmungsdruksache vorgelegt, sondern eine erste kurze Skizze einer Energiewende, und vor diesem Hintergrund fordern Sie die Initiative auf, nach 116 000 gesammelten Unterschriften ihre entsprechende Abstimmung vorzuziehen, bevor wir diese Drucksache zu Ende beraten haben. Auch das ist nicht überzeugend, sondern entlarvt sich als eine Angst vor dieser Abstimmung.

(Beifall bei der GAL)

Ich komme zum Schluss. Diese Art und Weise, in der Olaf Scholz hier von der Freundlichkeit gegenüber der direkten Demokratie gesprochen hat, empfinde ich als wenig ehrlich. In den Neunzigerjahren sind in Hamburg die Energienetze unter Führung der SPD verkauft worden. Eine jetzige SPD-Regierung hätte die Pflicht, die Chance zu nutzen, die wir jetzt – nicht in den nächsten 20 Jahren, sondern nur jetzt – haben,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Dann bringen Sie mal das Geld mit!)

dieses mehrheitlich zurückzubringen. Sie haben in Ihrer Finanzierungskonzeption den Weg dazu selbst beschrieben. Meine Damen und Herren von

der SPD, Hamburg begibt sich bei dieser Energiewende nicht auf den Königsweg, sondern auf den Scholz-Weg, und das reimt sich leider auf Holzweg.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Hajduk, dumme Arroganz gehört nicht zum parlamentarischen Sprachgebrauch. – Herr Kluth, Sie haben das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn der Bürgermeister dem Parlament die höfliche Referenz erweisen würde, an der Aussprache zu seiner eigenen Regierungserklärung teilzunehmen, dann würde ich ihm sagen: Herr Scholz, wir teilen Ihre Auffassung, dass die sichere Energieversorgung eine wichtige politische Aufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge ist. Herr Scholz, wir sind auch mit Ihnen der Meinung, dass dies insbesondere unter den Bedingungen des weltweiten Klimawandels und der Energiewende gilt. Aber, Herr Scholz, wir bestreiten, dass Sie mit Ihrem Konzept einer staatlichen Minderheitenbeteiligung an den Netzgesellschaften für Strom, Gas und Fernwärme hierzu einen wirkungsvollen Beitrag leisten, denn Ihr Konzept ist nicht klimafreundlich, es ist nicht zukunftsfähig und es ist insbesondere nicht am Gemeinwohl orientiert.

(Beifall bei der FDP)

Herr Scholz, Ihr Konzept täuscht die Bürger über die finanziellen Risiken für die Stadt.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Bürgerinnen erkennen das von selbst! – Gegenruf von *Dr. Monika Schaal SPD*: Frauen sind immer schlauer als Männer!)

– Frau Sudmann, die Bürgerinnen erkennen das selbst, da bin ich Ihrer Auffassung. Das ist einer der seltenen Fälle, wo wir einer Meinung sind.

Das Konzept täuscht die Bürger und Bürgerinnen über die finanziellen Risiken für die Stadt, es täuscht die Bürger und Bürgerinnen über die angeblich mit Vattenfall und E.ON Hanse ausgehandelten Investitionen und es täuscht über die angeblichen Einflussmöglichkeiten auf die Netzbetreiber. Herr Bürgermeister – das hätte ich, wenn Sie da wären, bei allem Respekt gesagt –, Sie täuschen die Bürger mit diesem Konzept.

(Beifall bei der FDP)

Herr Scholz, auch der Umgang von Senat und Mehrheitsfraktion mit dem Parlament, den Bürgern und Bürgerinnen und der Volksinitiative lässt, zurückhaltend formuliert, mehr als zu wünschen übrig. Warum? Die BSU startet noch am 18. November das Erörterungsverfahren mit den etwa 4600 Einwendern, die sich gegen die Fernwärme-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

trasse von Moorburg nach Altona aussprechen, und dies wenige Tage bevor der Bürgermeister auf seiner Pressekonferenz das Aus des Projekts verkündet. Und Frau Senatorin Blankau, während der Pressekonferenz nach dieser Merkwürdigkeit befragt, fällt nichts Besseres ein, als zu antworten – Zitat –:

"Könnte ja sein, dass die Volksinitiative gewinnt und die Trasse doch noch kommt, dann war die Anhörung wenigstens nicht vergebens."

Überzeugendes und konzeptionelles Regieren sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich Gegner der Trasse wäre, was ich nicht bin, dann würde ich den Kooperationsvertrag zwischen dem Senat und Vattenfall sehr aufmerksam lesen, insbesondere Ziffer III.5, denn wenn Sie das sorgfältig lesen, werden Sie feststellen, dass die Trasse aufgeschoben, aber nicht aufgehoben ist.

Ich komme zu einem anderen Punkt, er betrifft auch die Umgehensweise mit uns hier. Da werden dem Parlament Gutachten nicht, verspätet oder nur teilweise vorgelegt. Da werden Schriftliche Kleine Anfragen unvollständig, ausweichend oder fragwürdig beantwortet und da befragt der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Dressel, allen Ernstes die Vertreter der Volksinitiative in der Sitzung des Haushaltsausschusses vom 18. November zu den langfristigen Finanzierungs- und Zinsrisiken einer Verstaatlichung der Netze, wohl wissend – das unterstelle ich jetzt einmal –, dass der Erste Bürgermeister wenige Tage später ein Konzept vorstellen wird, für das diese Fragen natürlich in gleicher Weise gelten.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! So geht man nicht mit dem Parlament um, nicht mit den Bürgern und Bürgerinnen und auch nicht mit der Volksinitiative.

Aber zurück zu den drei großen Legenden des Senatskonzepts, nämlich erstens der angeblichen haushaltsneutralen Finanzierung des Anteilserwerbs, zweitens den angeblich stimulierten Investitionen und drittens der angeblichen Einflussnahme auf die Geschäftspolitik von Vattenfall und E.ON.

Zunächst zum Märchen von der haushaltsneutralen Finanzierung des Anteilserwerbs:

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Fakt ist, die Stadt zahlt für die Minderheitenbeteiligung an den drei Netzbetriebsgesellschaften 463 Millionen Euro an Vattenfall und 80 Millionen Euro an E.ON Hanse, zusammen also 543 Millionen Euro. Ich habe mir den aktuellen Beteiligungsbericht der HGV angesehen. Aus dem Vermögen der HGV ist das nicht zu stemmen, also muss die

Stadt zunächst einmal einen neuen Kredit aufnehmen. Wie aber werden die Zinsen für diesen Kredit finanziert? Die Erläuterungen im Senatskonzept sind dürr, sie finden sich unter Ziffer 4 d – Zitat –:

"Der Finanzierungsaufwand für den Anteilserwerb kann aus den vereinbarten jährlichen festen Ausgleichszahlungen (sog. Garantiedividende) gemäß § 304 Aktiengesetz abgedeckt werden.

– Zitatende.

Meine Damen und Herren! Sebastian Schröer vom HWWI hat es uns vorgerechnet. Zurzeit zahlt die Stadt für zehnjährige Anleihen 2,5 Prozent Zinsen. Der Stadt bleiben also von der Garantiedividende nach Abzug der Refinanzierungskosten gerade einmal magere 1,7 Prozent beziehungsweise 2 Prozent für die Tilgung des Kredits und zur Abdeckung des unternehmerischen Risikos. Und selbst das ist gegenwärtig keineswegs sicher, weil der Kaufpreis für die Strom- und Gasnetze erst Mitte 2012 und für das Fernwärmenetz erst Ende 2012 fällig wird. Da aber die Garantiedividende fixiert ist, trägt die Stadt ganz allein das Risiko für bis dahin steigende Zinsen. Da kann man dem Finanzsenator, Herrn Tschentscher, eigentlich nur empfehlen, sich mit den Finanzmarktprognosen eines anderen städtischen Beteiligungsunternehmens auseinanderzusetzen, nämlich der HSH Nordbank, die in ihren aktuellen Marktberichten von deutlich steigenden Zinsen für städtische Anleihen ausgeht. Ohnehin steht die Höhe der Garantiedividende nur für einen befristeten Zeitraum fest. Wenn es also bei einer langfristigen Beteiligung bleibt, wenn nämlich die Volksinitiative scheitern sollte und die Netze wieder an die bisherigen Konzessionäre vergeben werden, muss die Garantiedividende neu verhandelt werden und sie kann dann nach Paragraph 304 Aktiengesetz auch bei Null liegen. Das ist, um dieses ganz deutlich zu sagen, bei einer Konzessionsdauer von 20 Jahren ein erhebliches unternehmerisches Risiko.

Schließlich gibt es ein weiteres Haushaltsrisiko, das bislang auch noch nicht zur Sprache gekommen ist. Lesen Sie die Senatsdrucksache genau. Die geplanten Investitionen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro leisten nicht Vattenfall oder E.ON Hanse, sondern die drei Netzbetriebsgesellschaften. Da ist Hamburg zukünftig mit 25 Prozent mit im Boot. Und es wäre höchst ungewöhnlich, wenn die Kreditgeber der Netzbetriebsgesellschaften, also die Banken, die Gewährung von Darlehen nicht auch in diesem Fall daran knüpfen würden, dass die Gesellschafter, also auch die Stadt, entsprechende Sicherheiten stellen, etwa Bürgschaften oder Konzerngarantien. Ich habe jedoch in der Senatsdrucksache bislang keinen Hinweis darauf gefunden, dass die Stadt bereits heute von solchen Bürgschaften oder Sicherheitsleistungen freigestellt ist.

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

Um es noch einmal zusammenzufassen: Der Netzbetrieb ist, entgegen anderslautenden Auffassungen und Meinungen, keineswegs eine Eier legende Wollmilchsau, sondern stellt für die Stadt ein beträchtliches unternehmerisches und damit ein erhebliches wirtschaftliches Risiko dar. Das können Sie sogar in dem Gutachten der Wirtschaftsprüfer nachlesen, das die Volksinitiative selbst am 15. November der Öffentlichkeit präsentiert hat – ich zitiere –:

"Durch die Einführung der Anreizregulierung hat sich die Komplexität einer Netzübernahme noch einmal erhöht."

Und das entspricht auch dem, was unter anderem Herr Dressel bei der Anhörung des Haushaltsausschusses am 18. November oder Herr Bark im Wirtschaftsausschuss am 1. Dezember erklärt haben. Sie sind bislang nur die Antwort schuldig geblieben, warum das bei einer 100-prozentigen Netzübernahme zutreffen soll, bei einer 25-prozentigen Netzübernahme aber nicht.

(Beifall bei der FDP)

Nun zu dem Märchen von den angeblich stimulierten Investitionen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro. Um nicht missverstanden zu werden, wir begrüßen die Investition von 1,6 Milliarden Euro. Das ist gut für unsere Handwerksbetriebe und das ist gut für den Wirtschaftsstandort Hamburg. Nur hat der Bürgermeister diese Investition nicht stimuliert und er hat sie erst recht nicht ausgehandelt. Er hat sie auf seiner Pressekonferenz vom 29. November nur dazu genutzt, sein im Übrigen unschlüssiges Beteiligungskonzept zu dekorieren.

(Beifall bei der FDP)

Zu den Fakten: Nicht Vattenfall, sondern die aus Vattenfall und der Stadt bestehenden Netzbetriebsgesellschaften haben sich verpflichtet, im Bereich Fernwärme zusammen 460 bis 550 Millionen Euro und für die Unterhaltung und den Ausbau des Stromnetzes in den kommenden Jahren jeweils 160 Millionen Euro pro Jahr zu investieren. Das klingt nur dann nach viel, wenn man nicht weiß, dass die Investitionsplanung von Vattenfall für den Zeitraum 2011 bis 2015 ohnehin Investitionen in die Stromnetze in Höhe von 2,16 Milliarden Euro und für die Wärmenetze in Höhe von 720 Millionen Euro vorsieht. Diese Zahlen ergeben sich jedenfalls aus Präsentationen von Vattenfall. Und wenn ich das auf die Hamburger Strom- und Fernwärmenetze herunterbreche, dann habe ich schon den Verdacht, dass es sich bei dem angeblich ausgehandelten Investitionsvolumen in Wahrheit nur um die Maßnahmen handelt, die Vattenfall ohnehin im Budget vorgesehen hatte, nur dass sich jetzt die Stadt mit 25 Prozent an der Finanzierung beteiligt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Da muss die Frage gestattet sein, wer eigentlich der Gewinner und wer der Verlierer der Beteiligung ist. Wir haben Herrn Wasmuth von Vattenfall gefragt, ob im Bereich der Fernwärme die ausgewiesenen Mehrinvestitionen von 460 bis 550 Millionen Euro bereits um die Minderinvestitionen von circa 250 Millionen für die Fernwärmetrasse Moorburg-Altona bereinigt sind. Die Antwort von Herrn Wasmuth: nein. Das bedeutet mit anderen Worten, die Mehrinvestitionen im Bereich der Fernwärme belaufen sich im Saldo tatsächlich nur auf 210 bis 300 Millionen Euro.

(Finn-Ole Ritter FDP: Aber es ist ja niemand mehr da, den das interessiert!)

Vattenfall verabschiedet sich damit aus dem alleinigen wirtschaftlichen Risiko für die Fernwärmetrasse und auch für den Ersatz für das Kraftwerk Wedel, dessen Betriebsgenehmigung im Jahr 2017 abläuft. Vattenfall holt stattdessen die Stadt als Mitgesellschafter und damit als Risikopartner mit in das Boot der Netzbetriebsgesellschaft, die das GuD-Kraftwerk finanziert. Das ist nicht nur ordnungspolitisch bedenklich, sondern vor allem nicht gemeinwohlorientiert. Es stellt sich daher erneut die Frage, wer der Gewinner und wer der Verlierer der Beteiligung ist.

(Beifall bei der FDP)

Wie sieht es nun bei E.ON Hanse aus? Nach der Kooperationsvereinbarung verpflichtet sich E.ON Hanse zu Investitionen in Höhe von insgesamt 80 Millionen Euro. Wir haben die Vorstände von E.ON Hanse, Herrn Tiessen und Herrn Bottländer, gefragt, auf welchen Zeitraum sich die Investitionen verteilen. Die Antwort war, auf sechs bis acht Jahre. Wir reden also über Investitionen von E.ON in Höhe von gerade einmal 10 bis 12 Millionen Euro pro Jahr für die Gas- und Wärmenetze. Das ist angesichts von 1,2 Milliarden Euro, die der E.ON-Hanse-Konzern im Jahr 2010 in Zentraleuropa – das ist das Geschäftsgebiet ohne Großbritannien und ohne Skandinavien – in neue Netze investiert, nicht gerade viel. Es bedarf also auch hier nicht viel Fantasie, davon auszugehen, dass die 10 bis 12 Millionen Euro die Größenordnung sind, die ohnehin in eine Modernisierung der Gas- und Wärmenetze geflossen wären, uns aber jetzt als Verhandlungserfolg des Senats und des Bürgermeisters präsentiert werden. Herr Scholz, das ist nichts anderes als eine Mogelpackung Ihrer Presseabteilung.

(Beifall bei der FDP)

Wie steht es nun mit dem städtischen Einfluss auf den Netzbetrieb? Mit 25,1 Prozent können Sie vielleicht verhindern, dass die Netzbetreiber ihre Gesellschaftsverträge ändern, das operative Geschäft bestimmen Sie damit nicht. Entscheidungen gegen die Stadt bleiben weiterhin möglich, mit Ausnahme vielleicht der Entscheidung über den Brennstoffein-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

satz bei neuen Wärmeerzeugungsanlagen. 543 Millionen Euro sind ein zu hoher Preis für so wenig Einfluss.

(Beifall bei der FDP)

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Stadt bei den Netzgesellschaften künftig jeweils vier von zwölf Aufsichtsräten stellen wird. Weitergehende Sonderrechte der Stadt als Minderheitsgesellschaften gehen aus der Senatsvorlage nicht hervor. Geradezu grotesk wird es bei den Informationspflichten von Vattenfall und E.ON. Diese gewähren – ich zitiere aus der Senatsvorlage –:

"[...] nach Maßgabe des Gesellschaftsrechts (s. § 51a GmbHG) [...] umfangreiche Einsichts- und Kontrollrechte im Hinblick auf die jeweiligen Gesellschaften".

– Zitatende.

Meine Damen und Herren! Das ist kein Verhandlungserfolg, sondern das ist ein ohnehin bestehendes gesetzliches Minderheitenrecht auf Auskunft und Einsicht. Dazu bedarf es keiner Beteiligung von 25 Prozent, dazu hätte 1 Prozent ausgereicht.

(Beifall bei der FDP)

Und wie steht es mit der Berichtspflicht gegenüber dem Parlament, hier also dem Ausschuss für öffentliche Unternehmen? Auch darüber steht in der Senatsdrucksache nichts. Asklepios lässt, was die Berichtspflicht betrifft, grüßen.

Schließlich sind Sie als Netzbetreiber – wir haben darauf in mehreren Debatten hingewiesen – ohnehin verpflichtet, jeden Strom diskriminierungsfrei durch die Netze zu leiten, auch Atomstrom aus Frankreich oder Tschechien. Das haben sogar die Initiatoren der Volksinitiative auf meine Frage bei der Anhörung vor dem Haushaltsausschuss eingeräumt.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie es nicht gemerkt haben sollten, Paragraph 20 Energiewirtschaftsgesetz gilt auch in Hamburg. Eine Beteiligung an den Netzbetriebsgesellschaften für Strom und Gas bringt daher gar nichts, sondern ist schlicht sinnfrei.

(Beifall bei der FDP – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich weise darauf hin, dass Ihre Fraktion nur noch zwei Minuten Redezeit hat. – Bitte.

Dr. Thomas-Sönke Kluth (fortfahrend): – Vielen Dank. Ich brauche sogar nur eine halbe Minute, denn ich komme zum Resümee meiner Rede über das Senatskonzept, das uns der Bürgermeister präsentiert hat.

Meine Damen und Herren! Seit Frau Kisseler Kultursenatorin ist haben Zitate in der Bürgerschaft Konjunktur. Mir fällt zu dem Energiekonzept des Senats eine indianische Redewendung ein, die lautet: Kleines Feuer, großer Rauch, oder auch die afrikanische Redewendung: Auch leere Tonnen geben großen Klang. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl* CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Kluth. – Das Wort hat Herr Hackbusch.

(*Wolfgang Rose* SPD: Hast du auch so schöne Zitate?)

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Das Zitat am Ende hat mir sehr gefallen.

Dann muss ich feststellen, dass ich 20 Minuten Redezeit habe.

(Beifall bei der LINKEN)

Dementsprechend werde ich versuchen, alle Argumente, die schon genannt wurden, noch einmal aufzuzählen, damit sie auch von mir genannt werden.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – *Thomas Völsch* SPD: Unsere auch, Norbert?)

Ich werde auf drei Punkte hinweisen, die bisher nicht genannt wurden, und dabei lassen wir es heute bewenden.

Erstens: Ich möchte mich am heutigen Tag über etwas freuen, das für uns gar nicht so unwichtig ist, und zwar geht es um die Moorburg-Trasse. Wer von uns schon etwas länger Mitglied der Bürgerschaft ist, kann sich vielleicht noch an die Debatten zur Moorburg-Trasse in der letzten Legislaturperiode erinnern. Alle – besonders die GAL, was mich damals besonders geärgert hat – haben gesagt, das Ganze sei auf ewig festgelegt; wir hätten keine Chance, hier noch irgendetwas zu verändern, die Moorburg-Trasse komme auf jeden Fall. Heute können wir feststellen, dass die Moorburg-Trasse nicht kommt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Jens Kerstan* GAL)

Die Initiative hat – gegen alle resignativen Stimmen, die behaupteten, man könne in dieser Welt sowieso nichts verändern – vielfältige Aktionen durchgeführt und gezeigt, dass ein solcher Widerstand wirklich etwas bewegen kann. Wir sollten uns als politische Menschen in dieser Stadt darüber freuen, dass hier gegen die Resignation etwas erreicht wurde und eine solche Initiative erfolgreich war. Das ist etwas, worüber ich mich an diesem Tag total freue.

(Norbert Hackbusch)

(Beifall bei der LINKEN und bei *Jens Kerstan GAL*)

Zweitens: Ich möchte mich noch einmal dem Argument widmen, das von der rechten Seite so gerne benutzt worden ist, der Gefahr der Verschwendung und wie viel Geld wir dafür ausgeben und so weiter. Wenn wir uns mit der Energiepolitik in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten auseinandersetzen und eine volkswirtschaftliche Bilanz ziehen, dann müssen wir feststellen, dass Hunderte von Milliarden Euro sinnlos verprasst worden sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben private – jedenfalls privat agierende – Energieunternehmen praktisch mit staatlich organisiertem privatem Geld gefüttert. Diese Mittel wurden dort über Jahre verschwendet, Hunderte von Milliarden Euro. Es sind dadurch riesige Unternehmen entstanden, die letztendlich staatlich organisiert sind und die praktisch dafür gesorgt haben, dass wir diesen Irrsinn der Atomindustrie mit unterstützt haben. Das hat zu einer zusätzlichen Verschwendung von unendlichen Milliarden Euro geführt und dazu, dass wir mit dem Atommüll auch dann immer noch leben müssen, wenn sich diese Unternehmen schon längst aus der Finanzierung der Lagerung herauskatapultiert haben. Generationen werden noch für den Atommüll bezahlen müssen, da ist eine Irrsinnverschwendung passiert. Dies ist ein wichtiges Indiz dafür, dass die private Organisation nicht das Allheilmittel sein kann. Und das haben wir in weiten Bereichen auch gelernt.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*: Der Staat hat die Subventionen gegeben! – *Finn-Ole Ritter FDP*: Was hat das mit den Netzen zu tun?)

Was ist jetzt wichtig in Bezug auf die Netze? Genau diese Erkenntnis hat dazu geführt, dass die Sozialdemokratie völlig zu Recht – die wesentlichen Argumente dazu sind schon genannt worden – auf Bundesebene davon ausgeht, dass die Netze insgesamt ein entscheidendes Instrument sind. Warum sie das auf Bundesebene weiß und auf Hamburger Ebene nicht durchsetzt, bleibt ihr Geheimnis. Das sollten Sie uns erklären.

Herr Kluth hat eben versucht darzustellen, wie schwach die Finanzierungsgrundlage ist. Aber insgesamt hat auch er deutlich belegt, dass es zu finanzieren ist. Die Investitionen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro lassen sich über die Einnahmen finanzieren.

(*Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*: Ohne Investitionen! Das ist falsch, Herr Hackbusch!)

Das machen übrigens auch die privaten Anleger, die nicht nur in der Lage sind, die Netze zu finanzieren,

(*Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*: Sie sind nicht im Thema!)

sondern im Gegensatz zu öffentlichen Bereichen auch noch zusätzliche Einnahmen erzielen möchten, weil jedes private Unternehmen natürlich 15 bis 20 Prozent dazu kalkuliert. Von daher geht es dort auch um zusätzliches Geld und insgesamt wird kein Geld verschwendet, sondern die Ausgaben sind über die Einnahmen finanzierbar. Sie selbst haben das in dieser Drucksache auch so dargestellt.

Drittens: Nach all unseren Erfahrungen – und das ist doch eigentlich sozialdemokratische Urerfahrung, da kommt das Stichwort HEW – kann man mit einem Anteil von 25,1 Prozent nichts bewirken.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Richtig!)

Können Sie sich noch daran erinnern, wie das war? Die SPD hat uns seinerzeit gesagt, selbst wenn wir 75 Prozent haben, können wir die wesentlichen Dinge nicht entscheiden,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das waren doch ganz andere Verträge!)

wir können noch nicht einmal in Bezug auf die Atomkraft entscheiden, dazu müssten wir 100 Prozent haben. Das ist doch eine ursozialdemokratische Erfahrung – und ich verstehe nicht, warum diese Erfahrung hier nicht berücksichtigt wird –, dass man nur mit 100 Prozent in der Lage ist, Einfluss zu nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Und das hat mich bei der Rede des Bürgermeisters wirklich skeptisch gemacht. Die meisten von meinen Vorrednern angeführten Kritikpunkte waren richtig, ich möchte aber noch einen zusätzlich nennen: Bevor die FDP-Fraktion wieder in der Bürgerschaft war, die eine andere Vorstellung hat, gab es unter uns einen Konsens darüber, dass die Privatisierung der HEW ein grober Fehler gewesen ist. Sowohl Ole von Beust – ich bin mir allerdings nicht so ganz sicher, ob die CDU heute immer noch dieser Ansicht ist – als auch SPD, die GAL und DIE LINKE hatten diese Erfahrung gemacht und stimmten darin überein. Diese Erfahrung mit der Privatisierung der HEW fehlte in der Regierungserklärung völlig. Dabei war das eine ganz entscheidende Erfahrung, die wir doch aufarbeiten müssten.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Wollen Sie diese Erfahrungen, wo wir mit weinenden Augen dastanden und sagten, das ist jetzt verkauft, was sollen wir jetzt noch machen, mit der Beteiligung von nur 25 Prozent wiederholen? Auch hier hat die Sozialdemokratie ein kurzes Gedächtnis, das an diesem Punkt nicht zulässig ist und das wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Norbert Hackbusch)

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss noch ein Punkt: Mit wem haben wir es da eigentlich zu tun, mit wem geht der Herr Bürgermeister diese Liaison so freudig ein? Wer ist denn Vattenfall eigentlich? Wir selbst haben in Bezug auf Krümmel erfahren können, wie unsäglich unglücklich und auch fahrlässig dieses Unternehmen agierte. Unabhängig von sonstigen Kritiken war Vattenfall auch als Unternehmen völlig unfähig.

Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt ein zweites Beispiel dafür in Hamburg. Es ist in den letzten Monaten etwas untergegangen, aber in Bezug auf die Fernwärme-Trasse werden Sie in der Presse gelesen haben, dass Vattenfall eigentlich vorgehabt hatte, diese Trasse unterhalb von Blohm + Voss zu bauen und dann nach Altona herüberzuziehen. Wer dazu aufmerksam die Zeitungen gelesen hat, konnte erfahren, dass Blohm + Voss dagegen Einspruch erhoben hatte. Blohm + Voss hat praktisch privat einen Gutachter dazu beauftragt und der hat festgestellt, dass die Trasse schlecht geplant worden war. In der Anhörung im letzten Monat bekamen wir noch einmal genau vor Augen geführt, zu welchem Ergebnis Blohm + Voss gekommen ist: Vattenfall war nicht in der Lage, eine einfache Fernwärme-Trasse vernünftig zu planen. Man hatte unter anderem einfach vergessen, dass dann, wenn man einen Tunnel baut, auch Unvorhergesehenes passieren und zum Beispiel Sand abrutschen kann. In diesem Fall wäre etwas Ähnliches wie in Köln beim Staatsarchiv passiert, diesmal beim Trockendock von Blohm + Voss. Mit diesem Unternehmen, das noch nicht einmal in der Lage ist, eine einfache Trasse unter der Elbe vernünftig zu planen, wollen wir nicht zusammenarbeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Wir haben keinen guten Tag, wir haben das Versprechen einer Energiewende, das nicht eingehalten wird. Alle historischen Erfahrungen, die wir gemeinsam gemacht haben, sprechen dagegen. Diese Energiewende wird leider so nicht stattfinden, sondern es wird die neue Liaison der Genossen mit den Bossen geben. Wir sind dagegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Hackbusch. – Herr Dr. Duwe hat das Wort für eine Minute und 30 Sekunden.

Dr. Kurt Duwe FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganz kurz: Wir sind kein Gemeinderat, sondern das Parlament eines Bundeslandes. Wir sollten die Diskussion auf die Energiewende konzentrieren. Wir haben eine bundesweite Energiewende beschlossen und diese muss in die-

sem Land mit einer affenartigen Geschwindigkeit durchgeführt werden. Das bedeutet, dass wir Innovationen brauchen, und zwar in einem Bereich, in dem wir in Hamburg einen Vertrag haben zwischen zwei Energiekonzernen und der Stadt. Wir haben hier für kleine Unternehmen Wettbewerbsnachteile geschaffen, die eben die Innovationen, die wir brauchen, hervorbringen müssen.

Wenn wir schon Geld haben – ich glaube nicht, dass wir das Geld haben, das hier investiert werden soll –, dann müssen wir dieses Geld in Forschung und Technologie stecken. Wenn wir eine wirkliche Energiewende herbeiführen wollen und wenn Hamburg die Nummer eins im Bereich der Energietechnologien werden will, dann müssen wir in die Technische Universität, in die Wissenschaft und in das Cluster Erneuerbare Energien investieren und nicht darüber reden, 25,1 Prozent der Netze zu übernehmen. Das ist eine Diskussion, die vielleicht einem Gemeinderat angemessen ist, aber nicht einem Bundesland. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl* CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Duwe.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann rufe ich die Tagesordnungspunkte 2, 3 und 4 auf, das sind die Drucksachen 20/2335, 20/2461 und 20/2463, Wahlen zu verschiedenen Gremien.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung
– Drs 20/2335 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds für die Kommission für Stadtentwicklung
– Drs 20/2461 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission
– Drs 20/2463 –]

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Alle drei Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel bei jedem Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz bei einem der Namen machen die Wahl dieses Kandidaten ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Un-

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

gültigkeit des gesamten Stimmzettels führen. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidungen vor. Mit dem Einsammeln werden wir etwas warten.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführer nun bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang.

Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt. Ich werde sie im Laufe der Sitzung bekanntgeben.**

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf, Drucksache 20/2007, Senatsmitteilung: Vereinbarung über eine Partnerschaft zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg, "Sicherheitsvereinbarung ÖPNV – Hamburg" zwischen der Behörde für Inneres und Sport, der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, der Polizei Hamburg, der Bundespolizei, der Hamburger Hochbahn, der S-Bahn Hamburg sowie dem Hamburger Verkehrsverbund.

[Senatsmitteilung:

Vereinbarung über eine Partnerschaft zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg

"Sicherheitsvereinbarung ÖPNV – Hamburg" zwischen der Behörde für Inneres und Sport, der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, der Polizei Hamburg, der Bundespolizei, der Hamburger Hochbahn AG, der S-Bahn Hamburg GmbH sowie dem Hamburger Verkehrsverbund GmbH

– Drs 20/2007 –]

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Münster wünscht es und er hat es.

Arno Münster SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es kann nicht sein, dass die Menschen in unseren U- und S-Bahnen oder in unseren Bussen ein mulmiges Gefühl haben.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das werden Sie nie verhindern!)

Eine repräsentative Umfrage von zwei Hamburger Radiosendern aus dem letzten Jahr zeigte besorgniserregende Zahlen. Danach hatten 73 Prozent der befragten Hamburger Angst, Busse und Bahnen zu nutzen, 40 Prozent waren schon einmal verbal belästigt worden und jeder sechste Befragte war bereits Zeuge eines tätlichen Übergriffs im

Bus, in der S- oder in der U-Bahn gewesen. Darüber können wir nicht hinwegsehen.

(Beifall bei der SPD)

Obwohl das Problem seit Langem bekannt ist und in den letzten Jahren schockierende Gewaltvorfälle zu beklagen waren, haben es die CDU-geführten Senate versäumt, hier aktiv zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Antrag zum Konzept "Bahnsteigkante" der SPD-Fraktion aus der letzten Legislaturperiode wurde von CDU und GAL abgelehnt. Deshalb ist es zu begrüßen, dass dieser Senat sich in Umsetzung des Regierungsprogramms auf den Weg gemacht hat, aktiv für die Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr zu handeln.

(Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)

Wir begrüßen es, dass es in Verhandlungen mit der Behörde für Inneres und Sport, der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, der Polizei Hamburg, der Bundespolizei, der Hochbahn, der S-Bahn und dem HVV gelungen ist, diese Sicherheitsvereinbarung ÖPNV – Hamburg zu schließen.

(Beifall bei der SPD)

Im Sinne des Konzepts "Bahnsteigkante" wird sichergestellt, dass nicht nur Überwachungskameras, sondern auch Menschen für Sicherheit garantieren. Das Sicherheitspersonal der Sicherheitsdienste der Verkehrsunternehmen wird um 100 Personen aufgestockt.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Wer bezahlt das?)

Damit geht eine erhöhte Präsenz des Sicherheitspersonals auf den Bahnsteigen und in den Verkehrsmitteln einher.

(Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)

Zur Umsetzung der Präsenzerhöhung werden den beiden Verkehrsunternehmen ab dem Jahr 2012 zusätzlich 4 Millionen Euro im Jahr zur Finanzierung von 100 Stellen für zusätzliches Sicherheitspersonal zur Verfügung gestellt. Das ist durch den jüngst beschlossenen Haushalt im Einzelplan 6 unter dem Titel "Betriebskosten- und sonstige Zuschüsse für den ÖPNV" sichergestellt.

(Heike Sudmann DIE LINKE: 100 oder 110?)

Auch im Bereich der Organisation und Koordination gibt es Verbesserungen, Frau Sudmann. Dazu gehört die Einführung eines gemeinsamen polizeilichen Lagebildes, die Optimierung der Kooperation der Einsatzzentralen und die Verbesserung der Koordinierung von Maßnahmen der Polizei, der Bundespolizei und den Sicherheitsdiensten der Verkehrsunternehmen. Sie berücksichtigen dabei die örtlichen und zeitlichen Brennpunkte, beispiels-

** Wahlergebnisse, siehe Seiten 1664 und 1665

(Arno Münster)

weise durch die Stationierung schneller Eingreiftruppen an strategisch ausgewählten Bahnhöfen.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Einführung des Alkoholkonsumverbots im Bereich des ÖPNV in Hamburg. Alkohol und Straftaten stehen in enger Verbindung. 40 Prozent der gefährlichen schweren Körperverletzungen geschehen unter Alkoholeinfluss, fast zwei Drittel aller Widerstandshandlungen gegen Vollzugsbeamte sind auf Alkoholeinfluss zurückzuführen und bei einem Drittel aller Sachbeschädigungen ist Alkohol im Spiel. Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, dass das Alkoholverbot akzeptiert wird. Es hat zu einer spürbaren Verbesserung beim Sicherheitsgefühl im ÖPNV beigetragen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und meine Herren! Wir schaffen das moderne Hamburg mit einem öffentlichen Nahverkehr, der sauber, sicher und zuverlässig ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Münster. – Herr Hesse hat das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Münster, das war eine wirklich beachtliche Rede. Man hat den Eindruck, dass es richtig vorangeht mit der Stadt. Die Innere Sicherheit, liebe Kollegen, ist in den letzten Jahren ja so vernachlässigt worden, insbesondere beim HVV.

(Beifall und Zurufe von der SPD: Oh!)

– Schön, dass Sie so klatschen, denn das zeigt, dass Sie alle die Drucksache nicht gelesen haben, über die wir gerade diskutieren.

(Beifall bei der CDU und bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Lieber Kollege, ich habe nur darauf gewartet, dass Sie sagen, die CDU hätte nichts getan. Ihr eigener Senat schreibt in der Vereinbarung über die Partnerschaft zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr, dass die Verkehrsunternehmen, die Polizei Hamburg und die Bundespolizei bereits in der Vergangenheit umfangreiche Maßnahmen durchgeführt haben und dass die Sicherheitsstandards hoch seien.

(*Jan Quast SPD:* Da suchen Sie sich einen Satz raus!)

Das hat Ihr Senat uns bestätigt, das ist der Erfolg von zehn Jahren CDU-Politik. Ich weiß gar nicht, was Sie beklagen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh! – *Dirk Kienscherf SPD:* Das ist ja lustig!)

– Das ist nicht lustig, Kollege Kienscherf, das schreibt Ihr eigener Senat; ich trage nur aus den Drucksachen Ihres Senats vor. Und warten Sie ab, ich werde gleich noch einmal aus der Drucksache zitieren, weil unsere Politik so erfolgreich war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Münster hat in einem Punkt vollkommen recht, der subjektiven Sicherheit. Über die objektive Sicherheit habe ich eben gesprochen. Die objektive Sicherheit in unserem öffentlichen Personennahverkehr ist nicht schlecht. Die Sicherheitsstandards in Hamburg sind hoch. Wenn die Medien berichten, dass irgendetwas Schlimmes im öffentlichen Personennahverkehr passiert ist, dann trägt das natürlich nicht zur subjektiven Sicherheit bei, aber es entspricht auch nicht der Tatsache, dass die meisten Straftaten in ganz anderen Bereichen der Stadt passieren

(Beifall bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

und dass in Bussen und Bahnen in den letzten Jahren schon sehr viel für die Sicherheit unserer Fahrgäste getan wurde. Insofern ist Personal allein nicht alles. Wenn Sie sagen, lieber Kollege Münster, 4 Millionen Euro für Personal würden sämtliche Probleme lösen, die Busse und Bahnen wären dann sicher und niemand müsse sich mehr Sorgen machen, dann ist das naiv und trifft die Realität leider nicht.

(Beifall bei der CDU)

Mehr Personal heißt nicht automatisch mehr Sicherheit. Wenn wir uns die schlimmen Vorfälle, die wir in unseren Bahnen in den letzten Jahren erlebt haben, im Einzelfall anschauen, dann wird niemand im Hause sagen können, dass das mit mehr Personal nicht passiert wäre, denn wir können nicht überall Personal haben. Bei den schlimmen Vorfällen, die wir am Bahnhof Jungfernstieg und anderswo erlebt haben, war Personal in der Nähe. Die Sicherheitskräfte waren nicht direkt neben denjenigen, die sich dort gestritten und mit Messern bekriegt haben, aber sie waren in der Nähe. Wir werden auch mit diesen 4 Millionen Euro und mit mehr Personal nicht verhindern können, dass es weiterhin Gewalt in Bussen und Bahnen gibt, denn das Problem ist nicht allein mit mehr Personal zu lösen. Wir waren schon sehr viel weiter, als wir an das Bewusstsein der Menschen appelliert haben und gemeinsam mit dem HVV eine Kampagne gemacht haben, dass man viel mehr auf Notknöpfe drücken und einschreiten muss sowie melden muss, wenn man etwas sieht. Das ist viel wichtiger als mehr Personal in Bussen und Bahnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie schreiben selbst in Ihrer Drucksache auf der zweiten Seite unten, letzter Absatz – ich zitiere –:

"Künftig werden insgesamt noch mehr Sicherheitskräfte in Schwerpunktbereichen präsent und für die Fahrgäste sichtbar und

(Klaus-Peter Hesse)

ansprechbar sein, um so neben der objektiven auch die subjektive Sicherheit zu erhöhen."

Durch die Erhöhung der subjektiven Sicherheit – wir sehen Personal in Bussen und Bahnen – entsteht nicht mehr objektive Sicherheit, sondern wir demonstrieren durch das Personal nur, dass dort mehr Sicherheit sei. Das heißt nicht automatisch, dass es dazu wirklich kommt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus unserer Sicht gibt es ganz andere Möglichkeiten und Maßnahmen, um den Menschen das Gefühl zu vermitteln, Busse und Bahnen sicher zu nutzen. Da gibt es zum einen das Thema Beleuchtung. Ich sehe teilweise Bahnhofsvorplätze, da würde ich mich abends oder nachts auch nicht mehr trauen, entlangzugehen.

(Dirk Kienscherf SPD: Trotz zehn Jahren CDU!)

– Herr Kienscherf, die Geschichte werde ich mir noch lange anhören. Aber wenn Sie ein Papier vorlegen und sagen, was Sie verändern wollen, dann sollten Sie nicht alles ausblenden, was noch möglich ist, sondern zumindest den Anspruch haben, dass es so komplett ist, dass man tatsächlich etwas erreicht und nicht irgendwelche Showeffekte verursacht.

(Beifall bei der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Welche denn? Welche Bahnhofsvorplätze denn?)

Insofern müssen Sie sich anhören, lieber Herr Kienscherf und liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, wo ich noch Handlungsbedarf sehe.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Buschhüter?

Klaus-Peter Hesse CDU: Jederzeit.

Zwischenfrage von Ole Thorben Buschhüter SPD: Herr Hesse, Sie sprachen eben von Showveranstaltungen. Mich würde interessieren, wie Sie es mit dem Alkoholverbot im HHV halten, insbesondere vor dem Hintergrund der Aktionen Ihrer Jugendorganisation, der Jungen Union, die das Feierabendbier wiederhaben wollen.

Klaus-Peter Hesse CDU (fortfahrend): Herr Kollege Buschhüter, ich werde keine Prognose abgeben, zu hypothetischen Fragen äußere ich mich nicht.

(Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN)

Wir werden abwarten, was diese Maßnahme bringt. Meine persönliche Meinung hierzu ist nicht

unbekannt, aber diese werde ich hier nicht diskutieren.

Wenn der Eindruck entsteht, dass ich alles falsch finde, was Sie machen, ist das nicht richtig. Ich glaube schon, dass mehr Personal im öffentlichen Personennahverkehr immer gut ist,

(Dirk Kienscherf SPD: Ach so, dann sagen Sie das doch mal!)

man kann da gar nicht genug tun. Aber es muss zielgerichtet eingesetzt werden. Ob das bei der Kontrolle von Alkohol der Fall ist, weiß ich nicht. Da gibt es aus meiner Sicht bessere Möglichkeiten.

Ich möchte auf den Punkt von Herrn Kienscherf zurückkommen, was man sonst noch tun kann.

(Dirk Kienscherf SPD: Die Bahnhofsvorplätze!)

– Genau, die Bahnhofsvorplätze.

Und ich möchte Sie, liebe SPD-Fraktion, fragen – das wird sowieso von Frau Sudmann oder von den Grünen kommen –, was Personal eigentlich heißt. Werden diese Kräfte auch die sogenannten Obdachlosen vor den Bahnhöfen vertreiben? Was sollen wir am Hauptbahnhof machen, lieber Kollege Kienscherf, wie wollen wir dort mit dem Thema weiter verfahren? Heißt für Sie Sicherheit und Sauberkeit – das hat der Kollege Münster eben ganz groß in die Menge gerufen – eigentlich auch, dass man in Zukunft etwas mit privaten Sicherheitsdiensten machen will? Das sind die Fragen, die geklärt werden müssen. Wir müssen den subjektiven Eindruck auf unseren Bahnhöfen und um unsere Bahnhöfe verbessern, da muss Geld investiert werden. Im Übrigen hat die Hamburger Hochbahn Konzepte in der Schublade liegen, die wir umsetzen wollten. Lassen Sie sich diese geben, da ist Geld gut investiert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Hesse. – Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass diese Drucksache an den Ausschuss überwiesen wird. Diese relativ dünne Drucksache wird uns im Ausschuss lange beschäftigen, denn es gibt mehr Fragen als Antworten.

Beginnen wir damit, dass auf der letzten Seite der Mitteilung des Senats steht, dass diese Vereinbarung seit dem 5. Juli 2011 in Kraft ist, wir aber eben vom Kollegen Münster gehört haben und auch selbst nachlesen können, dass die 110 zusätzlichen Kräfte erst ab 2012 eingestellt werden. Da frage ich mich, was eigentlich im Moment pas-

(Antje Möller)

siert. Das ist schon der erste Block, mit dem man sich auseinandersetzen muss.

Inhaltlich haben wir als Fraktion große Probleme mit der immer weiter verschwimmenden Grenze zwischen öffentlichem Raum und privater Sicherheit. Sogar Herr Hesse hat das eben angesprochen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Anja Hajduk GAL – Heike Sudmann DIE LINKE*: Wir auch!)

Wenn ein gemeinsames Lagebild erstellt wird – Sie mögen sich erinnern, dass Lagebilder nicht einmal der Bürgerschaft gegenüber transparent sind –, dann bietet sich ein ganz neues Forum, um vonseiten der privaten Sicherheitsdienste, aber auch von den Beteiligten unterschiedlicher Betreiber, sei es der U-Bahn, S-Bahn oder jeweiligen Einkaufsbereiche, zum Beispiel im Hauptbahnhof, auf Daten und Analysen der Polizei zuzugreifen. Das halten wir für einen undenkbaren Prozess,

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

den man aber wahrscheinlich zur Kenntnis nehmen muss.

Ich stelle mir die Frage, wieso diese wunderbare Vereinbarung an Herrn Schreiber scheinbar völlig vorbeigegangen ist. Seine Aktionen, die sich auf mehr Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum beziehen – so sagt er es jedenfalls, was dann aber privatisierter öffentlicher Raum ist –, scheinen auf einem Parallelgleis zu diesen Vereinbarungen zu laufen. Aus unserer Sicht ist das eine völlig unzureichende Darstellung der Auswirkungen dieser Partnerschaft und der Datenschutzregelungen, die sich beim Austausch der unterschiedlichen Dateien und Erkenntnisse ergeben. Außerdem sind die Auswirkungen auf die Fahrgäste unzureichend dargestellt. Wir werden das im Ausschuss besprechen können.

Im Übrigen glaube ich nach sechs Wochen Erfahrung mit dem Alkoholverbot nicht, dass der Durst in U- und S-Bahnen abgenommen hat, möglicherweise nur die Form und Farbe der Flaschen. Aus unserer Sicht ist der Alkoholkonsum überhaupt nicht zurückgegangen.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN – *Andy Grote SPD*: Was?)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Möller. – Das Wort hat Herr Jarchow.

Carl-Edgar Jarchow FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem sich die Kollegen der SPD und CDU weitestgehend selbst auf die Schultern geklopft haben, erlauben Sie mir, kurz auszuführen, warum sich auch die FDP für eine Überweisung der Vereinbarung an den Innenausschuss ausspricht.

Die vorgelegte Vereinbarung enthält aus unserer Sicht viel Vernünftiges. Bei vielem fragt man sich allerdings mit einigem Erstaunen, warum dafür überhaupt eine derartige Vereinbarung notwendig ist. Viele der vereinbarten konstruktiven Verfahren und Absprachen müssten eigentlich bei professioneller Zusammenarbeit der beteiligten Akteure selbstverständliche Praxis sein. Aber hoffen wir das Beste, dass diese Vereinbarung die bisher offenbar mangelnde Fähigkeit zu praktischer Zusammenarbeit schrittweise zu beheben hilft.

Abgesehen davon, dass viele der erklärten Absichten recht allgemein bis nebulös bleiben, sehen wir in zwei Bereichen Klärungsbedarf und meinen daher, dass sich die Bürgerschaft im Innenausschuss im Detail mit der Drucksache befassen sollte. Zum einen ist die Finanzierung des zusätzlichen Sicherheitspersonals durch den entsprechenden Haushaltsbeschluss in diesem Hause zwar formal geklärt. Das Prinzip des "pay as you go" wurde dabei zur Abwechslung sogar einmal eingehalten. Inhaltlich bleibt jedoch die Frage offen, welche Projekte oder Maßnahmen zukünftig nicht mehr aus den in Anspruch genommenen Regionalisierungsmitteln finanziert werden können. Zu einem transparenten politischen Prozess gehört, dass eine faktische Verschiebung von Mitteln aus dem Verkehrsetat in das Aufgabenfeld der Innenbehörde dargestellt wird und dann politisch bewertet werden kann. Fachlich bleibt weiterhin festzustellen, dass die unter Paragraph 5 der Anlage 2 vereinbarten Ausbildungsqualitätsstandards einerseits extrem ambitioniert erscheinen, andererseits aber trotzdem vergleichsweise unkonkret gelassen werden. Da die Frage des eingesetzten Personals hier von wesentlicher Bedeutung ist, sollte man sich das im Ausschuss noch einmal genauer anschauen. Dabei möchten wir die Punkte Arbeitsmarktlage, Lohnentwicklung und daraus folgende Kosteneffekte genau betrachten. Gut qualifiziertes Sicherheitspersonal wächst nicht auf Bäumen und wird im Zweifel adäquate Bezahlung verlangen. So viel zu diesem Punkt, das Weitere dann hoffentlich im Ausschuss. – Vielen Dank.

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Jarchow. – Das Wort hat Frau Sudmann.

Heike Sudmann DIE LINKE: Es gibt einige Sachen, die besser werden, wenn man sie länger liegen lässt, zum Beispiel Wein. Aber hier habe ich nicht verstanden, warum Sie fast ein halbes Jahr gebraucht haben, um die Bürgerschaft zu informieren. Sie haben im Juli diese Vereinbarung abgeschlossen, und erst im Dezember bekommen wir sie. Das wird eine Frage sein, die der Innenausschuss wahrscheinlich klärt.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

(Heike Sudmann)

Herr Münster, Sie sprachen davon, dass Sie eine objektive oder auch eine subjektive Sicherheit erreichen wollen; das wird es nie geben. Sobald sich mehr als eine Person irgendwo aufhält, werden sie niemals immer ein Gefühl subjektiver Sicherheit haben, und Sie werden auch die objektive Sicherheit nie gewährleisten können. Ein Teil der Angstdebatte hängt auch damit zusammen, dass man über Gefahren spricht, die alle unterschiedlich wahrnehmen, nicht aber darüber, wie hoch die Gefahr gerade im öffentlichen Personennahverkehr wirklich ist.

Ich habe eben schon mit meinen beiden Sitznachbarinnen gesprochen. Ich fahre Bus und Bahn, seit ich in Hamburg lebe, seit 30 Jahren. Ich habe glücklicherweise noch nie etwas erlebt, ich fahre sehr oft Bus und Bahn. Ich habe meine Lieblingsbahnhöfe. Wenn ich nachts mit dem Fahrrad nach Tiefstack fahre und dort einsteige, denke ich immer, super, total nett.

(André Trepoll CDU: Was machen Sie denn nachts in der Gegend?)

– Wenn ich zum Beispiel in den Vier- und Marschlanden einen politischen Termin habe und von dort wegkommen möchte, wo der wunderbare HVV mir nur jede Stunde eine Verbindung anbietet, dann fahre ich mit dem Fahrrad nach Tiefstack, weil das die nächste Bahnstation ist. Aber Sie kennen sich nicht so gut aus im öffentlichen Personennahverkehr, ich gebe Ihnen gern Nachhilfe.

Wir werden immer Angst haben und wir werden sie nicht wegbekommen. Wir haben in fast jedem Bahnwagen und auf jedem Bahnsteig Kameras und Überwachung, und wir führen dieselbe Debatte wie vor 20 Jahren, als wir keine Kameras hatten. Ihr Glaube, dass man mit Kameras mehr Sicherheit schaffen kann, hat sich nicht bewährt, und das wird auch weiterhin nicht passieren.

(Beifall bei der LINKEN – Arno Münster SPD: Das stimmt doch gar nicht! Wir haben gerade gegen Kameras gesprochen, für mehr Personal!)

– Sie schlagen vor, mehr Personal einzustellen, Herr Münster, und genau dazu komme ich jetzt.

Wir führen eine Diskussion darüber, was für Personal wir eigentlich haben wollen, ob wir mehr sogenannte schwarze Sheriffs wollen. Für ihre breitbeinige Gangart können sie vielleicht nichts, aber bei der Ausstattung, angefangen mit den Handschuhen und einer Montur, die mir eher Angst macht, wird es immer schwieriger.

Sie wollen 110 Personen einstellen, 4 Millionen Euro gibt die Bürgerschaft dazu. Wir haben 157 Haltestellen in Hamburg. Mittlerweile haben wir so viel Sicherheitspersonal, dass wir die Haltestellen, so wie es früher auch war, wieder mit Per-

sonal ausstatten können. Das wäre ein innovativer Weg, wie wir weitergehen könnten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe vorhin davon gesprochen, dass die Gewalt nicht weggehen wird. Aber meine Wahrnehmung ist – und diese werden viele, gerade die Sozialpolitikerinnen unter Ihnen, teilen –, dass wir desto mehr Gewalt haben, je größer die Schere zwischen Arm und Reich wird. Wir haben mehr Menschen, die abgehängt werden.

(Arno Münster SPD: Das ist eine andere Diskussion!)

Es steigt mit der Gewalt, Herr Münster, die private Sicherheit, die finanziert wird. Das ist für uns der falsche Weg. Wir brauchen, das hat Frau Möller schon gesagt, öffentliche Kräfte, die einer Kontrolle unterliegen, und nicht mehr private Kräfte.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Senator Neumann, Sie haben das Wort.

Senator Michael Neumann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und meine Herren! Es ist angesprochen worden, am 5. Juli haben Senator Horch und ich gemeinsam mit den Verkehrsunternehmen der Hochbahn, der S-Bahn Hamburg, dem Verkehrsverbund, aber auch mit der Bundespolizei und unserer Hamburger Polizei eine Vereinbarung zur Steigerung der Sicherheit im ÖPNV unterzeichnet. Herr Jarchow, Sie haben die Frage gestellt, warum das überhaupt notwendig ist. Ich hätte mir auch nicht vorstellen können, was für ein Kompetenzwirrwarr es zum Teil gab. Es fängt damit an, dass die Grundstückszuständigkeiten innerhalb vieler U- und S-Bahn-Stationen so verwirrend sind, dass das Hausrecht nicht über Kreuz wahrgenommen werden durfte. Wir haben jetzt klare Möglichkeiten geschaffen und gemeinsame Geschäftserledigungsverträge geschlossen, sodass sichergestellt ist, dass auf den Bahnsteigen der Hochbahn die Kollegen der S-Bahn eingreifen können und umgekehrt. Das gab es vorher nicht und ist, lieber Herr Hesse, auch ein Teil Ihrer Bilanz.

(Beifall bei der SPD)

Der Abschluss dieser Vereinbarungen folgt im Wesentlichen dem Konzept der SPD – überschrieben mit dem Wort Bahnsteigkante – aus dem Regierungsprogramm mit dem Ziel, höchstmögliche Sicherheit für Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV im Hamburger Stadtgebiet herzustellen, und setzt auf eine engere Kooperation der verschiedenen Akteure, eine Kooperation, die damals zu verbessern war und noch heute weiter zu verbessern ist. Vorangegangen waren bundesweit Vorfälle im öffentlichen Personennahverkehr, leider auch in Ham-

(Senator Michael Neumann)

burg, die die Hamburgerinnen und Hamburger erheblich beunruhigt haben und Anlass gaben, die bisherigen Kommunikations- und Zusammenarbeitsprozesse zwischen den Beteiligten sowie die Präsenzerhöhung von Sicherheitskräften im Nahverkehr zu einem Schwerpunkt des Regierungsprogramms zu machen. Mit dem Abschluss der Vereinbarung wurden gezielte Maßnahmen zur weiteren Steigerung des Sicherheitsstandards im ÖPNV in Hamburg auf den Weg gebracht, gemeinsam und unstrittig zwischen den beiden Behörden. Herr Vahldieck sitzt noch unter uns, stellen Sie sich einmal vor, die Diskussion hätten Sie mit Frau Hajduk führen müssen, was dabei herausgekommen wäre.

(Beifall bei der SPD – *Antje Möller GAL*: Unverschämte Aussage!)

Mittlerweile sind Inhalte der Vereinbarungen durch die Partnerinnen und Partner erfüllt und mit Leben gefüllt worden. Das Alkoholverbot wurde umgesetzt, und ich möchte mich, auch wenn er heute nicht da ist, bei Herrn Ahlhaus für seinen mannhaften Kampf innerhalb der CDU bedanken. Dass die Kollegen innerhalb der CDU Kurs gehalten haben, ist nicht selbstverständlich. Mit dem Wechsel in die Opposition verändert man manchmal auch seine Positionen. Deshalb herzlichen Dank dafür, dass die CDU zumindest bei diesem Thema bei ihren Überzeugungen geblieben ist.

(Beifall bei der SPD)

Das polizeiliche Lagebild ist gemeinsam entwickelt worden und wird für die Kräftesteuerung sowie für die Abstimmung von Maßnahmen genutzt. Die Kommunikation zwischen den Vertragspartnern funktioniert jetzt auf allen Ebenen, sowohl im täglichen Dienst als auch in den Bereichen der eingerichteten Gremien, die hinter der Vereinbarung stehen. Das Personal für die 100 zusätzlichen Stellen der Sicherheitsdienste der Verkehrsunternehmen ist weitgehend eingestellt und befindet sich in der Ausbildung. Es ist so, wie es beschrieben worden ist, die Kolleginnen und Kollegen wachsen nicht auf Bäumen, sondern müssen im Gegenteil hervorragend ausgebildet werden.

Jetzt ist Frau Sudmann nicht mehr da.

(*Arno Münster SPD*: Die ist auf dem Bahnhof!)

Sie hatte Sorge bezüglich des Erscheinungsbildes. Darüber kann man sicherlich sprechen, und eine pauschale Verunglimpfung dieser ausgebildeten Sicherheitskräfte der S-Bahn wie auch der Hamburger Hochbahn mag vielleicht im Geleitzug grundsätzlicher Vorbehalte richtig sein. Sie gilt aber in diesem Fall nicht, weil die Hochbahn wie auch die S-Bahn deutlich höhere Ausbildungsstandards haben. Man sollte diese Menschen sehr differenziert beurteilen. Sie legen zu Recht Wert darauf, in anderen Berufsgruppen differenzierte Be-

wertungen vorzulegen, und deswegen ist es unangemessen, Menschen, die sich für die Sicherheit in Hamburg beruflich engagieren, generell als schwarze Sheriffs zu diffamieren.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Ich will kurz auf die Stichworte objektive und subjektive Sicherheit eingehen. Das sind Begriffe, die manch einen ein Leben lang begleiten und mich politisch auch schon lange Zeit begleiten. Sie sagen, Frau Suding...

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Nein, das nehmen Sie sofort zurück!)

– Frau Sudmann, Entschuldigung. Das Personal bei der FDP wechselt so schnell, da kommt man gar nicht hinterher, verzeihen Sie, Scherz beiseite.

Sie sagen, dass Sicherheit niemals erreichbar sei. Natürlich ist es schwierig, aber Sie mögen einer Innenpolitikerin oder einem Innenpolitiker nachsehen, dass wir zumindest als Sozialdemokraten den Anspruch haben, Sicherheit herzustellen. Diesen Anspruch wollen wir nicht aufgeben. Das klang bei Ihnen anders, ein bisschen resignativ. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fahren einen anderen Kurs, wir haben diesen Anspruch.

(Beifall bei der SPD)

Ich will zu einzelnen Punkten kurz Stellung nehmen, einmal zum Stichwort mehr Sicherheitspersonal. Neben den schon angesprochenen technischen Sicherheitseinrichtungen wie Überwachungskameras werden künftig mehr Mitarbeiter der Sicherheitsdienste der Verkehrsunternehmen auf den Bahnsteigen und in den Verkehrsmitteln für Sicherheit und Ordnung sorgen. Ab 2012 stellt die Stadt zusätzlich die bereits angesprochenen 4 Millionen Euro zur Verfügung. Damit werden 100 zusätzliche Sicherheitskräfte finanziert, 60 bei der Hochbahn und 40 bei der S-Bahn-Wache. Die S-Bahn wird darüber hinaus weitere 10 Mitarbeiter in dieses Sicherheitspaket einbringen, und so kommen wir auf die 110 Mitarbeiter, die in Zukunft verstärkt für Sicherheit ihren Dienst leisten werden. Deswegen möchte ich auf eine Presseerklärung, eine der ersten und deshalb vielleicht noch ein bisschen ungelent, von Herrn Voet van Vormizeele eingehen. Das geht eben nicht zulasten des Sicherheitsetats, sondern wird aus dem Verkehrsetat finanziert, Herr Voet van Vormizeele. Und deshalb ist Ihre Aussage in diesem Fall, auch wenn sie nicht im Fokus stand, falsch.

(Beifall bei der SPD)

Das Personal für die zusätzlichen Stellen der Sicherheitskräfte ist, wie schon angesprochen, weitgehend eingestellt und befindet sich jetzt in der Ausbildung, um ab Anfang 2012 für deutlich mehr Präsenz auf den Bahnsteigen, in den Verkehrsmitteln und Bahnhöfen zu sorgen. Bis die S-Bahn ihre 40 zusätzlichen neuen Mitarbeiter fertig ausgebil-

(Senator Michael Neumann)

det hat, setzt sie zwischenzeitlich Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes ein.

Zur Einführung des generellen Verbots alkoholischer Getränke in den Verkehrsmitteln und Bahnhöfen des HVV: Das gilt seit dem 1. September 2011 und seit dem 1. Oktober auch mit Sanktionen, nämlich 40 Euro Bußgeld.

(Finn-Ole Ritter FDP: Große Taten!)

Wir setzen das um, was Sie versprochen haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Ritter hat das nie versprochen! – Finn-Ole Ritter FDP: Nee, ich nicht!)

Ich bin dankbar dafür, dass die CDU Kurs gehalten hat, andere haben sich da anders entwickelt.

Das dritte Thema ist die Erstellung eines gemeinsamen polizeilichen Lagebildes. Die Polizei Hamburg und die Bundespolizei haben zwischenzeitlich eine gemeinsame Struktur entwickelt, um ihre jeweiligen relevanten Daten in ein Lagebild zusammenzuführen. Dieses beinhaltet polizeiliche Erkenntnisse zu Straftaten, die sich aus der jeweiligen Eingangs- und Vorgangsverwaltung ergeben. Dort werden Delikte wie gefährliche und schwere Körperverletzung, Raub, Sexualdelikte sowie die Tatorte Bahnhofumfeld oder das direkte Verkehrsmittel aufgeführt, wobei das Lagebild selbst nur eine Momentaufnahme über einen circa zweiwöchigen Zeitraum abbildet. Es dient vor allem den Sicherheitsdiensten dazu, ihre Einsätze untereinander zu koordinieren und wahrzunehmen, sodass es zu einer Verlagerung oder neuen Schwerpunktbildung kommt; das ist der Hintergrund für dieses Lagebild. Das Lagebild ist keine neue Statistik, und die dafür erhobenen Daten sind auch statistisch nicht dafür geeignet, so verwendet zu werden, sondern dienen einzig und allein der vernünftigen, rationalen und effizienten Kräftesteuerung.

Der letzte Punkt betrifft die Kommunikationsstrukturen. Die Vereinbarung baut auf den bereits in Teilen bewährten Kommunikationsstrukturen zwischen den Sicherheitspartnern auf. Für die zentrale Einsatzbewältigung steht die Einsatzzentrale unserer Hamburger Polizei im Zentrum der Kommunikation, sodass ein hohes Maß an Professionalität gewährleistet ist. Auf der Grundlage des gemeinsamen polizeilichen Lagebildes stimmen sich die Vereinbarungspartner in einem ständigen Prozess über die erforderlichen Einsatzkonzeptionen und Maßnahmen ab. Das gab es in der Vergangenheit nicht in diesem Maße.

Zum Stichwort Geschäftserledigungsverträge habe ich am Anfang schon in Richtung von Herrn Jarchow etwas gesagt.

Zusammenfassend: Der Senat hat mit der Sicherheitsvereinbarung ÖPNV – Hamburg seinen erklärten Willen unter Beweis gestellt hat, den ohnehin hohen Sicherheitsstandard – da gebe ich Herrn

Hesse ausdrücklich recht – im ÖPNV nochmals deutlich zu steigern und ihn nicht nur technisch zu hinterlegen, sondern ihm vermehrt ein Gesicht zu geben, weil ein Mensch immer mehr Vertrauen einflößt als eine Kamera.

Ich will der Wirtschaftsbehörde danken, denn das ist nicht selbstverständlich für die Kooperation zwischen den Behörden. Ich habe auch andere Dinge aus der Vergangenheit lernen müssen. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Verkehrsbehörde finanzielle Mittel für Sicherheit zur Verfügung stellt, ist sehr vorbildlich. Die vollständige Umsetzung einzelner Komponenten wie die Rekrutierung und Ausbildung geeigneter Personen für die vorgesehene Aufstockung bei den Verkehrsunternehmen, ist auf einem sehr guten Weg und nahezu abgeschlossen.

Es ist auch sehr erfreulich, dass das im Vorfeld heftig diskutierte Alkoholverbot jedenfalls bisher nahezu reibungslos umgesetzt worden ist. Das war eine der ersten Bewährungsproben in der Zusammenarbeit für diese neue Organisationsstruktur. Dort hat es aus meiner Sicht, wie auch den Presseberichten zu entnehmen ist, hervorragend geklappt.

Für eine abschließende Bewertung ist es zu früh. Wir werden auch im Innenausschuss viele der hier von mir zwar schon beantworteten, aber dort gewiss noch einmal gestellten Fragen diskutieren. Hamburg ist in diesem Bereich mit einer Personalverstärkung auf einem ordentlichen Weg. Wir setzen nicht nur auf Technik und Technologie, sondern auf Sicherheit durch Menschen. Das ist unser Weg und unser Ansatz, und das, was wir vorgestellt haben, ist ein erster Baustein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/2007 an den Innenausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung einstimmig angenommen.

Meine Herren und Damen! Mir liegen jetzt die Wahlergebnisse vor.

Bei der Wahl einer Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung sind 116 Stimmen abgegeben worden, davon waren 0 Stimmen ungültig, somit waren 116 Stimmen gültig.

Frau Gun Kaja Röttgers erhielt an Ja-Stimmen 114, Nein-Stimmen 1, Enthaltungen 1. Damit ist Frau Röttgers gewählt.

(Vizepräsidentin Kersten Artus)

(Beifall bei der SPD)

Bei der Wahl eines Mitglieds für die Kommission für Stadtentwicklung sind 114 Stimmen abgegeben worden, davon waren 0 Stimmen ungültig.

Auf Frau Sudmann entfielen an Ja-Stimmen 81, Nein-Stimmen 25, Enthaltungen 8. Damit ist Frau Sudmann gewählt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Urs Tabbert SPD*)

Bei der Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission sind 116 Stimmen abgegeben worden, davon waren 0 Stimmen ungültig.

Frau Christiane Schneider erhielt an Ja-Stimmen 78, Nein-Stimmen 35, Enthaltungen 3. Damit ist auch Frau Schneider gewählt.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 55 auf, Drucksache 20/2353 in ihrer Neufassung, Bericht des Haushaltsausschusses: Neuordnung der Landesforschungsförderung Hamburg und Gesetz zur Auflösung der Wissenschaftsstiftung Hamburg – Mit der Vorlage unterrichtet der Senat die Bürgerschaft über seine Pläne, ab 2013 neue Formen der Landesforschungsförderung in Hamburg zu etablieren und welche organisatorischen und strukturellen Voraussetzungen dafür erforderlich sind.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/1543:

Neuordnung der Landesforschungsförderung Hamburg und Gesetz zur Auflösung der Wissenschaftsstiftung Hamburg – Mit der Vorlage unterrichtet der Senat die Bürgerschaft über seine Pläne, ab 2013 neue Formen der Landesforschungsförderung in Hamburg zu etablieren und welche organisatorischen und strukturellen Voraussetzungen dafür erforderlich sind (Senatsantrag)

– Drs 20/2353 (Neufassung) –]

Wer wünscht dazu das Wort? – Herr Dr. Tode, Sie haben es.

Dr. Sven Tode SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute geht es um die Forschungsförderung, aber lassen Sie mich zu Beginn die Universität Hamburg und die Hochschule für Musik und Theater beglückwünschen, deren Bewerbungen für den Qualitätspakt Lehre gestern Erfolg hatten. Auch die TU, die HAW und die HCU zeigen mit ihrer Teilnahme an diesem Qualitätspakt, dass die Lehre in Hamburg eine besondere Stellung hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir konnten heute der Presse entnehmen, dass die Forschungsförderung besonders vom Bund gefördert wird, denn es sind 1,3 Millionen Euro für das UKE und die EHEC-Forschung bewilligt worden. Das zeigt, welche besondere Stellung das UKE in dieser Krise hatte, und dafür gilt noch einmal unser besonderer Dank.

(Beifall bei der SPD)

Exzellente wissenschaftliche Forschung hat herausragende Bedeutung nicht nur für die Hochschulen und Institute selbst, sondern auch und vor allem für unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft. Deswegen bekennen wir uns ausdrücklich zum Stellenwert der Forschungsförderung. Wir sind stolz darauf, dass im Rahmen gemeinsamer Bund- und Länderfinanzierung in Hamburg das Max-Planck-Institut, das Leibniz- und das Helmholtz-Institut hier Dependancen haben, wir sind froh, dass wir herausragende Einrichtungen wie das DESY, das GIGA oder das Bernhard-Nocht-Institut in den Mauern unserer Stadt beheimaten, nicht zu vergessen die Hochschulen mit der großen Vielzahl an exzellenten Forschungsprojekten. Wir bekennen uns auch dazu, als Bundesland zusätzliche Forschungsförderung zu betreiben. Durch die vorliegende Neuordnung werden wir sie nachhaltig sichern, stärken und ausbauen. Die Bedeutung von Forschung für unser aller Zukunft wird aktuell an kaum einem Thema deutlicher als an der Klimaforschung, die schon seit den Achtzigerjahren von sozialdemokratischen Senaten systematisch gefördert und zu einem Schwerpunkt ausgebaut wurde. Der Bürgermeister hat bereits in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen. Dass Siemens seinen Sitz für die Sparte Windenergie nach Hamburg legt, ist ein deutliches Zeichen dafür.

Zwar führen wissenschaftliche Befunde, wie wir wissen, allein noch nicht zu verantwortlichen politischen Entscheidungen, wie wir gerade wieder bei der jüngsten Weltklimakonferenz erleben mussten. Aber umgekehrt gilt ganz sicher, dass ohne diese Forschungsergebnisse sich klimapolitisch nicht viel bewegen würde. Sie werden mir sicher zustimmen, wenn ich sage, dass es an der Klimaforschung, gerade auch an der in Hamburg, gewiss nicht liegt, wenn der internationale Klimaschutz nicht vorankommt.

Die Klimaforschung wird neben der physikalischen Strukturforchung einer der Schwerpunkte sein, die wir mit unserer strategischen Programmförderung weiter stärken werden. Zusätzlich zu diesen renommierten Bereichen werden wir mit unserem Förderkonzept neue potenzielle Bereiche für zukünftige herausragende Schwerpunkte identifizieren und aufbauen. Mit dem zweiten Fördermodul, der themenoffenen Projektförderung, werden wir vor allem innovative Ideen unterstützen, gerade dort, wo die Forschung bisher weniger mit Drittmitteln

(Dr. Sven Tode)

teln und Förderung bedacht wurde wie bei den Geisteswissenschaften. Dabei werden wir vor allem den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern, denn wir wissen, dass Innovationen dort entstehen, wo junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Freiräume und Möglichkeiten haben, ihre Kreativität zu entfalten. Beide zusammen, Programm- und Projektförderung, bilden eine optimale Ergänzung. Sie schaffen die Grundlage für eine Förderpolitik, die exzellente, innovative und verantwortliche Wissenschaft in Hamburg nachhaltig ausbaut und stärkt.

(Beifall bei der SPD)

Am Thema Klimaschutz wird übrigens auch die enorme wirtschaftliche Bedeutung von Forschung und Wissenschaft klar. Wir sind dabei, Hamburg zum Spitzenstandort für erneuerbare Energien und Umwelttechnik zu machen; der Bürgermeister hat bereits darauf hingewiesen. Dabei spielen sowohl Grundlagenforschung als auch angewandte Forschung und Technologietransfer eine herausragende Rolle. Unser Ziel ist es, Wissenschaft und Forschung auf eine dauerhafte verlässliche Grundlage zu stellen, die sie in den vergangenen Jahren nicht hatte. Das Vorgehen des Senats folgt dabei konsequent den strategischen Leitlinien unserer Politik,

(Thilo Kleibauer CDU: Ja, leider!)

der haushaltspolitischen Leitlinie, und das hoffentlich nicht leider, keine Schattenhaushalte mehr zuzulassen. Vielmehr sichern wir volle Transparenz in allen Finanzierungsfragen.

(Beifall bei der SPD)

Die bisherige Wissenschaftsstiftung wird diesen Anforderungen nämlich überhaupt nicht gerecht.

(Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

Deshalb werden wir sie abschaffen.

(Beifall bei der SPD – Dirk Kienscherf SPD: Sehr gut!)

Wir werden sie durch eine bessere Förderungspraxis ersetzen, die transparenter, zielorientierter und verantwortlicher ist. Die Stiftung war ein finanzpolitischer Irrweg. Sie ist intransparent und ihre Konstruktion ist in sich völlig widersprüchlich, denn sie ist keine Stiftung im eigentlichen Sinne. Hier wird vielmehr etwas vorgegaukelt, was in der Realität gar nicht zutrifft. Mit dem positiv besetzten Begriff Stiftung verbinden Menschen gemeinhin eine Einrichtung, die durch eigenes Stiftungskapital unabhängig und sicher ist und aus Zinserträgen Leistungen finanziert, die dem Stiftungszweck entsprechen. Doch solch ein Stiftungskapital gibt es hier nicht, lediglich die juristisch geforderte Mindesteinlage von 50 000 Euro. Stattdessen gibt es eingetragene Reallasten auf Grundstücke, aus denen sich Zuschüsse der Stadt ableiten. Eine wirre Kon-

struktion, das muss man sich vor Augen führen. Da werden sogenannte Reallasten auf Grundstücke eingetragen, wie zum Beispiel die Armgartstraße 24 in meinem Wahlkreis – das Design-Departement der HAW –, doch das Grundstück gehört nicht der Stiftung, sie kann lediglich Zahlungsansprüche an die Stadt geltend machen, solange die Eintragung besteht. Die Erfinder dieser Idee, CDU und GAL, behaupten weiterhin unverdrossen, dieses Konstrukt mache die Forschungsförderung unabhängig und sicher gegenüber Konsolidierungszwängen. Wahrscheinlich hören wir das auch gleich wieder, doch das Gegenteil ist der Fall.

(Jens Kerstan GAL: Ja, Ihr schafft sie ja ab!)

Das ist längst bewiesen, und zwar durch den schwarz-grünen Senat, der für diese Fehlkonstruktion verantwortlich ist. Denn kaum war die Stiftung im Herbst 2010 ein Jahr alt, haben Sie ihr jährliches Budget von geplanten 15 Millionen Euro auf 11 Millionen Euro gekürzt,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hört, hört!)

indem Sie einige der Stiftung übertragene Reallasten wieder einkassiert haben.

(Zuruf von Jens Kerstan GAL)

Wenn wir jetzt in Pressemitteilungen der CDU und der GAL fast gleichlautend lesen, dass die Stiftung Verlässlichkeit garantiere, dann fragt man sich, wo Verlässlichkeit ist, wenn mit einem Federstrich 4 Millionen Euro aus einer Stiftung einfach weggenommen werden. Wo ist da Verlässlichkeit für Forschung und Wissenschaft?

(Beifall bei der SPD)

Sie, meine Damen und Herren von der GAL und der CDU, haben Ihre eigenen Argumente offensichtlich widerlegt; insofern brauchen wir uns damit nicht weiter zu beschäftigen. Sie haben den angeblichen Vorteil der Stiftung mit Ihrer Regierungspraxis dementiert. Hier wurde keine selbstständige, lebensfähige Stiftung geschaffen, sondern lediglich eine ständige Umleitung von Finanzmitteln aus dem Haushalt vorgenommen. Das ist alles andere als eine sichere, verlässliche und unabhängige Finanzierungsbasis für Forschung und Wissenschaft. Darum werden wir zukünftig die Hamburger Forschung wieder direkt aus dem Haushalt fördern ohne Umschweife, mit echtem Geld, ohne halbgare Finanztricks, mit mehr Transparenz, Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit.

(Jens Kerstan GAL: Vor allem weniger! Das ist weniger als die Hälfte!)

– Herr Kerstan, ich dachte, Sie können rechnen, 11 Millionen Euro sind nicht die Hälfte, 11 Millionen Euro sind genau der Betrag, der im Plan vorgesehen war.

Transparenz, Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit werden das Ziel sein.

(Dr. Sven Tode)

(Beifall bei der SPD)

Wir werden 11 Millionen Euro pro Jahr festschreiben, darauf kann sich die Hamburger Wissenschaft verlassen. Dafür danke ich dem Senat und insbesondere der Wissenschaftssenatorin sehr herzlich, denn das ist angesichts der Haushaltslage keine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Till Steffen GAL*: Was habt Ihr mit dem eigenen Geld gemacht?)

– Glücklicherweise muss hier niemand sein eigenes Geld mitbringen.

Ich fasse zusammen. Mit der Neuausrichtung der Forschungsförderung fügen wir unserer Politik für eine starke Wissenschaft in Hamburg einen weiteren Baustein hinzu, so, wie wir es mit der Überkompensation der Studiengebühren, den Hochschulverträgen und den Neubauprojekten bereits getan haben. Klarheit, Verantwortlichkeit und Verlässlichkeit – das sind und bleiben die Leitlinien unserer Politik. Und heute gehen wir einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Stärkung des Hochschulstandorts Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Kleibauer, Sie haben das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Tode, zuerst einmal herzlichen Glückwunsch zu Ihrem heutigen Geburtstag, aber ich habe das leichte Gefühl, dass, wenn Sie einen Wunsch frei gehabt hätten und sich das Thema der Rede heute hätten wünschen können, doch lieber ein anderes gewählt hätten als das dieser Drucksache, auf die Sie nicht so stark eingegangen sind.

Ich fand es sehr bemerkenswert, dass Sie gleich zu Anfang auf die Erfolge der Hamburger Hochschulen beim Qualitätspakt Lehre abgestellt haben und die Forschungsmittel für das UKE erwähnt haben. Denn was unseren Hochschulen im Moment massiv zugute kommt, ist nämlich eine deutliche Mittelausweitung der schwarz-gelben Bundesregierung mit Hochschulpaktmitteln, mit Exzellenzinitiativen, mit Qualitätspakt Lehre und vielem anderem. Das hilft den Hochschulen ungemein, Ihre Wissenschaftspolitik in Hamburg hilft leider wenig.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben sich bemüht, die Neuausrichtung der Landesforschungsförderung in Worte zu kleiden und zu begründen, aber Sie wissen doch selbst, dass es keine großartige Neuausrichtung gibt. Die Neuausrichtung ist ein Deckmantel, um eine erfolversprechende Stiftung abzuwickeln. Ich sage erfolversprechend, ich sage nicht, dass diese Stiftung schon jahrelang erfolgreich war. Sie befand

sich im Aufbau, und gerade bei Stiftungen braucht man einen längeren Atem. Was Sie machen ist sehr kurzsichtig. Sie behaupten frank und frei, die Stiftung sei eine Fehlkonstruktion, weil Sie vielleicht nicht im Detail verstanden haben, wie das mit den Reallasten ist. Schauen Sie sich doch bitte einmal die Stiftung Loki Schmidt für Naturschutz an, ein Highlight-Antrag der SPD bei den Haushaltsberatungen. Wie ist die denn ausgestattet? Ihr Antrag war, dieser Stiftung 30 000 Euro mehr zu geben, hier haben Sie moniert, dass nur 50 000 Euro als Kapital da sind. Das finde ich sehr bemerkenswert.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Was bedeutet die Auflösung dieser Stiftung im Einzelnen? Rechtlich garantierte, zweckgebundene Mittel für die Forschungsförderung werden abgeschafft, genau das bedeutet es. Im Moment sind die Mittel sogar zweifach gesichert, zum einen durch das Grundbuch, zum zweiten durch das Gesetz, Herr Tode, beides wollen Sie kippen.

Das Fördervolumen – ich glaube, da haben Sie bei den Ausschussberatungen etwas falsch verstanden – wird deutlich von 11 Millionen Euro auf 3,6 Millionen Euro in einigen Jahren reduziert. Bei der Vorlage dieser Drucksache hat die Senatorin gesagt, alles bliebe gleich. Das Erste, was im Ausschuss auf den Tisch kam, war ein Plan, aus dem hervorging, dass in den nächsten Jahren stufenweise das verbleibende Geld für die Landesforschungsförderung auf 3,6 Millionen Euro abgesenkt wird. Das sind gerade 30 Prozent von den 11 Millionen Euro, Herr Tode. Das ist ein sehr schwaches Signal.

(Beifall bei der CDU)

Einzelne Förderlinien werden zukünftig gar nicht mehr angeboten, und ein mit namhaften externen Wissenschaftlern besetztes Vergabegremium wird abgeschafft. Stattdessen will die Fachbehörde über die Mittel in letzter Instanz selbst entscheiden. Damit wächst doch ganz klar die Gefahr, dass die wenigen verbleibenden Mittel zu einer Dispositionsmasse der Senatorin werden, dass sie eben nicht mehr zweck- und zielgerichtet eingesetzt werden. Das ist keine langfristige Politik und schafft eben keine Verlässlichkeit, Herr Tode.

(Beifall bei der CDU)

Diese Sorge ist durchaus begründet. Man muss sich nur einmal ansehen, welche Haushaltsanträge Ihre Fraktion – da waren Sie, Herr Tode, noch nicht dabei – in den vergangenen Jahren gestellt hat und was die Gegenfinanzierung war. Zur Gegenfinanzierung hieß es immer, wir nehmen Mittel aus der Forschungsförderung oder aus der Wissenschaftsstiftung. Sie haben die Mittel wahrscheinlich längst für andere Dinge verplant, das sollten Sie dann aber auch ehrlich sagen.

(Thilo Kleibauer)

(Beifall bei der CDU – *Hans-Detlef Roock*
CDU: Genau!)

Dass Ihr Verfahren nun unbedingt transparenter ist als eine eigenständige Stiftung, die im Übrigen berichtspflichtig ist – die Senatorin hat nach der Haushaltsausschusssitzung dann auch gemerkt, dass das Gesetz einen öffentlichen Bericht verlangt, der dann hektisch einige Tage später vorgelegt wurde, wobei dieser Bericht nicht sehr aussagekräftig ist –, dass es transparenter sein soll, wenn die Behörde im Ausgabenbereich Wissenschaft, der mehr als 600 Millionen Euro umfasst, das Geld hin und her schiebt, ist nicht der Fall, sondern es ist genau das Gegenteil.

Hamburg hat in den vergangenen Jahren viele Anstrengungen unternommen, die Hochschulen zukunftsfähig auszustatten.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Super!)

Wir haben die Landesexzellenzinitiative gestartet, Sie verabschieden sich jetzt davon, Herr Dr. Dressel, Sie verweigern für die Projekte der Landesexzellenzinitiative die Anschlussperspektive. Das ist nicht gut, das wird die Hochschulen wirklich belasten.

Man kann darüber diskutieren, welche Form der Forschungsförderung am Besten ist. Meiner Meinung nach spricht vieles für die selbstständige und unabhängige Stiftung. Alles andere wird nur dazu führen, dass die Institute mit den Haushaltsberatungen wechselnde Mittel haben. Außerdem muss man berücksichtigen – darauf sind Sie gar nicht eingegangen –, dass eine Stiftung, so ist auch die Wissenschaftsstiftung ausgelegt, eine Plattform für Zustiftung darstellt. Diese Zustiftung hat es gegeben, zwar nur eine, aber in deutlicher Millionenhöhe.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Eine einzige! 1 Million!)

– Das können Sie so abtun, aber es ist immerhin 1 Million, im Übrigen 1 Million jährlich über mehrere Jahre hinweg; das finde ich relativ schwach.

Sie müssen einer Stiftung doch die Chance geben, das weiter auszubauen. Alles andere ist eine Beschädigung, und das wird auch außerhalb Hamburgs wahrgenommen. Sie wollen mit der Hamburger Universität in die Achtzigerjahre zurück, aber wir leben doch nicht nur in unserer Hamburger Welt. Wir müssen uns doch auch ansehen, was andere Bundesländer im Bereich Wissenschaft, im Bereich Forschungsförderung auf den Weg gebracht. Sie machen ganz klar einen Rückschritt, und das droht den Wissenschaftsstandort zu beschädigen. Und es führt dazu, dass Mittel, die bislang in einem Wettbewerbsverfahren eingeworben wurden, bei dem die Qualität der Anträge entscheidet, jetzt nach Gusto der Senatorin in einem sehr bürokratischen Verfahren verteilt werden. Das

macht die Sache nicht besser, deshalb lehnen wir diese Drucksache heute ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Dr. Gümbel, Sie haben das Wort.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch von uns zunächst einmal herzlichen Glückwunsch an die Hamburger Hochschulen, dass sie sich so gut im Wettbewerb geschlagen haben. Aber, das hat der Kollege Kleibauer schon ausgeführt, es ist kein Hamburger Geld, das den Hochschulen zugute kommt, es ist wieder einmal Geld, das aus Berlin kommt, wieder einmal Geld, das von der schwarz-gelben Regierung zur Verfügung gestellt wird.

(Beifall bei der FDP und bei *Dennis Gladiator* und *Birgit Stöver*, beide CDU)

Es wäre schön, wenn es auch einmal Hamburger Geld wäre, aber mit der vorliegenden Drucksache leitet der Senat eine radikale Umkehr in der Forschungsförderung ein. Die Hamburger Hochschulen haben die Gründung der Forschungs- und Wissenschaftsstiftung Hamburg als einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Forschungsstandorts Hamburg interpretiert. Die mit der Wissenschaftsstiftung einhergehende bundesweite Sichtbarkeit der Hamburger Forschungspolitik hat auch einen Motivationsschub an den Hochschulen zur Beteiligung an den Wettbewerbsverfahren ausgelöst. Diesem Motivationsschub setzen Sie, Frau Stapelfeldt, ein jähes Ende. Sie schränken den Spielraum der Landesforschungsförderung massiv ein und implementieren wieder ein behördengesteuertes Verfahren anstelle eines wissenschaftsgesteuerten. Für die SPD heißt gutes Regieren anscheinend Verwaltung stärken.

Der materielle Spielraum der Landesforschungsförderung wird gleich mehrfach eingeschränkt. Zum einen verabschieden Sie sich von der Anhebung des Fördervolumens auf 15 Millionen Euro ab 2015. Herr Tode, Sie haben offensichtlich nicht richtig mitbekommen, dass ab 2015 das Fördervolumen erhöht werden sollte. Das kann man übernehmen, Sie haben auch ansonsten viel aus dem schwarz-grünen Haushalt übernommen. Schade, dass Sie das an dieser Stelle nicht getan haben.

(Beifall bei der GAL)

Zum anderen wollen Sie die Kofinanzierung der Landesexzellenzinitiative aus den Mitteln der Landesforschungsförderung aufwenden. Das bedeutet – der Kollege Kleibauer hat es eben ausgeführt und auch die Senatorin hat es im Haushaltsausschuss dargelegt – ein Absenken der Forschungsmittel auf 3,6 Millionen Euro. Wir können rechnen, Herr Tode, es bleiben nur noch 3,6 Millionen Euro

(Dr. Eva Gümbel)

übrig, wenn man 7,8 Millionen von 11 Millionen Euro abzieht. Insbesondere für die kleineren Hochschulen, die Sie in Ihrem Beitrag vorhin auch angesprochen haben, hat das erhebliche Konsequenzen, und es wird wahrscheinlich auch Ihnen nicht verborgen geblieben sein, dass sich besonders die kleinen Hochschulen energisch gegen die Abschaffung der Stiftung gewehrt haben. Die Mehrheit der SPD wird diese Stiftung heute abschaffen.

Bei den nun bereitgestellten Mitteln ist kein Ausgleich für Kostensteigerungen, Lohnerhöhungen und dergleichen vorgesehen. In der Drucksache ist noch nicht einmal eine Steigerung der Mittel um die hier und an mehreren Stellen immer wieder angeführten 0,88 Prozent anvisiert, die im Vertrag zwischen dem Senat und den Hochschulen eine Rolle spielen. Das finde ich auch bemerkenswert. Es verwundert nicht, dass die Wissenschaftssenatorin vor diesem Hintergrund im Wissenschaftsausschuss zugestehen musste, dass diese Form der Finanzierung der neuen Landesforschungsförderung von den Hochschulen sehr deutlich kritisiert wurde. Aber damit nicht genug. Statt der Steuerung durch ein selbstständiges Kuratorium, wie bei der Wissenschaftsstiftung, und der Entscheidung über eingereichte Projekte durch einen externen Vergabeausschuss setzen Sie nun auf die komplette Übernahme der Landesforschungsförderung durch die Wissenschaftsbürokratie. Künftig entscheidet allein die Wissenschaftsbehörde, welche Forschungsvorhaben gefördert werden. Dies wird nur sehr mühsam durch die Ernennung von Beratergremien kaschiert, die laut Drucksache auch nur Empfehlungen abgeben, aber keine Entscheidungen treffen dürfen. Ich finde das sehr schade. Die Entscheidung zur Abschaffung der Wissenschaftsstiftung ist daher auch eher ideologischer Natur als das Ergebnis fachlicher Prüfung. Dieser fachlichen Prüfung haben Sie sich verweigert. Nicht nur, dass Sie keine Evaluation über die Arbeit und Wirksamkeit der Stiftung vorgenommen und das Ergebnis dem Ausschuss präsentiert haben, Sie haben sich auch unserem Wunsch verweigert, eine Expertenanhörung im Ausschuss durchzuführen.

(Hans-Detlef Roock CDU: Das machen Sie ja überall!)

Ich nehme stark an, dass Sie bei dieser Haltung die Sorge umtrieb, dass der wissenschaftliche Sachverstand zu dem Urteil kommen würde, zu dem auch wir gekommen sind, nämlich, dass die Wissenschaftsstiftung ein wichtiges Zeichen zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit der Forschung an Hamburger Hochschulen war. Was Sie nun vorhaben, bedeutet nichts weiter, als diese Motivation zunichtezumachen. Statt auf die national und international sichtbare Stärkung des Forschungsstandorts Hamburg setzen Sie nun auf den alten, provinziellen Mief aus vergangenen Jahrzehnten unter patriarchalischer Leitung der Behörde.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Wenn das nicht Ideologie ist, fall' ich vom Hocker!)

Sie stehen zwar an der Spitze, Frau Dr. Stapelfeldt, aber das ändert nichts. Die Abschaffung der Wissenschaftsstiftung ist ein klarer Rückschritt für den Forschungs- und Hochschulstandort Hamburg. Dem werden wir nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei Thilo Kleibauer CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Schinnenburg, Sie haben das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, dass hier im Haus eine gewisse weihnachtliche Stimmung eingekehrt ist. Wie anders ist es zu erklären, dass Herr Senator Neumann so nett zu der Opposition ist. Außerdem haben Sie, Herr Dr. Tode, Geburtstag. Deshalb habe ich mir vorgenommen, meine Rede vom Wording her etwas zu entschärfen. Das Wort vom Amoklauf der Senatorin habe ich herausgestrichen. Wir wollen es heute ein bisschen freundlicher halten.

Meine Damen und Herren! Was wir hier vorliegen haben, bedeutet einen gewaltigen Rückschritt für die Hamburger Hochschulen. Frau Senatorin Stapelfeldt macht nicht diesen Lauf, das nicht, aber sie setzt ihren falschen Kurs fort. Woraus besteht der falsche Kurs? Erstens, es gibt weniger Geld für die Hochschulen, aber dafür, zweitens, mehr Bevormundung. Das ist ein falscher Weg, den lehnt die FDP ab.

(Beifall bei der FDP)

Erstens: weniger Geld. Statt 15 Millionen Euro sind es nur noch 11 Millionen Euro. Es findet noch nicht einmal ein Inflationsausgleich statt, Frau Gümbel wies auf die 0,88 Prozent hin. Wenn Sie das bis 2020 hochrechnen, dann bekommt die Forschung allein dadurch real 25 Prozent weniger.

Zweitens: Ab 2016 weitgehende Blockade der Mittel für nur zwei Exzellenzcluster. 2020 werden nur noch 3,6 Millionen Euro für alle anderen Projekte zur Verfügung stehen, für die bisher 11 beziehungsweise 15 Millionen Euro zur Verfügung standen. Wenn Sie beide Faktoren zusammenrechnen – die reale Abwertung und die Entziehung von Geld –, dann haben Sie im Jahr 2020 gerade noch ein Viertel der Gelder, die jetzt zur Verfügung stehen. Da hätten Sie das auch gleich ganz abschaffen können. Das ist die komplette finanzielle Auszehrung der Forschungsförderung – welcher Unterschied zu anderen Standorten. Weltweit gibt es Investitionen in Forschung. Zu Recht wurde selbst von Herrn Tode gesagt, dass bundesweit durch die schwarz-gelbe Bundesregierung mehr Geld für die Forschungsförderung da ist, wovon auch Hamburg etwas abbekommt.

(Dr. Wieland Schinnenburg)

(Beifall bei der FDP)

Nur in Hamburg blutet die Forschungsförderung aus. Das ist ein katastrophales Zeichen für den Forschungs- und Hochschulstandort Hamburg, ein weiterer Schritt von den vielen Punkten, die in wenigen Monaten manches kaputt gemacht haben und weiterhin machen werden.

Nächster Punkt, mehr Bevormundung. Wir erleben hier nichts anderes als die Verstaatlichung der Forschungsförderung. Über mindestens zehn Jahre war es unter Wissenschaftspolitikern fast Konsens, zumindest deutschlandweit, dass wir mehr Autonomie für Forschung und Wissenschaft brauchen. Hier passiert das Gegenteil. Die Forschungsförderung wird an das Gängelband der Behörde gelegt.

Bisher gab es im Kuratorium der Wissenschaftsstiftung – ich habe es nachgelesen – drei von der Bürgerschaft gewählte Mitglieder, fünf Vertreter der Wissenschaft und zwei Vertreter der Wirtschaft. Durch diese externe Lösung gab es gesicherte Qualität, da überwiegend Personen, die die Wissenschaft und deren Bedeutung für die Arbeitswelt kennen, bestimmt haben. Jetzt wird eine Entscheidung durch die Behörde getroffen. Es gibt zwar noch eine Beratung durch den Beirat, aber raten Sie mal, wer den Beirat besetzt – richtig, die Behörde. Wir haben am 25. Oktober im Wissenschaftsausschuss nachgefragt, ob sich der Senat oder die Behörde schon Gedanken darüber gemacht haben, wer in diesen Beirat kommen sollte. Die Antwort: gremienerfahrene Personen. Welch ein nettes Wort für roten Filz.

(Beifall bei der FDP und der GAL)

Diejenigen, die sich bisher im Sinne der Senatorin in den Gremien bewährt haben, sollen sie nun gleich auch noch beraten, damit sie sie, sollte sie wieder erwarten einmal etwas falsch machen, darauf aufmerksam machen können. Der Fall ist klar: Hier wird nach rotem Filz vorgegangen.

Nun gibt es natürlich – Herr Tode hat das komischerweise nicht erwähnt, aber es steht in der Drucksache – eine Begründung, warum man so verfährt – ich zitiere –:

"[...] die Budgethoheit der Bürgerschaft und die politische Verantwortung des Senats [soll] wieder hergestellt [werden]."

– Zitatende.

Trotz Weihnachtsstimmung: Das ist nichts anderes als eine Verhöhnung. Wenn bisher drei Vertreter der Bürgerschaft im Kuratorium waren und jetzt die Behörde alleine entscheidet, dann ist das nicht mehr Macht für die Bürgerschaft, sondern schlicht und einfach weniger.

(Beifall bei der FDP und bei *Jens Kerstan GAL*)

Die Bürgerschaft hat weniger Einflussmöglichkeiten und nicht mehr. Das ist das Gegenteil von dem, was der Senat in seiner Begründung behauptet.

Auch ein zweiter Punkt wurde nicht erwähnt – auch er gehört zur Bevormundung oder man könnte auch sagen, zur sozialdemokratischen Ideologie –, der Ausschluss der privaten Hochschulen. Es steht gleich drei- oder viermal in der Drucksache, dass es Geld aus diesem neuen Topf nur für die staatlichen Hochschulen geben wird.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Nein, vorrangig steht hier!)

– Nicht vorrangig, ausschließlich. Wir haben im Wissenschaftsausschuss nachgefragt, Frau Heyenn, das ist nur für die staatlichen Hochschulen. Sie fanden das doch gerade toll, denn Sie mögen die privaten Hochschulen ja nicht.

Derselbe Senat, der sich gern mit der Bucerius Law School und der HSBA schmückt, schließt diese beiden Hochschulen von vornherein kategorisch von jeder Forschungsförderung aus. Das ist doppelzünftig, das ist unfair und das gibt es mit der FDP nicht.

(Beifall bei der FDP)

Senatorin Stapelfeldt hält Kurs: Erstens gibt es weniger Geld, zweitens mehr Bevormundung. Diese Drucksache ist ein Gruselkabinett. Dazu sagt die FDP zweimal Nein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man nach Ihnen spricht, Herr Schinnenburg, dann weiß man wieder, wo der Kampfesmut herkommt.

Die GAL hatte eine Idee, sie wollte eine Wissenschaftsstiftung für Hamburg gründen. Dazu sollte ein ordentliches Stiftungskapital gehören, nämlich 1 Milliarde Euro. Das war, bevor sie in die schwarz-grüne Koalition eintrat. Die schwarz-grüne Koalition hat dann tatsächlich eine Wissenschaftsstiftung beschlossen. In allen Zeitungen stand: Schwarz-grüner Senat steckt 375 Millionen Euro in die Wissenschaftsförderung. Das war aber eine Luftbuchung. Wenn Sie sagen, Herr Kleibauer, das sei eine erfolgreiche Stiftung gewesen, dann kann ich nur sagen, dass das eine Finanzblase war. Es wurden Reallasten eingetragen, also nicht einmal Hypotheken, die ständig von irgendwelchen öffentlichen Gebäuden gewechselt werden konnten. Man hat über den Haushalt 15 Millionen Euro in die Forschungsförderung gegeben und so getan, als seien diese 15 Millionen Euro die handelsüblichen Zinsen. So ist man dann auf diese wahnsinnigen

(Dora Heyenn)

ge Summe gekommen, dass 15 Millionen Euro Zinsen angefallen wären bei einem Stiftungskapital von 375 Millionen Euro – das gab es aber überhaupt nicht. Deshalb sind wir von der LINKEN froh, dass diese Nicht-Stiftung abgeschafft wird. Das finden wir ausgesprochen gut.

(Beifall bei der LINKEN)

Es war auch der schwarz-grüne Senat, der die Summe von 15 Millionen auf 11 Millionen Euro gesenkt hat. Sie haben zwar versprochen, die Summe wieder zu erhöhen, aber das war nur ein Versprechen. Auch insofern kann man nicht von erfolgreich sprechen.

Als die Stiftung 2009 gegründet wurde, gab es zudem anfangs die Hoffnung auf immense Zustiftungen. Tatsächlich ist es bei einer Zustiftung in Höhe von 1 Million Euro geblieben, und das ist wirklich der Rede nicht wert.

(*Dr. Eva Gumbel GAL: Na, na!*)

Wir begrüßen es sehr, dass die Vergabegremien abgeschafft werden und Bürgerschaft und damit auch der Senat die Mittelvergabe jetzt wieder in Hoheit verwalten. Ich möchte gern einmal wissen, warum es eine Bevormundung ist, wenn die Bürgerschaft und die Wissenschaftsbehörde darüber beschließen, welche Mittel in welche Wissenschaftsförderungen gehen, es aber keine Bevormundung ist, wenn ein Gremium darüber beschließt. Diese Logik kann ich nicht verstehen.

Sie haben darauf hingewiesen, dass bisher drei Mitglieder des Vergabegremiums aus der Bürgerschaft, zwei aus der Wissenschaftsbehörde und zwei aus der Wirtschaft gekommen sind. Wenn wir das auf unser heutiges Parlament übertragen würden, dann kämen die drei Bürgerschaftsabgeordneten doch auch aus der Regierungsfraktion. Was ist denn da der Unterschied? Dann ist es doch wirklich besser, die ganze Bürgerschaft beschließt darüber und hinterher die Behörde, als irgendein sogenanntes unabhängiges Expertengremium, das es sowieso nicht gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die staatlichen Hochschulen bevorzugt behandelt werden. Ich sage es Ihnen gerne noch einmal, Herr Schinnenburg: Eine private Hochschule wie die Bucerius Law School, die pro Trimester 3000 Euro Studiengebühren nimmt, ist mit Sicherheit nicht so sehr auf Forschungsförderung angewiesen wie die HAW, die HFBK, die Uni Hamburg und die TUHH. Deswegen begrüßen wir es ausgesprochen, dass die Förderung hauptsächlich an die staatlichen Hochschulen geht, denn diese brauchen das Geld dringend.

Wir kritisieren, dass die unter Schwarz-Grün vorgenommene Absenkung der Fördermittel von 15 Millionen auf 11 Millionen Euro fortgesetzt wird und

appellieren an die Mehrheitsfraktion und den Senat, diese Absenkung zu beenden. Langfristig hoffen wir, dass deutlich mehr Geld in die Landesforschungsförderung fließt, denn das brauchen die Hamburger Universitäten und Hochschulen. Wir werden nicht locker lassen und das immer wieder einfordern.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Senatorin Dr. Stapelfeldt, Sie haben das Wort.

Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wissenschaft und Forschung haben für die Entwicklung einer Metropole wie Hamburg eine herausragende Bedeutung, und aus diesem Grund ist eine besondere Förderung der Forschung in Hamburg durch die Stadt über die gemeinschaftsfinanzierte Förderung hinaus aus meiner Sicht auch unerlässlich. Deshalb debattieren wir heute über die Neuausrichtung der Landesforschungsförderung und die damit verbundenen organisatorischen Veränderungen. Es hat vorhin eine Geschäftsordnungsdebatte über die Frage gegeben, ob es heute eine zweite Lesung geben sollte oder nicht. Wir haben einige Argumente gehört, ich will einige von ihnen aufgreifen.

Der Senat hat die Drucksache zur Neuordnung der Landesforschungsförderung am 13. September beschlossen und der Bürgerschaft unverzüglich zugeleitet. Das ist jetzt drei Monate her und Sie können mir nicht erzählen, dass es in diesen drei Monaten ein Verfahren gegeben hat, das die Beratungen erschwert hätte, sondern im Gegenteil. Dieses Gesetz ist keinesfalls in einem übereilten Verfahren beraten und entschieden worden. Ich glaube auch nicht, dass die CDU-Fraktion vorhatte, wenn es jetzt nicht zu einer zweiten Lesung kommen würde, eine weitere Beratung, in welchem Ausschuss auch immer, durchzuführen. Das kann also kein schlüssiges Argument sein.

Aber worum geht es denn, wenn die zweite Lesung verweigert werden soll? Es geht doch schlicht darum, dass dann das Gesetz in der bisherigen Form gelten und damit genau das eintreten würde, was eben schon beschrieben worden ist, dass nämlich noch in diesem Jahr Reallasten in einer Größenordnung von 5 Millionen Euro auf Grundstücke der Hochschulen eingetragen werden müssten. Diese Reallasten werden nach dem Gesetz in die Stiftung eingelegt und diese Mittel können dann auch eingefordert werden. Das ist der eigentliche Grund, um die Änderung vor dem Jahreswechsel zu verhindern. Ich wäre der Bürgerschaft sehr verbunden, wenn die zweite Lesung tatsächlich morgen stattfinden könnte,

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Ist schon beschlossen!*)

(Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

um genau diese Übertragung von Mitteln nicht möglich zu machen.

Warum ist diese Drucksache neben der inhaltlichen Neuordnung der Landesforschungsförderung notwendig gewesen? Im November 2009 hat es einen Beschluss des letzten Senats gegeben, mit dem die Mittel für die Stiftung von 15 Millionen auf 11 Millionen Euro abgesenkt worden sind. Was bedeutet das eigentlich? Wir haben in der Bürgerschaft Anfang Januar 2009 eine Drucksache zur Errichtung der Wissenschaftsstiftung erhalten – ich kann "wir" sagen, weil ich damals noch dazugehörte –, im April ist die Errichtung der Stiftung beschlossen worden und sieben Monate später hat der damalige Senat die Mittel von 15 Millionen Euro um 4 Millionen auf 11 Millionen Euro reduziert. Er hat diesen Beschluss insoweit wirksam gemacht, als dass der Etat für den Haushalt 2011/2012 abgesenkt worden ist, aber es hat in der Folge daraus keine gesetzlichen Veränderungen gegeben. Das haben wir wunderbarerweise geerbt und mussten es in diesem Jahr umsetzen. Das heißt, weder der Haushaltsplan noch die mittelfristige Finanzplanung sahen das vor, was hier vielfach eingefordert worden ist, nämlich statt 11 Millionen Euro 15 Millionen Euro möglich zu machen. Da muss man auch an dieser Stelle bitte einigermaßen solide in der Argumentation bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Ideengeber der Stiftung war Willfried Maier von der GAL. Wir können uns noch gut an die Diskussionen hier im Haus erinnern. Die Errichtung der Stiftung war immer mit der Idee verbunden, dass das Volumen ganz sicher vor dem Zugriff der Bürgerschaft sein sollte. Ich habe eben ausgeführt, dass es schon sieben Monate nach Errichtung der Stiftung anders gekommen ist. Dieses mehrfach vorgebrachte Argument zieht also wirklich nicht mehr. Wir haben gesehen, dass auch kurzfristige Spärentscheidungen des letzten Senats die Mittel verringert haben.

Jetzt wird die Bürgerschaft ihr Budgetrecht zurück- erhalten, weil das fragwürdige Finanzierungskonstrukt der Wissenschaftsstiftung abgelöst wird. Man sollte meinen, dass es bei einer Stiftung ein Stiftungskapital gäbe, dessen Erträge für die Zwecke der Stiftung genutzt werden. So war aber die Wissenschaftsstiftung nie aufgebaut; sie war nie eine selbstständig lebensfähige Stiftung, sondern es ging immer nur um die Umleitung von Finanzmitteln aus dem Haushalt.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Die Wissenschaftsstiftung hat in den letzten Jahren Vergabeentscheidungen getroffen und Projekte bewilligt. Diese Bewilligungen sind sichergestellt und auch die sechs Projekte – möglicherweise kommen noch zwei hinzu –, für die mit der neuen

Entscheidung 6,5 Millionen Euro vorgesehen sind, sind bis 2014 in ihrer Finanzierung sichergestellt. Hier wird es keinen Sprung geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat plant, die Landesforschungsförderung auch in den kommenden Jahren ab 2013 jeweils mit 11 Millionen Euro im Jahr möglich zu machen, und wir wollen dies in einer für die Öffentlichkeit transparenten Form tun. Wir wollen die Mittel so einsetzen, dass wir hervorragende profilbildende Forschungsinitiativen an den Hochschulen unterstützen und neue Projekte und Potenzialbereiche fördern, und bei den Förderentscheidungen werden wir selbstverständlich externen Sachverständigen zur Qualitätssicherung einbeziehen.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass einige Anteile der 11 Millionen Euro in den kommenden Jahren schon anders beplant sind. Wir wollen einen Teil der Mittel für die Finanzierung der Nachhaltigkeitsmaßnahmen der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern verwenden, sofern die beiden Cluster zur Klimaforschung und zur Physik erfolgreich sind. Diese Form der Finanzierung mussten wir wählen, weil es für diese beiden Exzellenzcluster in der Finanzplanung keine Vorsorge durch Schwarz-Grün gegeben hat. Ich hoffe und ich bin zuversichtlich, dass diese beiden Cluster erfolgreich sein werden. Dann wird die Stadt ihre Verpflichtung auch einhalten.

(Beifall bei der SPD)

Somit stehen, das sage ich noch einmal ganz deutlich, für die Landesforschungsförderung 2013 11 Millionen Euro, 2014 11 Millionen Euro, 2015 10,6 Millionen Euro und 2016 8,1 Millionen Euro zur Verfügung, sofern wir dann langsam aufbauend die Verstärkung der beiden Forschungscluster für Physik und Klimawissenschaften aus Hamburger Mitteln extra finanzieren. Es ist nichts anderes als Forschungsförderung, was wir damit machen. Es ist keine Zweckentfremdung, sondern im Kern tatsächlich genau das, was mit der Stiftung vorgesehen war und wir mit der Landesforschungsförderung in Hamburg machen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Außer der Forschung an den Hochschulen, die wir finanzieren, stellen wir jährlich rund 75 Millionen Euro für außeruniversitäre Forschung in Hamburg zur Verfügung und werden natürlich auch den zwischen Bund und Ländern vereinbarten Pakt für Forschung und Innovation umsetzen, der den außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine jährliche Steigerung der Zuwendung um 5 Prozent bis 2015 garantiert. Wir werden also durch die neugestaltete Landesforschungsförderung einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Forschung in Hamburg leisten. Wir stärken das Budgetrecht der Bürgerschaft und wir werden die strategischen Ent-

(Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

wicklungen bei der Forschung in Hamburg selbst positiv gestalten können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zu Abstimmung.

Wer möchte Ziffer 1 der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 beschlossen.

Wer möchte Ziffer 2 der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Auflösung der Wissenschaftsstiftung Hamburg aus Drucksache 20/1543 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Gesetz in erster Lesung beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat der für morgen vorgesehenen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Dann wird die zweite Lesung in der morgigen Sitzung durchgeführt.

Wir kommen zu Punkt 8 unserer Tagesordnung, Drucksache 20/1772, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Mittelstandsvereinbarung für Hamburg.

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Mittelstandsvereinbarung für Hamburg
– Drs 20/1772 –]**

Das Wort wird gewünscht von Frau Prien und sie hat es.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt kommen wir zu einer aufregenden Debatte, Sie können also alle wieder aufwachen.

Handwerk und Mittelstand sind Rückgrat und Seele und auch das Gesicht unserer Hamburger Wirtschaft. Wie wir alle wissen, sind die mittelständischen Unternehmen der Hauptarbeitgeber in unserer Stadt, sie beschäftigen rund 70 Prozent der Erwerbstätigen und bilden 80 Prozent der Auszubildenden aus. Fast 50 Prozent der Investitionen werden von mittelständischen Unternehmen getätigt. Wir Hamburger sind deshalb zu Recht stolz auf die Tradition des freien Unternehmertums, das sich seit Jahrhunderten im Mut zum Risiko, in der hamburgischen Kaufmannstradition, in Weltoffenheit und in der Verantwortung für Arbeitnehmer und unsere Stadtgesellschaft ausdrückt. Die Bereitschaft zur Verantwortung und die Fähigkeit zur Innovation waren und sind das Erfolgsrezept der Hamburger Unternehmen und es bleibt vornehme Aufgabe der Hamburger Politik, die Rahmenbedin-

gungen für den Hamburger Mittelstand unter sich ständig verändernden Rahmenbedingungen und Wettbewerbsbedingungen zum Wohle der Unternehmen und der Arbeitnehmer stetig anzupassen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben gerade in den letzten Jahren erlebt, dass Hamburg die Finanz- und Wirtschaftskrise weit besser überstanden hat als andere Wirtschaftsräume, weil wir einen starken Mittelstand und eine stabile Wirtschaftsstruktur haben. Kern dieser Wirtschaftsstruktur ist der Hamburger Mittelstand.

Es ist zu Recht Selbstverständnis des Hamburger Mittelstands, der durch die Handelskammer, die Handwerkskammer und die Unternehmensverbände selbstbewusst vertreten wird, die Standortattraktivität in unserer Stadt entscheidend mitzuprägen. Es war deshalb eine der ersten Maßnahmen der CDU-geführten Regierung in 2001, die Gespräche über die erste Hamburger Mittelstandsvereinbarung aufzunehmen. Dieses vertragliche Instrument, in dem Kammern und Senat auf Augenhöhe miteinander vereinbaren, wie die Standort- und Rahmenbedingungen für den Hamburger Mittelstand zu verbessern sind, ist beispielhaft und hat sich als außerordentlich effektiv und erfolgreich erwiesen.

(Beifall bei der CDU)

Nicht umsonst findet sich in der Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage der lakonische Satz:

"Die Ziele der [...] Mittelstandsvereinbarung I wurden bis 2007 erreicht."

Folgerichtig haben Senat und Kammern nach der Zielerreichung 2007 erneut über eine Mittelstandsvereinbarung verhandelt und in 2008 die Mittelstandsvereinbarung II unterzeichnet. Die Antwort des Senats – Zitat –:

"Die Umsetzung der Mittelstandsvereinbarung II [...] ist weit fortgeschritten und wird kontinuierlich weiterverfolgt."

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion unterstützt ausdrücklich eine Fortentwicklung der Mittelstandsvereinbarung II und den Abschluss der Mittelstandsvereinbarung III, um die Rahmenbedingungen für den Hamburger Mittelstand weiter zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

Durch ihr Standpunktepapier von August dieses Jahres hat die Handelskammer erneut entscheidende Impulse für eine Sofortentwicklung gegeben. An dieser Debatte beteiligen wir uns gerne und konstruktiv. Aus Sicht der CDU-Fraktion ergibt sich insbesondere in der Gewerbeflächenversorgung für die Hamburger Unternehmen Handlungsbedarf, die nach wie vor nicht optimal funktioniert. Die Gewerbeflächen sind knapp, die Preise hoch

(Karin Prien)

und das Erfassungs- und Vermarktungssystem funktioniert ebenfalls nicht optimal. Die Erfassung der flächenbezogenen Daten ist mangelhaft und unzureichend, und auch die Qualität der Flächen. Die unklaren Zuständigkeiten, die fehlende EDV-technische Verknüpfung der unterschiedlichen Dienststellen und die nach wie vor zu wenig offensive Vermarktungsstrategie können ebenfalls nicht zufriedenstellen. Für uns steht daher neben dem Pakt für den Wohnungsbau die Entwicklung eines Pakts für Gewerbeflächen und eine professionelle und wirtschaftsfreundliche Flächenvergabe im Vordergrund. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Initiative der Handelskammer für die Errichtung von Technologieparks und Gewerbehöfen.

Im Übrigen teilen wir die Auffassung der Handelskammer, nach der die Praxis der Hamburger Wirtschaftsförderung noch nicht an allen Ecken und Enden zufriedenstellen kann. Wenn fast die Hälfte des Hamburger Mittelstands keine oder nur geringe Kenntnisse über bestehende Förder- und Beratungsprogramme hat, müssen wir zumindest ein Kommunikationsproblem konstatieren, das beherrscht angegangen werden muss.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*)

Aus unserer Sicht kommt hierbei der bezirklichen Wirtschaftsförderung eine Schlüsselrolle zu, die im Ergebnis der durch den CDU-Senat durchgeführten Bezirksverwaltungsreform eingerichtet wurde. Die Bezirkswirtschaftsförderung muss gestärkt und finanziell besser ausgestattet werden.

(Beifall bei der CDU)

Es ist sicher auch richtig, sämtliche Fördereinrichtungen und Programme auf den Prüfstein zu stellen. Falsch wäre es allerdings, erfolgreich arbeitende Institutionen, etwa die Innovationsstiftung, in ihrer erfolgreichen Arbeit anzutasten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Enttäuscht sind wir in diesem Zusammenhang, Herr Senator, über die Fortschritte in der Innovationspolitik. Wir hatten gedacht, dass Sie nun, wo Ihre Behörde die Innovation in ihrem Namen trägt, in diesem Bereich besonders beherrscht vorangehen würden. Feststellen müssen wir allerdings, dass, obwohl die Vorarbeiten im Rahmen der strategischen Leitlinien in der Innovationsallianz schon geleistet waren, in Sachen Innovation in unserer Stadt seit der Regierungsübernahme so gut wie nichts passiert ist.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch ein anderes Thema zumindest kurz streifen, das Thema Fachkräftemangel. Auch hier hätten wir ein sofortiges, ressortübergreifendes Konzept zur Fachkräftesicherung erwartet, haben aber in der letzten Woche im Sozialaus-

schuss vernehmen müssen, dass wir damit frühestens zum Ende des kommenden Jahres rechnen können. Das ist zu spät, Herr Senator. Wir brauchen jetzt ein Konzept zur Fachkräftesicherung, denn es brennt an allen Ecken und Enden in den Hamburger Unternehmen.

(Beifall bei der CDU)

Zum Abschluss, meine Damen und Herren von der SPD, möchte ich noch auf ein für den Hamburger Mittelstand ganz besonders wichtiges Thema zu sprechen kommen, die Steuerpolitik. Dazu haben wir in den vergangenen Tagen und Wochen ganz Interessantes vom SPD-Bundesparteitag hören können; da gibt es Steuererhöhungsphantasien, die einen geradezu schwindelig machen. Steuererhöhungen, insbesondere die Erhöhung von Substanzsteuern, sind Gift für den Hamburger Mittelstand. Wer Gutes tun will für den Hamburger Mittelstand, Herr Senator Horch, der sollte sich darum bemühen, dass solche Phantasien in Hamburg keine Realität werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat die Abgeordnete Rugbarth.

Andrea Rugbarth SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Aus der Großen Anfrage der CDU hat sich, Frau Prien, obwohl brav gefragt und von der Behörde auch sehr brav beantwortet, wenig Neues für uns in den Fachauschüssen ergeben. Ich habe mir die Frage gestellt, wie denn die Wirtschaftspolitik der letzten zehn Jahre war.

(*Karl-Heinz Warnholz CDU: Erfolgreich!*)

– Dazu komme ich gleich.

Sie haben eine Menge Fragen zu den Mittelstandsvereinbarungen I und II gestellt, die die Behörde auch brav beantwortet hat: welche Projekte es gab, welche Institute es gibt und dergleichen mehr. Was nicht abgefragt wurde, ist die spannende Frage, was in der Wirtschaft eigentlich tatsächlich angekommen ist. Welche Maßnahmen haben gegriffen, welche Maßnahmen haben unsere Wirtschaft vorangebracht? Dass es da nicht so viel gab – einiges ist passiert, aber nicht viel –, ist einer der Gründe dafür, dass Sie im Februar abgewählt worden sind.

(*Roland Heintze CDU: Was? – Klaus-Peter Hesse CDU: Dafür?*)

Finanzen und die Wirtschaft haben nicht gestimmt.

(Zurufe von der CDU)

Da haben Sie Federn gelassen, da können Sie noch so sehr schreien.

(Beifall bei der SPD)

(Andrea Rugbarth)

Insofern finde ich es äußerst sportlich von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, dass Sie zehn Jahre Ihres teilweisen Versagens in diesem Bereich zur Debatte anmelden.

(Dennis Gladiator CDU: Das ist völliger Unsinn!)

Kommen wir einmal zu den Punkten, die im Einzelnen in der Anfrage aufgeführt sind. Ich will gar nicht auf alle Institute und Förderprogramme eingehen. Eines ist auf jeden Fall Fakt: Wir haben nicht zu wenig an Instituten, die sich um Förderung bemühen, und auch nicht zu wenig an Programmen. Sie haben in Ihrer Regierungszeit ganz einfach versäumt, die Spreu vom Weizen zu trennen und zu prüfen, was die Wirtschaft wirklich voranbringt. Ich erinnere nur an den Feuerwehrfonds, den wir zu Anfang des Jahres abgelehnt haben. Er war schon zu dem Zeitpunkt, als er verlängert wurde, eigentlich ein Auslaufmodell. Alle wussten, dass das nicht funktionieren würde, weil die EU Rahmenbedingungen gesetzt hatte, die wir gar nicht erfüllen konnten. Es gab auch de facto keine Förderung irgendeiner Firma in Hamburg, aber das Ding ist mit einem riesigen Getöse durch die Medien gegangen. So wurde Wirtschaftspolitik gemacht. Das kann es ganz einfach nicht sein. Sie haben versäumt, das auszudünnen und auf die Programme zu reduzieren, die wirklich erforderlich sind.

Sie sind auch auf die Gewerbeflächenversorgung eingegangen, Frau Prien. Da gebe ich Ihnen uneingeschränkt recht, ich wundere mich nur, dass Sie sagen, dass alles nicht optimal gelaufen sei. Das ist eine Selbstkritik, die durchaus berechtigt ist. Die Gewerbeflächenversorgung wurde von der Wirtschaft heftig kritisiert. Insbesondere kleine Firmen konnten nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt werden. In Streulagen vernünftige Grundstücke zu bezahlbaren Preisen zu finden, war einfach nicht drin, weil es ein Höchstgebotverfahren gab oder aus welchen Gründen auch immer. Insbesondere in der letzten Phase Ihrer Regierungszeit wurden Gewerbeflächen in Wohnflächen umgemünzt, allerdings ohne Kompensation für die Wirtschaft. Das kann es nicht sein, Sie haben es auch angesprochen, das muss natürlich verändert werden. Insofern gebe ich Ihnen recht, dass wir uns im Wirtschaftsausschuss sicherlich noch über Gewerbehöfe und dergleichen mehr unterhalten müssen. Und sicherlich wird dazu auch etwas in der Mittelstandsvereinbarung III stehen. Sie haben allerdings nicht recht, wenn Sie sagen, dass die Innovation fehle. Wir haben gerade bei den Haushaltsberatungen einen Antrag verabschiedet, zusätzliche Gelder für Innovationen bereitzustellen.

Eines wurde in dieser Drucksache nicht abgefragt, aber das haben Sie auch angesprochen, nämlich der Fachkräftebedarf. Es geht nicht nur darum,

dass wir unsere Fachkräfte weiterbilden und entsprechende Angebote bereitstellen, sondern es geht auch darum, dass wir für diese Fachkräfte, die Hamburg dringend benötigt, Wohnraum bereitstellen, denn sonst kommen sie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Dafür werden wir sorgen, das ist allseits bekannt. Auch Ihre Forderung eines aktiven Flächenmanagements wird von uns vorgebracht. Ich denke, dass wir uns auf einem guten Weg befinden in Richtung Mittelstandsvereinbarung III und freue mich schon auf weitere Diskussionen zum Mittelstand; das erwärmt das Herz jedes Mal. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Dr. Tjarks das Wort.

(Dirk Kienscherf SPD: Was ist mit den Klassenarbeiten?)

Dr. Anjes Tjarks GAL: – Die sind alle fertig.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der deutsche Mittelstand ist immer wichtig. Und wenn man in die Mühen der Ebene kommt, sind die Reihen selten voll. Heute sind sie eher gut besucht und das, obwohl es – Frau Rugbarth sagte es – eigentlich wenig Neues gibt.

Wenn man sich die Große Anfrage anschaut, müssten eigentlich mit den Gewerbeflächen – 100 Hektar gefragt, 100 Hektar sind da – alle zufrieden sein. Ich möchte an dieser Stelle einmal für eine etwas realistischere Betrachtungsweise werben, denn zum einen sind viele dieser Flächen lange in den 100 Hektar und werden scheinbar nicht richtig abgefragt.

(Jens Kerstan GAL: Und werden da auch lange bleiben!)

Zum anderen wollen alle Parteien in diesem Parlament auch den Wohnungsbau vorantreiben. Und drittens – das ist dann der grüne Punkt – müssen wir uns eingestehen, dass die Flächen in Hamburg endlich sind. Deswegen würde ich mir an dieser Stelle eine Debatte wünschen, die stärker in die Richtung geht, wie viel Wertschöpfung wir eigentlich auf städtischen Flächen in Hamburg betreiben wollen, anstatt sich immer sklavisch an dieser Zahl von 100 Hektar festzuhalten.

(Beifall bei der GAL)

Auf die Gefahr hin, dass man sich wiederholt, möchte ich doch zwei Dinge ansprechen, nämlich die Investitions- und Förderbank, denn das macht eigentlich die Mittelstandsfinanzierung aus. Ich finde es gut und positiv, Herr Senator, dass Sie auch die Opposition in nächster Zeit stärker mit einbinden wollen, denn ich glaube, gerade wenn man solche großen Strukturveränderungen machen will,

(Dr. Anjes Tjarks)

ist es immer gut, wenn sie möglichst breit getragen werden, denn große Strukturveränderungen sollte man nicht dauernd wieder ändern.

Ich finde auch gut, dass Sie sagten, dass die Kooperation mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein vorangehe. Sie ist aber in bestimmten Punkten begrenzt, denn wenn sich zwei Bundesländer in Standort- und Einwohnerkonkurrenzen bewegen, ist eine Kooperation derjenigen Institute, die genau diese Konkurrenzen ausleben, begrenzt.

Uns stellt sich noch die Frage, welche Instrumente zur Strukturpolitik Sie anwenden wollen. Wir sind gerade mit dem Fall Sietas-Werft beschäftigt. Mich hat es ein bisschen nervös gemacht, als Herr Völsch einmal sagte, Sietas wäre ein gutes Beispiel für gelungene Strukturpolitik. Strukturpolitik ist eine Chiffre für nicht-marktgängige Kredite, und wenn dann noch politischer Einfluss dabei ist, dann ist man schnell dabei, viel Geld zu versenken. Und gepaart mit der Frage, wie groß und wie umfangreich diese Bank eigentlich sein soll, entstehen natürlich auch einige Kosten bei der Stadt.

Uns ist wichtig, dass in dieser Investitionsbank, wenn denn viele Institutionen dort aufgehen, zwei Dinge passieren. Zum einen gehen nicht alle Institutionen dort auf. Wir werben dafür, die Innovationsstiftung, die eine gute und effiziente Arbeit macht, beizubehalten. Wir würden uns wünschen, dass Sie sich dafür entscheiden könnten, die Innovationsstiftung aus diesem Konzept herauszunehmen. Wir wünschen uns auch – der Kollege Kluth hat es vorgerechnet, es gibt etwa 38 Wirtschaftsförderungsprogramme in Hamburg, bei der Zahl können Sie mich noch korrigieren –, dass mit diesem neuen Institut auch Effizienzsteigerungen verbunden sind.

Wir sollten in nächster Zeit die Debatte um diese Investitions- und Förderbank führen. Das ist die eigentlich spannende Debatte, um den Mittelstand in dieser Stadt voranzubringen. Ich freue mich auf diese Debatte, wenn Sie das Konzept vorgelegt haben. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Kluth, Sie haben das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senat hat in seinem Arbeitsprogramm das Ziel formuliert, die Interessen kleiner und mittelständischer Unternehmen stärker ins Blickfeld zu nehmen. Das finden wir gut, diese Zielsetzung teilen wir ausdrücklich. Es verdient an dieser Stelle, bei der Debatte über die Große Anfrage der CDU zur Mittelstandspolitik erwähnt zu werden, dass unter dem schwarz-grünen Vorgängersanat der Mittelstand weder als Begriff im Koalitionsvertrag Erwäh-

nung fand, noch der Mittelstand selbst als Adressat von Wirtschaftspolitik in der praktischen Senatsarbeit vorkam – und das unter Beteiligung der angeblichen Wirtschaftspartei CDU.

Großen Teilen des Mittelstands waren unter Schwarz-Grün die Ansprechpartner in Verwaltung und Politik schlicht verlorengegangen. Aber viel weitergekommen ist nun der SPD-geführte Senat im vergangenen Dreivierteljahr auch nicht; ich darf einige Beispiele nennen. Weite Teile des gewerblichen Güterverkehrs beispielsweise hatten die Hoffnung, dass mit der Verlagerung des Verkehrsresorts in die Wirtschaftsbehörde mehr Tempo auf die Straßen kommt. Das Gegenteil ist der Fall. Verkehrspolitik findet seit Amtsantritt des SPD-Senats vor allem in Form von Ankündigungen statt. Der Stau auf den Straßen spiegelt dabei letztlich den Stau an Innovationen und Aktivitäten in der zuständigen Behörde wider.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres Beispiel ist die Mittelstandsvereinbarung III, von der wir bislang außer Absichtserklärungen von Senator Horch wenig gesehen haben. Dass die Kammern in diesem Punkt Druck machen, ist gut, aber wann, Herr Horch, wird der Senat die Weichen stellen für die zukünftigen Leitlinien der Mittelstandspolitik? Das erscheint uns offen.

Das haben sich die Kollegen von der CDU offenbar auch gefragt, und weil für die FDP die Mittelstandspolitik eine Herzensangelegenheit ist, begrüßen wir die Initiative und begrüßen die Große Anfrage und die Möglichkeit, heute eine Debatte darüber zu führen.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

In vielen Punkten haben wir durch die Antwort des Senats nunmehr eine Bestandsaufnahme hinsichtlich des Erreichten und der noch offenen Zielsetzungen der Mittelstandsvereinbarung II erhalten. Sehr geehrter Herr Horch, jetzt heißt es aber in Sachen Mittelstandspolitik vor allem eines: loslegen. Ich möchte an dieser Stelle vier Punkte nennen, die für die FDP-Fraktion in dieser Diskussion wichtig sind.

Erster Punkt: Neben Handelskammer und Handwerkskammer fordern wir den Senat auf, auch die freien Berufe endlich als wichtigen Motor für Wachstum und Beschäftigung in unserer Stadt anzuerkennen. In Hamburg gehören rund 30 000 überwiegend selbstständige Freiberufler dem "Verband Freier Berufe" an. Sie beschäftigen etwa 80 000 Arbeitnehmer und es gibt 4000 Auszubildende. Diese Freiberufler sind in aller Regel nicht der Handels- oder der Handwerkskammer angeschlossen oder dort organisiert. Aber sie sind deshalb nicht weniger wichtig für die mittelständische Wirtschaft. Herr Horch, beziehen Sie deshalb den "Verband Freier Berufe" endlich als gleichberech-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

tigten Partner in die Mittelstandsvereinbarung III ein.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Punkt: Wir haben in Hamburg eine umfangreiche Förderlandschaft, aber es stellt sich die Frage, ob die Institutionen und Ansprechpartner bei den mittelständischen Unternehmen überhaupt ausreichend bekannt sind. Unsere Analyse und Antwort lautet: nein. Es ist daher höchste Zeit, dass der Senat Licht in das Dickicht der – 48, Herr Kollege Tjarks, nicht 38 – Förderprogramme bringt. Es muss auch über die Institutionen besser informiert werden. Die Firmen müssen in Fragen rund um die Förderprogramme besser und wirksamer begleitet werden.

Die Hamburger Handelskammer hat dazu eine Umfrage unter mittelständischen Unternehmen gemacht. Das Ergebnis der Umfrage kann nicht befriedigen, denn rund drei Viertel der Hamburger Unternehmen weiß nämlich überhaupt nicht, wer die jeweiligen Ansprechpartner im Bereich der Mittelstandsförderung sind und wo man diese finden kann.

Ein weiterer Punkt betrifft das Mittelstandsförderinstitut. Hier ließen sich bis Oktober 2011 gerade einmal 221 Unternehmen über Fördermaßnahmen beraten. Diese Zahl scheint angesichts von insgesamt 140 000 bei der Handelskammer registrierten und angeschlossenen Firmen und etwa 12 000 Gewerbeanmeldungen im ersten Halbjahr 2011 mehr als dürftig; das ist zu wenig. Besonders erschreckend ist die Zahl der Unternehmen, die sich im MFI beraten ließen; sie hat sich seit 2009 nahezu halbiert.

Der Senat muss daher dringend etwas dafür tun, seine vorhandenen Fördereinrichtungen im Mittelstand bekannter zu machen und auch die vorhandenen Förderprogramme zu straffen. Dies ist wichtig, wenn nicht sogar wichtiger, als mit der Investitionsbank zunächst eine weitere Institution zu schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Punkt: Hamburg muss endlich mehr Tempo machen bei Deregulierung und Bürokratieabbau. Dieses Ziel ist zwar weder neu noch originell, aber dennoch wichtig. Die Handelskammer hat hierzu ihre Mitgliedsunternehmen befragt. Die Frage lautete, wie hoch die Belastung ist, die behördliche Informations- und Meldepflichten in ihren Unternehmen verursachen. Darauf antworteten 60 Prozent der befragten Unternehmen, dass sie sehr hoch oder hoch sei, und nur 15 Prozent bezeichneten sie als sehr niedrig oder niedrig. Es gibt zahlreiche Studien darüber, welche enormen Kosten Bürokratieaufwand in Unternehmen verursacht. Dieser Aufwand hindert vor allem kleine und mittlere Unternehmen daran, ihrer eigentlichen Bestimmung nachzugehen, nämlich Geld zu verdienen und Ar-

beitsplätze zu schaffen. Hier muss der Senat endlich mehr tun. Unternehmen sind weder eine öffentliche Auskunft noch ein kleines statistisches Landesamt.

Ich will etwas Aktuelles aufgreifen. Eine Große Anfrage unserer Fraktion im September hat ergeben, dass in Hamburg seit 2005 zwar 48 Gesetze außer Kraft gesetzt wurden, jedoch im gleichen Zeitraum 108 Gesetze neu verabschiedet wurden. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Verordnungen. Wir freuen uns zwar darüber, dass 190 Verordnungen außer Kraft gesetzt wurden, jedoch sind seit 2005 im gleichen Zeitraum 236 neue Verordnungen beschlossen und in Kraft gesetzt worden. Hier kann man nur sagen: Bürokratieabbau sieht anders aus.

Sehr geehrter Herr Horch, gehen Sie daher das Thema entschlossen an. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen in unserer Stadt werden ihnen konkrete Maßnahmen im Bereich des Bürokratieabbaus danken.

(Beifall bei der FDP)

Vierter und letzter Punkt: Der Mittelstand steht vor einer wichtigen Herausforderung, die wir weder bei der Mittelstandsvereinbarung I vor neun Jahren noch bei der Fortschreibung vor drei Jahren wahrnehmen konnten – Frau Prien hat es bereits erwähnt –, dem Fachkräftemangel. Besonders technologiegetriebene Branchen leiden darunter, aber nicht nur diese. IT-Betriebe, Biotechnikfirmen, Maschinenbauer, aber auch immer mehr Handwerksbetriebe oder Dienstleister aus Medizin und Pflege suchen dringend qualifiziertes Personal. Deshalb muss die Bekämpfung des Fachkräftemangels auch Schwerpunktthema der Mittelstandsvereinbarung III werden.

Ich merke gerade, dass die CDU-Fraktion der Debatte über ihre eigene Große Anfrage nicht mehr so richtig folgen möchte. Ich nehme das einmal zur Kenntnis.

Deshalb muss die Bekämpfung des Fachkräftemangels auch Schwerpunktthema der Mittelstandsvereinbarung III werden. Dafür ist es notwendig, dass Politik und Unternehmen auch in Bereichen Hand in Hand arbeiten, die bislang nicht ausreichend im Blickfeld der Wirtschaftspolitik lagen.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Dr. Kluth, verzeihen Sie, aber es ist wirklich fast unerträglich laut. Ich habe das Gefühl, dass der Redner kaum durchzudringen vermag. Meine Damen und Herren, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie, soweit es möglich ist, Ihre Plätze einnehmen und die Gespräche etwas reduzieren oder hinausgehen. – Vielen Dank, Herr Dr. Kluth, bitte fahren Sie fort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP (fortfahrend): – Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin.

Es ist im Bereich des Fachkräftemangels daher notwendig, dass Politik und Unternehmen auch in Bereichen Hand in Hand arbeiten, die bislang nicht ausreichend im Blickfeld der Wirtschaftspolitik standen, zum Beispiel die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch einen Ausbau des Ganztagsangebotes oder die effizientere Integration von Migrantinnen in den Arbeitsmarkt.

Lassen Sie mich also noch einmal zusammenfassen. Unsere wichtigsten Anliegen für eine Fortschreibung der Mittelstandsvereinbarung sind erstens die Einbeziehung der freien Berufe, zweitens die Straffung der Förderlandschaft und ihre bessere Vermarktung, drittens Tempo bei Deregulierung und Bürokratieabbau und viertens Bekämpfung des Fachkräftemangels. Die vorliegende Große Anfrage hat Anlass gegeben für eine erste Bestandsaufnahme. Dies kann aber nur der Beginn sein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Artus das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE: * Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Frau Prien, Sie haben mit einer sehr großen Selbstverständlichkeit davon gesprochen, dass die Handwerkskammer und auch die Handelskammer die Interessenvertretungen des Mittelstands sind.

(*Andy Grote* SPD: Nein, das stimmt gar nicht, DIE LINKE ist die Interessenvertretung!)

Leider haben Sie dabei unterschlagen, dass es nach wie vor Pflichtmitgliedschaften sind. Ich glaube nicht, dass es im Interesse der Unternehmen des Mittelstands ist, dort immer Pflichtmitglied zu sein. Das wollte ich dazu gern noch ergänzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir finden es wichtig, vor allen Dingen in konjunkturell schwierigen Zeiten den Mittelstand zu stützen und zu fördern, und zwar gegen die Macht der Großbanken, Konzerne und Monopole.

(*Roland Heintze* CDU: Das fehlte mir heute noch!)

Der Wettbewerbsdruck auf die mittelständischen Unternehmen hat ständig zugenommen. Wir sehen dies ganz konkret, wenn wir zum Beispiel durch die Mönckebergstraße gehen. Die große Hamburger Einkaufsstraße ist verwechselbar geworden, denn es reißen sich die großen Ketten aneinander, die sich in jeder Stadt Deutschlands breitgemacht haben.

(*Heike Sudmann* DIE LINKE: Europas!)

Im Einzelhandel haben die Großen die Kleinen bereits weitgehend gefressen. Wenn dann aber die Änderung des Ladenschlussgesetzes als Maßnahme der Förderung des Mittelstands in der Senatsantwort auf die Große Anfrage angeführt wird, bezweifle ich, dass die Mittelstandsvereinbarung wirklich dem Mittelstand zugute kommen soll.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer den Mittelstand effektiv fördern will, muss ihn vor den Großkonzernen schützen, seine Finanzkraft stärken und in Ausbildung und Beschäftigung investieren. Was in Hamburg dazu in der Vergangenheit effektiv und wirkungsvoll getan wurde, habe ich aus den Senatsantworten leider nicht herauslesen können, aber das kann auch an den schlecht gestellten Fragen gelegen haben. Ich hätte es hilfreich gefunden, wenn in der Großen Anfrage dargelegt worden wäre, wie zielführend die Beratungsleistungen gewesen sind. Herr Kluth hat hierzu auch ein paar Ausführungen gemacht, wie schlecht das Angebot teilweise wahrgenommen wurde.

Immerhin hat das Mittelstandsförderinstitut fast 1500 Beratungen seit 2005 durchgeführt; das muss doch Ergebnisse gebracht haben. Und die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung hat mehrere Millionen Euro für ihre Arbeit bekommen. Aber die konkreten Ergebnisse werden überhaupt nicht dargestellt, zugegeben, die CDU hat auch gar nicht danach gefragt.

Was auch fehlt, sind Fragen und Antworten zu Firmenpleiten. Eine der Hauptursachen, das ist bekannt, liegt in der restriktiven Kreditvergabe. Ob in Zukunft die vom Senat geplante Investitionsbank eine bessere Unterstützung mittelständischer Unternehmen ermöglichen wird, werden wir sehen. Wie sich eine solche Investitionsbank zum Beispiel in das bestehende Handwerksgründungsnetzwerk in Hamburg integrieren soll, ist durchaus noch offen. Geklärt werden muss zudem, wie das Risikomanagement aussehen soll und wie die Kontrolle wirksam abgesichert werden kann.

Was Ausbildung und Beschäftigung angeht, sind sowohl die Mittelstandsvereinbarung wie auch die Große Anfrage der CDU eine maßlose Enttäuschung. Mir scheint, da sind etliche Denkbarrieren in den Köpfen. Warum wird denn der Fachkräftemangel mit seinen objektiven Ursachen nicht objektiv angesprochen und angegangen? Was ist mit dem Schulsystem? Es sortiert die Kinder immer noch viel zu früh aus, anstatt alle Begabungen zu fördern und alle Talente zu entdecken. Was ist mit dem geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt? Was ist mit der Tatsache, dass die Herkunft eines Menschen immer noch darüber entscheidet, ob er eine gute Ausbildung machen kann oder sein Ausbildungsabschluss anerkannt wird?

(Kersten Artus)

Wer den Mittelstand unterstützen und fördern will, setzt Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernsthaft um, quotiert die Führungsebene, setzt sich für frühkindliche Bildung ein und für eine Einheitsschule und holt Menschen mit Migrationshintergrund in die Betriebe – so sie denn wollen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. *Isabella Vértes-Schütter SPD*)

Und das ist der letzte Punkt, den ich zu diesem Thema vorerst ansprechen möchte. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit hat nämlich nicht zu dem Effekt geführt, der eigentlich gewollt war. Die Menschen aus Europa haben sich nicht, wie erhofft, nach dem 1. Mai dieses Jahres in die Bundesrepublik Deutschland aufgemacht. Nur 26 000 Menschen sind aus den mittel-osteuropäischen EU-Neumitgliedsstaaten in den ersten sechs Monaten gekommen, und zwar in die gesamte Bundesrepublik Deutschland.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wenn Sie das Bedürfnis haben, auch zu diesem Thema zu sprechen, dann melden Sie sich doch bitte zu Wort. Es haben alle Fraktionen noch ausreichend Redezeit. Ansonsten wäre es schön, wenn Sie zunächst Frau Artus zuhören könnten. – Vielen Dank.

Kersten Artus DIE LINKE (fortfahrend): – Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Polen und Polinnen sind stattdessen vornehmlich nach Irland und Großbritannien ausgewandert. Die Gründe liegen auf der Hand: die siebenjährige Abschottung des deutschen Arbeitsmarkts, die hohen Lebenshaltungskosten und die sinkenden Löhne. Und es gibt immer noch keinen gesetzlichen Mindestlohn für alle Branchen. Deutschland ist mittlerweile ein Billiglohnland geworden, und das ist schlecht für den Mittelstand.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Nachbearbeitung des Themas der Großen Anfrage, die Mittelstandsvereinbarung, ist unbedingt notwendig. Daher sind wir auch für eine Überweisung an den Wirtschaftsausschuss, in dem wir sicherlich noch mehr ins Detail gehen werden und unsere Positionen austauschen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus Drucksache 20/1772 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu TOP 65, Drucksache 20/2073, Antrag der GAL-Fraktion: Mieter entlasten – Maklerwesen regulieren.

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Mieter entlasten – Maklerwesen regulieren
– Drs 20/2073 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Die CDU-Fraktion möchte die Drucksache mitberatend an den Gesundheitsausschuss überweisen. Von der GAL-Fraktion liegt ein Antrag auf Mitberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien vor.

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt entfällt. Wir kommen also gleich zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/2073 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so überwiesen.

Wer möchte die Drucksache außerdem mitberatend an den Gesundheitsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wer möchte einer Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Überweisung erfolgt.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung, Drucksache 20/1723, Große Anfrage der FDP-Fraktion: Deregulierung, Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung in der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Große Anfrage der FDP-Fraktion:
Deregulierung, Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung in der Freien und Hansestadt Hamburg
– Drs 20/1723 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Auch hier ist mir mitgeteilt worden, dass auf die Debatte verzichtet wird. Wir kommen also gleich zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/1723 federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so überwiesen.

(Präsidentin Carola Veit)

Punkt 52 der Tagesordnung, Bericht des Haushaltsausschusses, Drucksache 20/2307: Änderung des Gemeinschaftstarifs des Hamburger Verkehrsverbundes.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/1739:**Änderung des Gemeinschaftstarifs des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) (Senatsantrag)**

– Drs 20/2307 –]

Wird das Wort gewünscht? – Frau Sudmann, Sie haben es.

Heike Sudmann DIE LINKE: Diese Debatte wollten wir nicht verschieben, denn ich würde gern einmal ein Ritual brechen. Diejenigen, die in der letzten Legislaturperiode schon dabei waren, haben sich mittlerweile schon daran gewöhnt, dass jährlich die HVV-Fahrpreise erhöht werden. Das ist verwunderlich. Sollte es vielleicht daran liegen, dass Sie alle, liebe Kollegen und Kolleginnen Abgeordnete, kostenfrei den HVV nutzen können, dass Sie gar nicht mehr mitbekommen, wie die Preise steigen? Nicht? Gut, dann bin ich beruhigt, dass Sie noch wissen, wie die Preise steigen.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! – *Karin Timmermann SPD:* Was soll denn das?)

Im Verkehrsausschuss waren wir uns in einigen Punkten einig.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich nehme einmal zu Ihren Gunsten an, Sie unterhalten sich alle über die Fahrpreise des HVV, über Ihre Abgeordnetenfahrkarten und was sonst noch zu diesem Thema gehört, aber es wäre schön, wenn wir auch hier zunächst Frau Sudmann Gehör schenken können.

Heike Sudmann DIE LINKE (fortfahrend): – Vielen Dank.

Wir waren uns einig und es hatte niemand widersprochen, dass Bus- und Bahnfahren umweltfreundlicher ist als Autofahren. Unbestritten war auch die Erkenntnis, dass der CO₂-Ausstoß in dieser Stadt reduziert werden muss. Auch da macht es natürlich Sinn, wenn mehr mit dem Bus und der Bahn gefahren wird, sprich, wenn wir vorbeugen und nicht erst heilen und für ein gutes und günstiges Angebot sorgen.

Der Erste Bürgermeister hat in seiner Regierungserklärung am 23. März festgestellt – ich zitiere –:

"Nahverkehrssysteme sind mittlerweile so etwas wie die Nervenbahnen großer Städte und bedürfen deshalb besonderer Beachtung."

Wer damals im März unterstellt hätte, dass sich diese besondere Beachtung in höheren und abschreckenden Preisen des HVV niederschlagen wird, der wäre bestimmt von Ihnen als böswillig bezeichnet worden. Doch jetzt, ein halbes Jahr später, können wir feststellen, dass die SPD nicht davor zurückschreckt, weiter an der Preisspirale zu drehen, wie alle anderen Vorgängersenate auch.

Inhaltlich haben wir in der Drucksache lesen können, dass die Preise um 1,9 Prozent – das ist der Satz, den der HVV berechnet hat, wenn er seinen Kostenindex zugrunde legt – steigen müssten. Doch nicht um 1,9 Prozent, sondern gleich um 2,8 Prozent sollen durchschnittlich die Fahrpreise erhöht werden. Und bei den Seniorinnen und Senioren und den CC-Karten sollen es sogar 3,8 Prozent sein. Damit, SPD-Abgeordnete, zeigen Sie, dass Ihnen die Menschen mit wenig Einkommen doch nicht so sehr am Herzen liegen, denn diese Leute sind auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Dort aber langen Sie besonders hin bei den Preiserhöhungen.

(Beifall bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

– Da ist eigentlich nichts zu beklatschen, es ist eher traurig.

Die höchste Preissteigerung mit 7 Prozent findet beim Schnellbuszuschlag statt. Der Senat behauptet, dass die Fahrgäste der Schnellbusse auch eine hohe Zahlungsbereitschaft hätten. Das finde ich sehr erstaunlich, denn die Schnellbuslinien haben bestimmte Fahrgastanteile. Den höchsten Fahrgastanteil hat die Schnellbuslinie 37. Sie fängt am Osdorfer Born an und fährt auch nach Steilshoop. Und Sie werden mir nicht widersprechen, dass in diesen Stadtteilen die Menschen mit dem geringsten Einkommen leben. Aber die SPD ist nicht müde geworden, Herr Schmitt, in den letzten Sitzungen jedes Mal zu sagen, sie wolle etwas für den Osdorfer Born und für Steilshoop tun.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Haben wir auch!)

Wenn Ihre sozialdemokratische Zuneigung so aussieht, dass Sie dort den höchsten Preiszuschlag nehmen, dann können Osdorfer Born und Steilshoop auf solche Liebesbeweise gut verzichten.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christa Goetsch* und *Dr. Till Steffen, beide GAL*)

Eine sozial gerechte Mobilität sieht anders aus. Sie können nicht einfach die Preise immer weiter in die Höhe treiben. Sie werden feststellen müssen, dass Sie Geld in die Hand nehmen müssen, wenn Sie etwas für die Verbesserung der Lebenssituation der großen Mehrheit der Bevölkerung tun wollen; das gibt es nicht zum Nulltarif.

(Heike Sudmann)

Vielleicht ist den meisten aufgefallen – Herr Quast schaut wenigstens interessiert, vielen Dank –, dass wir seit Jahren einen Fahrgastzuwachs haben. Sie als Haushälter, Herr Quast, würden doch sofort sagen, dass bei mehr Fahrgästen auch die Einnahmen steigen. Das stimmt, wir haben weiterhin steigende Einnahmen. Aber es wird nicht überlegt, dass man, wenn die Fahrpreise günstiger wären, noch mehr Leute in Bahn und Bus holen könnte. Nein, es soll weiter der Kostendeckungsgrad vorangetrieben werden.

Bei der Hochbahn liegt er mittlerweile bei 87 Prozent, beim HVV bei 66 Prozent. Ich habe im Ausschuss gefragt, ob eigentlich irgendwann die Nutzerinnen und Nutzer zu 100 Prozent Bus und Bahn selbst finanzieren sollen. Das wäre sehr interessant, denn beim Autofahren gibt es nichts Vergleichbares. Die externen Kosten tragen die Autofahrer nicht selbst, sondern sie werden immer noch – da muss ich aus einer Studie zitieren –

"[...] der Allgemeinheit auf[ge]bürde[t]."

Durch die Studie "Zukunftsfähiges Hamburg" lässt sich feststellen, dass jede Hamburgerin und jeder Hamburger, egal ob Säugling, ob alt, ob mit oder ohne Auto, jährlich 629 Euro für die Kosten des Autoverkehrs zahlt, die er oder sie nicht selbst verursacht. Wenn wir die Kosten des ÖPNV umrechnen, so besagt die Studie, dann müssten jede Hamburgerin und jeder Hamburger jährlich 170 Euro zahlen.

Ich kann nur feststellen, dass Sie mit dem, was Sie mit der Preistreiberie betreiben, die Menschen bestrafen, die sich umweltbewusst fortbewegen wollen. Sie müssen aufhören mit der Preistreiberie und wir müssen überlegen, wie wir einen öffentlichen Personennahverkehr so gestalten können, dass er wesentlich attraktiver wird. Ich danke Ihnen, dass Sie jetzt so ruhig sind und so interessiert zugehört haben. Vielleicht bewirkt es etwas. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Karin Timmermann SPD: Wir sind erschlagen! – Dr. Andreas Dressel SPD: Weil es so schön kurz war!)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Koeppen das Wort.

Martina Koeppen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der jährlichen HVV-Tarifierhöhung stimmt sicherlich keiner gern zu.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt!)

Aber es gibt keine Alternative.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Es gibt immer Alternativen!)

Diesmal liegt sie bei durchschnittlich 2,8 Prozent und fällt damit geringer aus als in den letzten Jahren. Zu den Preiserhöhungen, Frau Sudmann: Wenn Sie jetzt schon die CC-Karte und die Seniorenkarte erwähnen, die durchschnittlich mit 3,8 Prozent erhöht werden, so sind das Prozentangaben. Man muss sich dann auch einmal die absoluten Zahlen ansehen. Bei den absoluten Zahlen ist es nämlich so, dass die CC-Senioren-Karte im Gesamtbereich um 2,80 Euro steigt, während die allgemeine Zeitkarte 4,20 Euro mehr kostet. Das heißt, Sie können nicht nur über die prozentualen Anhebungen diskutieren.

Sie haben aus der Studie des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie zitiert. Da sollten Sie dann aber auch richtig zitieren, es steht dort nämlich etwas über das Schwarzfahren für alle, also über das kostenlose Benutzen von Bus und Bahn. Als Beispiel wird dort die belgische Stadt Hasselt genannt, in der der ÖPNV kostenlos ist. Hasselt hat 70 000 Einwohner und insgesamt neun Buslinien und zwei Pendlerbusse. Die Stadt wendet dafür 750 000 Euro jährlich auf. Hier werden also Äpfel mit Birnen verglichen. Sie sagten, dass jeder Hamburger 170 Euro zahlen müsse, und dann könne man dieses System einführen. Das steht in der Studie so nicht.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das habe ich so auch nicht gesagt! Nicht einmal gedacht!)

Es geht nämlich um den HVV-Verbund, und hier leben 48-mal so viele Menschen wie in Hasselt.

Es gibt noch einen weiteren Vorschlag in dieser Studie, wo gesagt wird, jeder sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer zahlt ungefähr 500 Euro pro Jahr und kann dann auch Bus und Bahn kostenlos benutzen.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Genau!)

Dann würden die Arbeitnehmer den Arbeitgebern die Busfahrkarte finanzieren; das kann es auch nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

In der gleichen Studie wird auch der Vorschlag gemacht, dass man Häuser durch eine Innendämmung modernisieren könne. Das ist ein schöner Vorschlag für die Baubranche, wer dann in die Sanierung gehen möchte, hat gut vorgesorgt.

Die HVV-Preiserhöhung ist für viele nicht schön, aber wir müssen dem zustimmen, denn wir müssen uns auch einmal ansehen, dass der Hamburger Anteil am Verlustausgleich im Jahr 2010 bei 171 Millionen Euro lag, und da muss es einen Ausgleich geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Koeppen hat natürlich vollkommen recht mit dem, was sie sagt. Umsonst würde nicht funktionieren beim HVV, weil wir dann Nutzerzahlen bekämen, die wir mit den Möglichkeiten, die wir im HVV haben, auch gar nicht abdecken können. Wir als Politik müssen eine Vielzahl an Möglichkeiten fördern, um sich in einer Stadt wie Hamburg zu bewegen und die Mobilität zu gewährleisten. Dazu gehört nicht nur die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, die wir als CDU für sehr wichtig halten, sondern zum Beispiel auch die Förderung des Radverkehrs, der sicherlich eine kostengünstige, gesunde und umweltfreundliche Alternative darstellt und im Verbund mit dem öffentlichen Personennahverkehr noch mehr als bisher zur Geltung kommen kann.

Wenn wir über Tarifierhöhungen beim HVV sprechen, dann müssen wir darüber nachdenken, ob die Kosten angemessen sind, die wir für unsere Tickets im Verbund zahlen, und da – Frau Koeppen hat es schon angesprochen – liegen wir als Freie und Hansestadt Hamburg gut im Vergleich mit anderen Verbundsystemen. Auch wenn man sich die Leistungen anschaut, die die Nutzer im Hamburger öffentlichen Personennahverkehr in Bussen und Bahnen bekommen, gibt es keinen Grund zur Klage. Das ist im Städtevergleich recht gut, da müssen wir uns sicherlich nicht verstecken. Man kann von dieser Stelle aus unseren Verkehrsunternehmen durchaus einmal danken für die gute Arbeit, die sie nicht nur in den letzten Jahren geleistet haben, sondern auch jetzt noch immer leisten. Da kann sich Hamburg wirklich sehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Dennoch müssen wir – das ist angeklungen und da stimme ich Frau Sudmann auch zu – natürlich Geld in die Hand nehmen, wenn wir den öffentlichen Personennahverkehr ausbauen wollen. Wir müssen die Großsiedlungen, insbesondere Steilshoop und Osdorfer Born, besser anbinden. Schwarz-Grün hatte einen Vorschlag gemacht, wie das funktionieren soll; er ist von der SPD einkassiert worden. Ich habe gerade vor zwei Wochen wieder eine Mail vom Stadtteilbeirat in Steilshoop bekommen – Frau Timmermann lächelt, sie hat die Mail wahrscheinlich auch bekommen –,

(Heike Sudmann DIE LINKE: Wir alle!)

in der gesagt wird, es sei eine Katastrophe, was da zurzeit passiert, es gebe keine Verbesserungen für die Menschen vor Ort und die Skepsis sei groß, ob die Buspläne der SPD dort weiterhelfen würden. Ich teile diese Skepsis zum größten Teil, und wenn die SPD es ernst damit meint, die Großraumsiedlungen besser anzubinden, dann muss man sich sehr schnell damit beschäftigen.

(Beifall bei der CDU)

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, auch Autofahrer in den öffentlichen Personennahverkehr zu bekommen und für Busse und Bahnen zu gewinnen. Die wird man aber nur dann gewinnen können, wenn man ihnen auch ein attraktives Angebot macht. Versifft oder überfüllte Bahnhöfe,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Unsichere Bahnhöfe!)

unsichere Bahnhöfe – Herr Dressel, auch das – oder auch überfüllte Bahnen sind jetzt nicht das, was wir uns wünschen und womit wir einen Anreiz schaffen würden, tatsächlich vom Auto auf den öffentlichen Personennahverkehr umzusteigen. Auch da schließe ich an die Diskussion von vorhin an: Es gibt noch viel zu tun, um die Attraktivität unserer Busse und Bahnen und auch unserer Haltestellen zu optimieren. Und auch da müssen wir gemeinschaftlich sehen, dass wir das hinbekommen. Das geht aber nur mit Geld, und dieses Geld muss in die Hand genommen werden. Deswegen wird die CDU-Fraktion heute auch dieser Tarifierhöhung beim HVV zustimmen. Ich erinnere aber auch daran, und das habe ich schon im Verkehrsausschuss gesagt, dass die CDU-Fraktion in ihrer Regierungsverantwortung gemeinsam mit der SPD und den Grünen eine jährliche HVV-Tarifierhöhung durchgesetzt hat, weil wir von dieser politischen Diskussion alle zwei Jahre, warum es 3, 4, 5 oder 6 Prozent sind und das dann keiner begründen kann, wegwollten. Deswegen gibt es – Herr Schinnenburg, Sie werden sicherlich nachher noch darauf eingehen – den Index, auf dessen Grundlage der HVV jetzt seine Tarifierhöhung durchsetzt. Dieser Index soll zur Akzeptanz der Tarifanpassungen führen. Er setzt natürlich eine entsprechende Kostentransparenz voraus und wir haben im Ausschuss schon gesagt, dass wir da noch nacharbeiten müssen. Ich glaube nämlich auch, ähnlich wie es die FDP geäußert hat, dass dieser Index in Sachen Transparenz sicherlich noch etwas weiterentwickelt werden kann. Wir müssen in den nächsten Jahren deutlich machen, dass die Tarifierhöhungen, die wir den Nutzerinnen und Nutzern abverlangen, berechtigt sind, weil sie durch tatsächliche Kosten begründet sind, die sich in diesem Index auch widerspiegeln. Wir müssen davon wegkommen, in den Verdacht zu geraten, dass eine Tarifierhöhung einfach nur dazu dient, das Defizit bei den Verkehrsunternehmen zu verringern. Es wäre der falsche Weg, wenn wir versuchen würden, den Kostendeckungsgrad weiter zu erhöhen, sondern wir sollten den Menschen klarmachen, dass nur die tatsächlichen Kosten weitergeleitet werden und nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Insofern finde ich es gut, dass wir das Thema hier in der Hamburgischen Bürgerschaft und in den nächsten Jahren auch wieder im Ausschuss diskutieren, denn es ist ein bisschen unser Selbstver-

(Klaus-Peter Hesse)

ständnis als Parlament, die Tarife zu beschließen. Wir müssen natürlich auch schauen, wie sich die Angebotsstruktur im HVV entwickelt, und immer zeitgemäß und aktuell sehen, wo wir etwas tun können. Ich erinnere nur an die Diskussion in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses, als wir Jugend im Parlament bei uns zu Gast hatten und im Gespräch mit ihnen gesagt haben, da gebe es noch Optimierungsmöglichkeiten und da könne man wirklich mit wenig Geld helfen. Das sollte politische Aufgabe sein und deswegen ist es richtig, dass wir es hier und im Ausschuss diskutieren, und so soll es auch die nächsten Jahre sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist natürlich nicht nur so, wie Frau Koeppen gesagt hat, dass die Zustimmung zu einer Tarifierhöhung eher unangenehm ist. Hier kommt speziell hinzu, dass von dem eigentlich längerfristig vorgesehenen Mechanismus, dass sich die Tarifsteigerungen an den Kostensteigerungen orientieren sollen, abgewichen wird, und zwar nach oben zulasten der Fahrgäste des HVV, weil bei dieser Tarifierhöhung die Stadt keinen entsprechenden Anteil an den Preissteigerungen, die der HVV abbilden muss, trägt. Das hatte Herr Schinnenburg im Ausschuss kritisiert, und das ist auch kein Wunder, das haben Sie ganz trefflich herausgearbeitet. Das ist eine der Maßgaben gewesen, die der schwarz-grüne Senat im letzten Herbst im Rahmen des großen Sparpakets vorgesehen hatte, da er die Notwendigkeit sah, bei einer ganzen Reihe von Punkten zu Konsolidierungsmaßnahmen zu greifen. Dazu gehörte auch die Festlegung, im Rahmen des seinerzeit aufzustellenden Doppelhaushalts 2010/2011 den Zuschuss an den HVV einzufrieren. Das ist eine politische Entscheidung, die wir damals neben vielen anderen Sparentscheidungen getroffen haben, die uns das Leben sehr schwer gemacht haben. Von vielen dieser Sparentscheidungen hat sich die SPD verabschiedet, etwa beim Thema Kita-Gebühren, bei den Museen, beim Schauspielhaus, wo wir auch immer gerungen haben, und auch bei den Mitteln für IT-Systeme ist sehr großzügig mit den Bedürfnissen, die angemeldet wurden, umgegangen worden. Man könnte es sich hier einfach machen und sagen, dass letztes Jahr alles irgendwie anders war, das Geld sich vermehrt zu haben scheint und wir deswegen unsere Meinung zu diesem Punkt ändern. So einfach will ich es mir tatsächlich nicht machen. Die GAL-Fraktion steht zu der Entscheidung, dass wir es in dieser Situation als berechtigt ansehen, dass ein solcher Konsolidierungsbeitrag geleistet wird, aber es ist auch

vollkommen klar, dass das nicht die Struktur für die Tarifanpassungen in den nächsten Jahren sein kann. Es kann natürlich nicht dabei bleiben, dass der Zuschuss der Stadt weiterhin eingefroren bleibt, weil das zu einer überproportionalen Steigerung der Fahrkartenpreise führen würde.

(Beifall bei der GAL)

Wir müssen auch in den nächsten Jahren die Debatte führen. Eine Debatte über "HVV umsonst" führt ein bisschen in die Irre, denn tatsächlich sind die Erfahrungen aus den wesentlich kleineren Städten, die das eingeführt haben, weder von der Größe der Städte insgesamt noch von der Dichte und Qualität des ÖPNV-Netzes vergleichbar und deswegen nicht übertragbar. Aber gleichwohl müssen wir die Frage stellen, welchen Einfluss der Fahrkartenpreis auf das Nutzerinnen- und Nutzerverhalten hat und wie Hamburg im Bundesvergleich dasteht. Da steht Hamburg nämlich gegenüber anderen Großstädten als ziemlich teure Stadt im ÖPNV da. Daher müssen wir im Rahmen der insgesamt anzustellenden Überlegungen in Bezug auf die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs über die weitere Entwicklung der Fahrkartenpreise reden. Deswegen ist natürlich auch die Frage auf dem Tapet, ob dieser Mechanismus der Weitergabe der Preissteigerungen an die Nutzerinnen und Nutzer überhaupt so übertragbar ist.

(Beifall bei der GAL)

Deswegen sagen wir an dieser Stelle, dass es perspektivisch so nicht weitergehen wird, aber wir tragen diese Erhöhung grundsätzlich mit.

Es gibt aber einen Punkt, der uns im Ergebnis zur Enthaltung bei dieser Tarifsteigerung kommen lässt. Wenn man eine solche deutliche Preissteigerung vornimmt, dann muss man sich genau anschauen, welche Gruppen davon so stark betroffen sind, dass sie tatsächlich entscheiden, sich nicht fortzubewegen und nicht mobil zu sein in der Stadt und dadurch nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben, vielleicht auch nicht Möglichkeiten ergreifen, sich um einen Arbeitsplatz zu bemühen. Das sind diejenigen, die eine Sozialkarte bekommen. Das sind Leute, die entweder arbeitslos sind oder mit ihrer Arbeit ganz wenig Geld verdienen, und gerade diejenigen sollen durch die Sozialkarte dazu gebracht werden, Aktivitäten zu entfalten und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, aber eben auch alle Möglichkeiten zu ergreifen, sich zu bewerben und vielleicht auch Jobs anzunehmen, die auf der anderen Seite der Stadt liegen und für die man deswegen auch einen größeren Weg auf sich nehmen muss, was dann vielleicht etwas mehr kostet. Dafür gibt es den Zuschuss für das Sozialticket, 18 Euro bislang. Es ist wieder eingeführt worden von Schwarz-Grün und dieser Zuschuss muss natürlich entsprechend angepasst werden, wenn es zu einer solchen spürbaren Tarifierhöhung kommt.

(Dr. Till Steffen)

(Beifall bei der GAL)

An der Stelle ist eines ganz interessant: Wir hatten die Beratung über diese Drucksache im Verkehrsausschuss, wo ich deutlich gemacht habe, dass das für mich unter dem Vorbehalt steht, dass eine Regelung für die Anpassung des Sozialtickets gefunden wird. Wir hatten zwischenzeitlich die Haushaltsberatungen hier im Plenum, wo wir einen entsprechenden Antrag vorgelegt haben, dass der Zuschuss von 18 Euro um 2 Euro steigen muss. Damit würden wir auch einen Teil der zwischenzeitlich stattgefundenen Tarifierhöhungen abdecken und in den meisten Fällen würde dies über die Preissteigerung, die jetzt erfolgt, hinausgehen. Es würde also einen Teil der Preissteigerungen der letzten Jahre ausgleichen, aber dieser Antrag ist abgelehnt worden. Seinerzeit gab es die Ansage der SPD-Fraktion, es werde eine Lösung im Sinne einer Anpassung des Sozialtickets geben. Wir haben einen Vorschlag gemacht, der abgelehnt worden ist, und ich kann nur feststellen, dass die SPD hier nicht Wort gehalten hat. Deswegen bleiben wir im Ergebnis auch bei unserer Enthaltung. Es kann nicht sein, dass man hier diejenigen, die tatsächlich von einer solchen Preissteigerung in ihrer Lebensentfaltung massiv betroffen sind, im Regen stehen lässt. Es gibt hier noch eine Aufgabe zu leisten: Das Sozialticket muss unbedingt angepasst werden.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Dr. Schinnenburg das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch eine Oppositionsfraktion sollte sich das Leben nicht so einfach machen und unpopuläre Entscheidungen einfach ablehnen. Mit anderen Worten: Auch die FDP-Fraktion ist grundsätzlich bereit, Erhöhungen des HVV-Tarif mitzutragen, selbst wenn das vielleicht unpopulär ist. Aber das gilt nur dann, wenn die jeweilige Maßnahme, hier die Tarifierhöhung, gut begründet ist. Hier ist jedoch festzustellen: Nichts ist falscher; es findet sich nicht die Spur einer guten Begründung. Lassen Sie mich vier Punkte nennen.

Der erste Punkt wurde schon erwähnt, dass die angebliche Kostensteigerung von 1,9 Prozent ausschließlich von den Fahrgästen getragen wird. Es wurde bereits ausgeführt, dass der Senator und der Staatsrat im Ausschuss ausführlich bestätigt haben, dass der Zuschuss der Stadt in keiner Weise steige.

Meine Damen und Herren! Wir sind in der Umwelthauptstadt des Jahres 2011.

(Farid Müller GAL: Davon haben wir noch nichts gemerkt!)

Alle Fraktionen wollen, dass die Menschen auf den ÖPNV umsteigen, und wir wollen den ÖPNV attraktiver machen. Keiner verlangt, dass Sie Millionen und Abermillionen hineinstecken, aber wenn Sie den gesamten Haushalt um 0,88 Prozent steigern und den Zuschuss im ÖPNV nicht, dann ist das keine Schwerpunktsetzung, sondern ganz im Gegenteil eine negative Schwerpunktsetzung. Mit dieser Politik zeigen Sie eindeutig, dass der ÖPNV bei Ihnen kein Schwerpunkt ist, sondern ganz im Gegenteil ein Bereich, in dem man Geld abkassieren kann. Das ist ein falscher Ansatz.

(Beifall bei der FDP – Jan Quast SPD: Absoluter Dünnsinn, den Sie hier erzählen!)

Zweiter Punkt: Die Berechnung der Kostensteigerung von 1,9 Prozent ist in keiner Weise nachvollziehbar. Herr Hesse wies bereits darauf hin, dass es einen Index des HVV gibt, nach dem da gerechnet wurde. Der Ansatz ist schon geradezu hanebüchen. Derjenige, der mehr Geld haben will, erstellt selbst den Index, nach dem das berechnet werden soll. Wo gibt es denn so etwas, dass derjenige, der mehr Geld von der öffentlichen Hand oder von seinen Fahrgästen haben will, selbst seinen Index errechnet? Das kann doch nicht sein. Und wie ist dieser Index zusammengesetzt? Er stützt sich zu 59,2 Prozent auf die Verbraucherpreiserhöhung insgesamt. Was haben denn generell Verbraucherpreise mit dem konkreten Problem der HVV-Fahrtpreise zu tun? Nichts. Der Index ist schon vom Ansatz her falsch. Stellen Sie sich einmal vor, ALDI oder EDEKA hätten das Recht, ihre Preise so zu erhöhen, dass alle ihre entstandenen Kosten abgedeckt wären. Darauf würde kein Mensch kommen, nur ausgerechnet ein Monopolunternehmen wie der HVV soll das machen dürfen. Diese Art der Kostenberechnung ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei der FDP – Jan Quast SPD: Ich verstehe Ihr Finanzkonstrukt nicht!)

Dritter Punkt: Es ist nicht im Mindesten erkennbar, dass der HVV respektive die Unternehmen, die er repräsentiert, irgendwelche Maßnahmen zur Effizienzsteigerung oder zur Kostensenkung ergriffen hätten. Wir haben im Ausschuss extra nachgefragt, als Einziges seien die Einstandsgehälter von Busfahrern nicht so deutlich erhöht worden wie früher. Wer keinen Zwang hat zu sparen, weil alle Kosten, die ihm entstehen, automatisch umgelegt werden, der hat auch kein Interesse an Effizienzsteigerung. Das geht nicht, schon gar nicht bei einem öffentlichen Unternehmen. Aus diesem Grunde lehnen wir die HVV-Preiserhöhung ab.

Vierter Grund: Es gibt, selbst wenn wir alles als richtig ansehen, was hier berechnet wurde, keinerlei Bedarf für eine Tarifierhöhung. Durch die Steigerung der Fahrgastzahlen – das wurde dem Hause auch in der Drucksache mitgeteilt – rechnen der Senat und der HVV allein in 2012 mit Mehreinnahmen von 30 Millionen Euro. Außerdem glaubt man

(Dr. Wieland Schinnenburg)

– und das scheint durchaus realistisch –, durch bessere Bekämpfung des Schwarzfahrens, Stichwort Einstieg vorne, etwa 6 Millionen Euro zusätzlich einzunehmen. Allein durch diese beiden Maßnahmen wird der HVV im nächsten Jahr 36 Millionen Euro Mehreinnahmen haben. Dann ist eine Tarifsteigerung, die nach eigener Berechnung nur 13 Millionen Euro bringen soll, überflüssig.

Meine Damen und Herren! Wir sehen hier eine willkürliche Preissteigerung, eine Haushaltssanierung auf Kosten der Fahrgäste und eine Verringerung der Attraktivität des ÖPNV. Deshalb lehnt die FDP diesen Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? – Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte der Ausschussempfehlung aus dem Buchstaben A folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung aus Buchstabe B anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch das mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zu guter Letzt zu den Spielplätzen, Tagesordnungspunkt 77, Drucksache 20/2436, Antrag der CDU-Fraktion: Einheitliches Rauch- und Alkoholverbot auf Hamburger Spielplätzen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Einheitliches Rauch- und Alkoholverbot auf
Hamburger Spielplätzen
– Drs 20/2436 –]**

Die SPD-Fraktion möchte die Drucksache an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen und die GAL-Fraktion wünscht die Überweisung mitberatend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss. Wer wünscht das Wort? – Herr Niedmers, Sie haben es.

Ralf Niedmers CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir nähern uns allmählich dem Höhepunkt des heutigen Abends,

(Heiterkeit bei der SPD)

aber in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit werde ich hier die Kurzfassung meiner Rede präsentieren.

(Beifall bei *Jens-Peter Schwieger SPD*)

In seiner Regierungserklärung am 23. Mai dieses Jahres versprach Bürgermeister Olaf Scholz vollmundig, er werde Hamburg zur kinder- und famili-

enfeundlichsten Stadt Deutschlands machen – sehr ambitioniert. Die Realität nach fast neun Monaten SPD-Alleinregierung sieht allerdings etwas anders aus. Ungeachtet der Gefährdung kleiner Kinder durch herumfliegende Zigarettentümel, halbvolle Alkoholfaschen oder Glassplitter konnte sich der Senat bisher nicht zur Einführung eines hamburgweiten einheitlichen Rauch- und Alkoholverbots auf Kinderspielplätzen durchringen. Das ist insbesondere deshalb sehr schade, weil Frau Senatorin Prüfer-Storcks bereits im Mai über die Presse hat verlauten lassen, dass sie sich mit Senatorin Blankau einigen wolle.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihung, Herr Abgeordneter. Ich weiß gar nicht, was dieser Aufruhr hier soll. Es ist die letzte Debatte, wir sind gleich am Ende.

Ralf Niedmers CDU: Es ist ein sehr bewegendes Thema.

Präsidentin Carola Veit: Es ist sicher ein sehr kontroverses Thema.

Das gilt übrigens auch für den Senat. Vielleicht können wir dort auch das Herumstehen in den Ecken und das Gerede auflösen.

Herr Niedmers, bitte fahren Sie fort.

Ralf Niedmers CDU (fortfahrend): Frau Präsidentin, haben Sie recht vielen Dank.

Die beiden Damen konnten sich nicht einigen und auch die Senatsantwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage der CDU ergab nichts weiter Erhellendes. Stattdessen herrscht in Hamburg weiter ein Regelungswirrwarr, und wir können schon einen echten Schildbürgerstreich dahinter vermuten.

Im Bezirk Harburg gilt ein Alkohol- und Rauchverbot auf allen Spielplätzen. Im Bezirk Hamburg-Nord gilt seit Juni dieses Jahres ebenfalls ein Alkohol- und Rauchverbot für alle Kinderspielplätze. Auf drei einzelnen Kinderspielplätzen durfte jedoch schon seit 2007 nicht mehr geraucht werden, obwohl das Alkoholtrinken erlaubt war. In Bergedorf – lassen Sie mich kurz fortfahren – gibt es ein Rauchverbot, jedoch kein Alkoholverbot. In den Bezirken Hamburg-Mitte, Altona, Eimsbüttel und auch Wandsbek gibt es kein generelles Rauch- und Alkoholverbot auf den Spielplätzen, mit Ausnahme einiger ausgesuchter Spielplätze, auf denen das Rauchen dann doch verboten ist.

(*Andy Grote SPD: Individuelle Lösung nennt man das! Maßgeschneidert!*)

Der Leitspruch der SPD, "Wir schaffen das moderne Hamburg" – übrigens auch geklaut bei Willy Brandt –, lässt sich so nicht umsetzen.

(Ralf Niedmers)

(Beifall bei der CDU)

Dieser Regelungswirrwarr sorgt natürlich nicht im Entferntesten für Rechtssicherheit. Es ist den Spielplatzbesuchern nicht vermittelbar, warum sie in einem Bezirk rauchen dürfen und in einem anderen nicht. Das Gleiche gilt für den Alkoholkonsum. Diese Sache gehört dringend klargestellt auf ein einheitliches Fundament.

Dies führt zu der paradoxen Situation, dass in der angeblich kinder- und familienfreundlichsten Stadt Deutschlands seit Inkrafttreten des Nichtraucherschutzgesetzes am 1. Januar 2008 zwar nicht mehr in Gaststätten, Diskotheken, Behörden oder Gefängnissen geraucht werden darf, das Rauchen auf einem Großteil der Kinderspielplätze aber weiterhin erlaubt bleibt. Das Trinken ist in Bussen und Bahnen des HVV verboten, und wir dürfen weiterhin auf einigen Kinderspielplätzen erleben, dass Alkohol und Zigaretten konsumiert werden dürfen.

(Dirk Kienscherf SPD: Aber nicht mehr auf Rutschen!)

Ich rufe Sie daher alle auf, diesen Antrag der CDU zu unterstützen. Wir haben mitbekommen – das ist ein erster Lichtstreif am Horizont –, dass auch die SPD-Fraktion der Überweisung federführend an den Verfassungsausschuss zustimmen möchte. Damit verbindet die CDU-Fraktion, die sowohl die Überweisung an den Verfassungsausschuss unterstützen wird als auch den Überweisungsantrag der GAL an den mitberatenden Familienausschuss, aber nicht, dass hier der Versuch unternommen wird, eine erstklassige Beerdigung dieses so wichtigen Anliegens im Ausschuss vorzunehmen, sondern wir erwarten ganz klar, wenn diese Anträge an die beiden Ausschüsse überwiesen werden, dass es hier in absehbarer Zeit zu greifbaren Ergebnissen kommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Domres das Wort.

Anja Domres SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann meine Rede noch etwas kürzer machen als Herr Niedmers. Herr Niedmers, Sie haben es gesagt, es gibt verschiedenste Vorfälle auf den Kinderspielplätzen, es liegen Glasscherben durch Alkoholgebrauch herum und es werden Zigarettenkippen in Sandkisten gefunden. Insofern besteht ein grundsätzliches Bedürfnis in der Bevölkerung, ein einheitliches Rauch- und Alkoholverbot auf Spielplätzen zu regeln. Grundsätzlich kann man sich auch ein einheitliches Rauch- und Alkoholverbot vorstellen, insbesondere unter den Aspekten des Gesundheitsschutzes und auch der Prävention und der Vorbildfunktion der Eltern, die teilweise ebenfalls am Rande der Kinderspielplätze sitzen und rauchen.

Es gibt zwei Wege, um ein einheitliches Verbot zu regeln. Zum einen ist es die Änderung der Verordnung zum Schutze der Grün- und Erholungsanlagen, in der eine einheitliche Regelung festgelegt werden kann, oder eben eine Anordnung nach Paragraph 3 Absatz 2 des Gesetzes für Grün- und Erholungsanlagen, dass eine solche Anordnung vorgenommen wird. Und da möchte ich Ihnen widersprechen: Es gibt in Hamburg keinen Regelungswirrwarr. Es gibt in den verschiedenen Bezirken, die nämlich für einzelne Spielplätze oder auch insgesamt von ihrer Anordnungsbefugnis Gebrauch gemacht haben, entsprechende Regelungen, teilweise für ein Rauchverbot, mehrheitlich aber auch für ein Rauch- und Alkoholverbot. Insofern gibt es keine unterschiedlichen Regelungen in Hamburg, sondern es gibt Regelungen in verschiedener Regelungstiefe in den meisten Bezirken.

(Dietrich Wersich CDU: Jeder hat seine eigene Regelung!)

– Jeder hat seine eigene Regelung, jeder Bezirk hat seine Anordnungsbefugnis, aber die gehen in die gleiche Richtung. Es gibt nicht völlig unterschiedliche Richtungen.

Insofern gibt es für die Mehrheit der Spielplätze zurzeit bereits eine Regelung und man muss sich wirklich gut überlegen, ob die Notwendigkeit einer landesgesetzlichen Regelung in diesem Fall besteht.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat hat in der Schriftlichen Kleinen Anfrage, die im August beantwortet wurde, bereits zugesagt, dass es zwischen BGV und BSU zu prüfen sein wird, ob es einer solchen landeseinheitlichen Regelung bedarf.

(Roland Heintze CDU: Es wird jetzt aber länger und nicht kürzer!)

Diese Prüfung läuft und man muss jetzt sehen, ob diese Prüfung ergibt, dass diese landesgesetzliche Regelung tatsächlich zu einer handhabbaren und auch rechtssicheren Umsetzung führt, denn auch heute schon gibt es die abstrakte Möglichkeit, bei Verschmutzung von Spielplätzen, beispielsweise mit Kippen oder Glasflaschen, und auch beim Belästigen von Kindern tätig zu werden. Man muss ebenfalls prüfen, ob es nicht ausreichend wäre, wenn die Bezirke von ihrer Anordnungsbefugnis Gebrauch machen und selbst eine bezirkseinheitliche Regelung durch ihre Anordnungsbefugnis erstellen. In diese Prüfung müssen dringend die bezirklichen Erfahrungen, die bisher in den Bezirken, die solche Verbote haben, gemacht worden sind, einbezogen werden, insbesondere die Frage, was die Verbote bisher bewirkt haben und wie man sie durchsetzen kann.

Die Prüfung läuft und ich möchte abschließend nur sagen, dass mich dieser Antrag etwas wundert,

(Anja Domres)

weil es in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, Herr Wersich, einen Antrag der SPD-Fraktion gab, dort ebenfalls für die Spielplätze ein Rauch- und Alkoholverbot einzuführen. Er wurde damals von der CDU abgelehnt, weil die CDU die Auffassung vertrat, man könne die Kontrolle nicht sicherstellen. Wenn die CDU der Meinung ist, dass man das in Hamburg-Nord nicht sicherstellen kann, dann frage ich mich, wie Sie eigentlich darauf kommen, dass man es durch eine landesgesetzliche Regelung sicherstellen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Frau Schmitt.

Heidrun Schmitt GAL: Ich habe noch 31 Minuten, wie mir unsere parlamentarische Geschäftsführerin gerade sagte. Ich werde sie knapp unterbieten.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mein erster Gedanke beim Lesen des CDU-Antrags war, ähnlich wie Frau Domres das jetzt schon für die SPD geäußert hat, ob wir hier tatsächlich einen Regelungsbedarf auf Bürgerschaftsebene haben. Rauch- und Alkoholverbote gelten bereits auf den meisten Hamburger Spielplätzen, und die Bezirke haben sich offensichtlich des Themas angenommen und nehmen ihre Regelungskompetenz auch wahr. In Ihrem Antrag, Herr Niedmers, begründen Sie äußerst schwach, warum diese Regelungskompetenz den Bezirken jetzt entzogen werden soll. Einheitlichkeit ist schließlich kein Wert an sich.

(Beifall bei der GAL und der FDP)

Ihre eigene Anfrage hat ergeben, dass die Bezirke sehr unterschiedliche Erfahrungen mit den Verboten machen. Eine hamburgweite Regelung wird kaum geeignet sein, auf diese unterschiedlichen Erfahrungen zu reagieren. Und mit der Frage wirksamer bezirklicher Kontrollen beschäftigen Sie sich in Ihrem Antrag erst gar nicht.

Ein Rauch- und Trinkverbot auf Spielplätzen wird innerhalb unserer Fraktion kontrovers diskutiert. In Gaststätten, wie Sie sicherlich wissen, befürworten wir das absolute Rauchverbot.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihung, Frau Abgeordnete. – Hier finden offenbar auch ganz viele kontroverse Diskussionen statt. Vielleicht könnten wir, bis auf die Abgeordneten mit Rückenproblemen, das Herumstehen in den Ecken hinten auflösen. Im Übrigen wäre es wunderbar, wenn Sie noch einmal zuhörten. – Frau Schmitt, fahren Sie fort.

Heidrun Schmitt GAL (fortfahrend): Wie Sie sicher wissen, befürworten wir in Gaststätten das absolute Rauchverbot, weil es sich um geschlossene Räume und Arbeitsstätten handelt. Es geht uns eben nicht darum, wie es uns manchmal vorgeworfen wurde, in erzieherischer Manier das Rauchen zu verbieten, sondern es geht uns um den Gesundheitsschutz derjenigen, die sich in verrauchter Luft aufhalten müssen; es geht uns um den Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens.

Herumliegende Kippen auf Spielplätzen sind natürlich auch ein Problem und eine Gesundheitsgefahr für Kinder, auf das sich aber auch anders reagieren lässt als mit einem absoluten Rauchverbot. Die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme muss unserer Meinung nach hinterfragt werden.

(Beifall bei der GAL und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Dass die SPD nun lediglich den Verfassungsausschuss mit dem Thema befassen will und somit fachliche Fragen...

(*Arno Münster SPD:* Ist das nicht gewünscht?)

– Ach so, ist richtig, der Verfassungsausschuss wird so bezeichnet, er beschäftigt sich natürlich auch mit den Bezirken.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Umgekehrt! Der Bezirksausschuss befasst sich auch mit Verfassung!)

Der Gesundheitsausschuss beschäftigt sich auch mit Verbraucherschutz, aber deswegen muss man nicht immer alles aufzählen.

Somit bleiben jedenfalls fachliche Fragen aus gesundheits- oder familienpolitischer Sicht vermutlich außen vor. Das finden wir bedauerlich. Trotzdem werden wir uns einer Diskussion natürlich nicht verweigern und stimmen der Überweisung an den Verfassungs- und Bezirksausschuss zu.

Unserer Ansicht nach sollten die verschiedenen Erfahrungen aus den Bezirken ausgewertet werden, ohne dass ein Kompetenzgerangel zwischen Stadt und Bezirken stattfindet. Die Ausführungen von Frau Domres gehen in dieselbe Richtung, insofern begrüßen wir das. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Schinnenburg, Sie haben das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt in diesem Land, auch in Hamburg, einen Trend zu immer neuen pauschalen Verboten. Sie werden sich nicht wundern, dass Liberale an dieser Stelle wachsam

(Dr. Wieland Schinnenburg)

werden und aufpassen, dass es nicht übertrieben wird.

(Beifall bei der FDP)

Besonders bemerkenswert und vielleicht auch besorgniserregend ist daran, dass es dabei nicht um die Ahndung konkreten Fehlverhaltens – hier also das Werfen von Zigarettenkippen oder von Glascherben – geht,

(*Dietrich Wersich CDU: Nee, Prävention!*)

sondern dass man jedes Mal zu einem abstrakten, also einem absoluten Verbot greift, anstatt sich darum zu kümmern, wo das konkrete Problem ist. Wir sind dagegen, für jede Gefahr ein abstraktes Verbot einzuführen. Das ist mit einem liberalen Rechtsstaat aus unserer Sicht nicht vereinbar.

(Beifall bei der FDP)

Ebenso falsch wäre es aber auch, ernsthafte und zum Teil schwerwiegende Gefahren nicht zu berücksichtigen. Deshalb muss aus Sicht der FDP in jedem Einzelfall sorgfältig abgewogen werden. Wir haben das schon einmal getan. Es gibt einige Argumente für ein einheitliches Verbot, zum Beispiel die erhebliche Gefahr, dass Kinder Zigarettenstummel verschlucken. Spielplätze sollen dafür da sein, dass Kinder sich unbeschwert bewegen und spielen und Eltern auch einmal Ruhe haben können.

(*Dirk Kienscherf SPD: Ach, dafür ist das! Das habe ich nie verstanden, als ich mit meinem Kind dahin gegangen bin!*)

– Möglicherweise ist es bei einigen von Ihnen nicht so, aber ich habe wesentlich mehr Zeit mit meinen Kindern auf Spielplätzen zugebracht, als manche von Ihnen im Parlament oder in den Ausschüssen; ich verstehe etwas davon.

Spielplätze sollen ein geschützter Raum sein, in dem sich Kinder möglichst ungefährdet bewegen können, und damit sind Zigarettenstummel und Ähnliches natürlich nicht zu vereinbaren. Hinzu kommt, dass in vielen Teilen Hamburgs ein Ausweichen nicht möglich ist. Es gibt eben nur einen Spielplatz in der Nähe, wenn es überhaupt einen gibt, und deshalb kann man keinem sagen, er müsse da ja nicht hingehen.

Ein weiterer Punkt ist nicht unwichtig: Erwachsene sollten eine Vorbildfunktion ausüben. Wenn Kinder von Nichtraucher-Eltern auf dem Spielplatz sehen, wie andere Eltern ständig rauchen oder auch Alkohol trinken, ist das, unabhängig von der konkreten Gefährdung, nicht gut für die Entwicklung der Kinder. Das alles sind aus unserer Sicht durchaus Gründe für ein solches Verbot. Es gibt aber auch Gründe gegen ein solches Verbot.

Erster Punkt: Es ist wahrscheinlich – zumindest mit vertretbarem finanziellem Aufwand – nicht möglich, dieses Verbot durchzusetzen und es besteht die Gefahr, dass ein solches Vollzugsdefizit zu einer

Schwächung des Ansehens unseres Rechtsstaats führt. Wenn wir immer mehr Vorschriften machen, deren Einhaltung nicht überwacht wird, macht das bei den Bürgern einen schlechten Eindruck.

Zweiter Punkt: Es besteht die Gefahr, dass Kinder rauchender Eltern zusätzlich gefährdet werden. Wenn diese Eltern nämlich aufgrund eines Verbots nicht mehr zum Spielplatz gehen, sondern zu Hause bleiben, bleiben die Kinder auch zu Hause und werden in der Wohnung dem Rauch ihrer Eltern ausgesetzt. Da wäre es doch allemal besser, wenn sie auf den Spielplatz gingen.

Dritter Punkt – es wurde schon erwähnt –: Eigentlich sind die Bezirke zuständig. Wir reden immer davon, dass wir Verantwortung auf die Bezirke übertragen wollen. Nun auf einmal bemüht sich die CDU, die Bezirke zu entmachten. Für die FDP gilt der Grundsatz: Im Zweifel sollen die Bezirke etwas entscheiden und nicht eine Pauschalregelung durch das Land erfolgen.

(Beifall bei der FDP)

Dies sind Argumente gegen ein solches Verbot.

Sie merken an meiner Aufzählung, dass es eine einfache Antwort auf diese Frage nicht gibt. Deshalb wäre es sinnvoll, darüber im Ausschuss zu beraten. Die FDP wird darum sämtlichen Überweisungsbegehren zustimmen und würde es sehr gut finden, wenn die SPD einer Expertenanhörung zustimmt, damit wir auf einer sinnvollen Grundlage arbeiten können.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Frau Artus, Sie haben das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Ich habe mich schon gefragt, was sich die CDU dabei gedacht hat, als sie diesen Antrag gestellt hat.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihen Sie, Frau Artus. – Frau Hajduk, Herr Tabbert, Frau Spethmann, ich erteile Ihnen jeweils einen Ordnungsruf wegen fortgesetzten Quatschens.

Fahren Sie bitte fort, Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE (fortfahrend): – Danke schön, Frau Präsidentin.

Sie hatten zehn Jahre Zeit, sich um Sauberkeit auf Hamburgs Spielplätzen zu kümmern und haben nichts getan. Da frage ich mich schon, warum Sie jetzt einen Antrag dazu einreichen und das Thema für sich entdeckt haben. Das finde ich mehr als verwunderlich. Es erinnert mich auch fatal an den Antrag, den Sie vor einigen Monaten eingebracht

(Kersten Artus)

haben, in dem Sie fordern, dass Kinder zentral erfasst werden, die bei drogenabhängigen Eltern leben, und dass ein Screening ihrer Haare durchgeführt wird. Das geht irgendwie in die gleiche Richtung. Sie denken ordnungspolitisch; Sie gehen nicht mit gesundheitspräventionspolitischen Aspekten an das Thema heran. Aus meiner Sicht ist das ein reiner Schaufensterantrag.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sorgen sich in Wirklichkeit doch gar nicht um die Kinder, denn mit der in Ihrem Antrag formulierten Argumentation könnten Sie das Rauchen und Alkoholtrinken auch stadtwweit verbieten lassen. Und genau deswegen bekommen Sie unsere Unterstützung hierfür nicht.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Annkathrin Kammeyer SPD*)

40 Prozent aller Kinder wachsen in Haushalten auf, in denen geraucht wird. Kommt dann als nächstes das Rauchverbot für alle Privathaushalte? Das wäre nur konsequent.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*: Das ist ein liberaler Ansatz!)

In einem bestimmten Alter nehmen Kinder alles in den Mund, auch das, was auf der Straße liegt. Kommt also als nächstes auch eine Rauchverbotsforderung für die offene Straße? Ich rechne schwer damit, sehr geehrte Herren und Damen von der CDU.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Gute Idee!)

ÖKO-TEST hat vor einigen Jahren eine Untersuchung gemacht, bei der sich herausstellte, dass eine der schlimmsten Verschmutzungen von Kinderspielplätzen der Kot von freilaufenden Katzen ist. Wollen Sie demnächst auch freilaufende Katzen verbieten? Ich erwarte Ihren Antrag dazu.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Sind ganz neue Ideen!)

Dieser Antrag ist so ziemlich das Überflüssigste, was ich seit Monaten in der Bürgerschaft gesehen habe. Wir stimmen der Überweisung zu, aber das war es dann auch.

(Beifall bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Die Aussagen des Senats und die Entwicklung in den Bezirken gehen doch in eine klare Richtung, da ist dieser Antrag schlichtweg unnötig.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen? – Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt zunächst einer Überweisung der Drucksache 20/2436 an den Verfassungs- und Bezirksausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig überwiesen.

Wer möchte zudem die Drucksache mitberatend an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 61 auf, Drucksache 20/2464, Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien: Digitalradiostaatsvertrag.

[Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien über die Drucksache 20/2344: Digitalradiostaatsvertrag (Senatsmitteilung) – Drs 20/2464 –]

Hierzu stelle ich fest, dass die Bürgerschaft, wie vom Ausschuss empfohlen, von der Drucksache 20/2344 Kenntnis genommen hat.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Feierabend. Bis morgen.

Ende: 21.10 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Christoph Ahlhaus, Barbara Duden, Olaf Ohlsen, Frank Schira und Hjalmar Stemann